Nr. 280. 28. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Halbheiten.

In Bielefeld haben die reaktionären Parteien als gemeinsamen Sammelkandidaten gegen unseren Genossen Severing den Grafen Posadowsky aufgestellt, während die Fortschrittliche Volkspartei vorläufig noch an ihrem Kandidaten festhält. Graf Posadowsky entwickelte am Dienstag in einer stark besuchten Versammlung, von der bezeichnenderweise die Sozialdemokraten ausgeschlossen waren, sein Programm. Er stellte sich seinen Wählern als einen Mann vor, der im öffentlichen Leben manches gelernt und vieles vergessen habe. Die Rede beschäftigte sich zunächst mit der auswärtigen Politik. Posadowsky konstatierte die große Enttäuschung über den Ausgang des Marokkoschachers und meinte dann:

„Die Karte der Neuerwerbungen ist, äußerlich betrachtet, ein wundersames Gebilde, wie man es im ganzen Atlas wohl kaum wiederfindet. Das Land soll nur Hoffnungsmöglichkeiten haben, deren zweifelhafte Erreichung uns **sehr viel Geld kosten** wird, gerade jetzt, wo unsere Finanzen wieder einigermaßen balanzieren. Ich halte die Größe des erworbenen Gebietes für ziemlich gleichgültig. Wir haben **ein ungeheures Kolonialgebiet zu erschließen, wozu gewaltige finanzielle Mittel** im Laufe der Zeit notwendig sein werden. Große, wilde Flächen ohne reiche Mittel zu ihrer Erschließung sind aber rein imaginäre Werte. Ein Land, wo die Europäer nicht arbeiten können und die Eingeborenen nicht arbeiten wollen, bedeutet keine Verstärkung unserer wirtschaftlichen und politischen Macht. (Stürmischer Beifall.) Und Marokko? Man versichert uns, daß wir es nie begehrt hätten. Selbst wenn wir es erhalten hätten, ist es sehr zweifelhaft, ob es nicht **ein Punkt der Schwäche** geworden wäre. Ein Land mit drei trockenen Grenzen muß seine militärischen Kräfte zusammenhalten. Wenn wir aber Marokko niemals begehrt haben, und wenn wir nun ein Stück Kongoland erhalten haben, so ist die Frage nicht unberechtigt, **ob es notwendig war, auf Handel und Verkehr so lange Zeit hindurch Unruhe und Sorge lasten zu lassen.** Sobald in der Oeffentlichkeit die Frage erörtert wurde, ob wir nicht ein Stück von Westmarokko erhalten sollten, wurde von England aus sofort erklärt, England könne das nicht dulden, weil es seinen Weg nach Indien gefährdet sehe. Welche strategischen Punkte in der Welt hat England nicht besetzt? Frankreich sitzt in Algier, in Tonkin, in Madagaskar und jetzt auch in dem alten Punierland Tunis. Es hat eben Marokko für seine politischen und wirtschaftlichen Zwecke erhalten. Und doch hat Frankreich eine viel schwächere Bevölkerung als Deutschland. Alle kolonialen Erwerbungen hat man bisher damit begründet, daß wir bei unserer schnell wachsenden Volkszahl Gebiete für deren Auswanderung erwerben müssen. **Es ist aber falsch, zurzeit von einer Uebervölkerung Deutschlands zu sprechen.** Der Beweis dafür ist, daß unsere Auswanderung auf ein sehr geringes Maß zurückgegangen ist. Solange wir noch **hunderttausende fremdländischer Untertanen** nach Deutschland ziehen müssen, um unsere Scholle zu bearbeiten und unsere Bergwerke auszubeuten, kann von einer Uebervölkerung nicht die Rede sein. Aber das deutsche Volk zählt bereits über 64 Millionen, und bei dessen schnellem Wachstum kann in der Tat eine Uebervölkerung in absehbarer Zeit eintreten. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, für Deutschland einmal Gebiete zu erwerben nicht im Innern Afrikas, sondern in klimatischer Lage, wo auch zweifellos Deutsche sich ein neues Leben gründen, wo sie arbeiten, Besitz erwerben und Deutsche dabei bleiben können."

Graf Posadowsky urteilt also zunächst über Kolonialpolitik und namentlich über die Gebiete in Zentralafrika recht nüchtern. Er ist auch ehrlich und unterrichtet genug, zuzugeben, daß Deutschland über keinen Bevölkerungszuschuß verfügt, den man in Siedlungskolonien unterbringen müßte. Er konstatiert im Gegenteil, daß Deutschland einen Bevölkerungsmangel hat, daß die deutsche Industrie auf den Zustrom ausländischer Arbeiter angewiesen ist. Dabei ist freilich anzumerken, daß dieser Zuschuß nicht so beträchtlich sein brauchte, wenn nicht die „nationalen" Unternehmer absichtlich fremde Arbeiter als Lohndrücker ins Land zögen, um die berechtigten Kulturansprüche der deutschen Arbeiterschaft niederzuhalten.

Leider zieht Graf Posadowsky aus seiner Einsicht nicht die notwendigen Konsequenzen. Er weist selbst darauf hin, daß Frankreich trotz seines ungeheuren Kolonialreichs weder industriell noch seiner Bevölkerung nach jene Fortschritte zu verzeichnen hat, die Deutschland aufweisen kann. Was läge näher, als die Schlußfolgerung, daß der Kolonialbesitz für die rasche industrielle Entwicklung Deutschlands ohne jede Bedeutung gewesen ist. Aber Graf Posadowsky zieht diesen Schluß nicht. Er spielt mit der phantastischen Vorstellung, daß irgend einmal in ferner Zeit eine Uebervölkerung in Deutschland eintreten könnte und für diesen Zeitpunkt brauchten wir dann Kolonien in „günstiger klimatischer Lage". Nun wollen wir erst gar nicht darauf hinweisen, daß solche Kolonien nirgends mehr frei sind, und den Gedanken, erobernd in Kanada oder in Südamerika aufzutreten, wird wohl Graf Posadowsky selbst nicht hegen.

Aber warum sagt der Herr Graf seinen Zuhörern nicht, daß diese Furcht vor Uebervölkerung überhaupt eine Lächerlichkeit ist. Denn einmal kann die Industrie, wird sie nur nicht gehemmt durch einen so schlechten Zolltarif, wie ihn Graf Posadowsky auf dem Gewissen hat und den er heute noch verteidigt, auch noch eine viel größere Bevölkerung als die heutige selbst innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systms ernähren; sodann aber beweisen die Zahlen der Statistik, daß diese Bevölkerungsernährung sich in allen entwickelten Kulturländern ständig verlangsamt. Die Zahl der Lebendgeburten auf 1000 Bewohner war in Europa am höchsten im Durchschnitt der Jahre 1871—75. Damals betrug sie 39,1. Seitdem ist sie ständig gefallen und betrug im Jahre 1901 nur mehr 36,5. Ebenso ist der Rückgang der Geburtenziffern sehr beträchtlich in den Vereinigten Staaten und erstaunlich in Australien. Die Bevölkerungsvermehrung ist also allein dem bedeutenden Rückgang der Sterblichkeit zuzuschreiben. In Deutschland, sagt der Bevölkerungsstatistiker Paul Mombert, ist bis jetzt die Sterblichkeit weit rascher als die Fruchtbarkeit gefallen. „Hält der Rückgang der letzteren noch weiter an, so muß ein Punkt kommen, das liegt in der Natur der Sache, wo die Verringerung der Sterblichkeit langsamer vor sich geht und sich das Abnahmeverhältnis beider umkehrt. Damit muß aber auch der Geburtenüberschuß eine sinkende Tendenz einschlagen. Dies letztere trifft z. B. bereits für England und Schweden zu." Zutreffend sagt daher Mombert: „Vielleicht wird man in nicht allzuferner Zeit den Kernpunkt der Bevölkerungsfrage auch in allen Ländern als in Frankreich weniger in einer zu starken als in einer zu schwachen Bevölkerungszunahme zu erblicken haben."

Es ist also einfach nicht wahr, daß Kolonialpolitik getrieben werden müßte wegen der starken Bevölkerungszunahme. Nicht der Arbeiter und Bauern wegen, die in der Heimat keine Unterkunft mehr finden könnten und deshalb in fremdes Land als kapitalistische Ausbeutungsobjekte gehen müßten, wird Kolonialpolitik getrieben. Kolonialpolitik ist ausschließlich Kapitalistenpolitik, wird nur getrieben, damit an den Lieferungen, an den Bahnbauten, an den Kolonialanleihen großkapitalistische Schichten enorme Profite machen können, damit die Reichtümer der Erde zum Monopol einer kleinen Zahl von Allerreichsten mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Geld- und Blutopfer der Aermsten gemacht werden. Diese Politik vertritt Graf Posadowsky trotz seiner besseren Einsicht und deshalb ist es nur logisch, wenn Nationalliberale und Konservative, Antisemiten und Zentrum ihn zu ihrem Kandidaten gemacht haben, während die Arbeiter den Vertreter ihrer Interessen, den Genossen Severing wiederwählen werden.

Graf Posadowsky will aber nicht nur auf kolonialem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete kapitalistische Bereicherungspolitik treiben. Wenn irgend etwas die Bevölkerungsvermehrung des deutschen Volkes hemmt, also an die Wurzeln seiner Macht greift, und wahrhaft antinationale Wirkungen zeitigt, so ist es die Teuerung. Unbestreitbar ist, daß die Teuerung durch die deutsche Zoll- und Handelspolitik außerordentlich gesteigert wird, weil durch die Getreidezölle die Lebensmittel zu wucherischer Höhe hinaufgeschraubt, durch die Industriezölle die preistreibenden Kartelle gezüchtet werden. An dieser Politik will aber Graf Posadowsky nichts ändern. Zwar graut ihm selbst vor den Folgen dieser Politik für die Landwirtschaft. Es bestätigt nur die sozialdemokratische Vorhersage, wenn Graf Posadowsky sagt:

„Seit dem neuen Zolltarif haben wir nun eine **erhebliche Steigerung der Güterpreise** beobachten müssen. Gewiß brauchen wir im Staat ein solches konservatives Element, wenn sich die Staatsmaschine nicht heiß und tot laufen soll, und die Landwirtschaft ist gewiß der Anker des Staatsschiffes. Aber die Landwirtschaft darf nicht als eine Ware betrachtet werden, die man heute kauft und morgen verkauft. Wird unsere deutsche Scholle eine Handelsware, dann verliert die Landwirtschaft die Bedeutung, die sie im Staate haben soll und haben muß. Und ich sehe leider, daß im Osten fortgesetzt Güter gekauft und zu Preisen nach kurzer Zeit wiederverkauft werden, die unmöglich herausgewirtschaftet werden können. Und diesen Landwirten wird in Zukunft **kein Zolltarif helfen** können."

Trotzdem will Posadowsky von einer Aenderung der Zollgesetzgebung nichts wissen. Ueber die Teuerung geht er mit Stillschweigen hinweg. Aber dieses Schweigen ist für die unter der Lebensmittelnot leidenden Massen die beredteste Aufforderung, sozialdemokratisch zu stimmen.

Ebenso rasch wie über die Teuerung gleitet der Graf über den fürchterlichen Steuerdruck hinweg, den der Raubzug der halben Milliarde noch so ungeheuerlich vermehrt hat. Ein paar Worte über Sparsamkeit, das ist alles. Und das in einem Momente, wo feststeht, daß wir neue Militär- und Flottenvorlagen, neue Kolonialasten, und damit neue indirekte Steuern zu erwarten haben! Zudem ist es sicher, daß die Konservativen nach wie vor die Erbschaftssteuer und das Zentrum, nach dem Zeugnis der „Köln. Volksztg.", die Reichseinkommen- und Vermögenssteuern verweigert. Die Lasten den Armen, die Früchte den Reichen, das ist die Politik der Parteien, zu deren Vertreter sich Graf Posadowsky hergeben will.

Gegenüber dieser Gewißheit kann es auch nichts nützen, daß Graf Posadowsky für die Fortführung der Sozialpolitik eintreten will. Er hat in seiner Rede eine sehr anschauliche Schilderung entworfen von den Hindernissen, die der Sozialpolitik aus dem Widerstande der Bundesregierungen namentlich Preußens erwachsen. Dieser Widerstand kann nur gebrochen werden, wenn die Reaktion in Preußen niedergeworfen, das gleiche Wahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhause erobert ist. Konservative und Zentrum haben aber mit dieser wichtigsten Forderung des preußischen Volkes Schindluder getrieben. Als Vertreter dieser Parteien wird Graf Posadowsky keine sozialpolitischen Lorbeeren ernten, umso weniger als die Konservativen offene Feinde jeder Sozialpolitik sind und das Zentrum auch auf diesem Gebiete immer reaktionärer wird.

Und so kann man denn dem Grafen Posadowsky das eine mit Sicherheit sagen: seine hochmütige Hoffnung, die „Sozialdemokratie geistig und sittlich überwinden" zu können, wird nicht in Erfüllung gehen. Die Halben sind von jeher den Ganzen unterlegen. Graf Posadowsky mag von einem gewissen Wohlwollen erfüllt sein; in den großen Kämpfen der Klassen entscheidet aber nicht das gute Herz einzelner, sondern die organisierte Macht. Und deshalb wird der Versuch der erbitterten Feinde der Arbeiterklasse, ihr ein Mandat zu rauben, indem sie an Stelle eines von vornherein aussichtslosen Scharfmachers den Grafen Posadowsky als Lockvogel aussenden, an der klaren Einsicht der Arbeiter scheitern. Die sind schon längst durch bittere Erfahrungen belehrt worden, sich nicht auf das Wohlwollen einzelner, sondern auf die eigene Kraft zu verlassen. Dies ist die einzige Gewähr, den Herrschenden Zugeständnisse auf sozialpolitischem Gebiet zu entreißen.

Darüber hinaus wissen wir, daß es sich bei unserem großen Kampfe nicht um einzelne Reformen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft dreht. Dem ganzen System des Kapitalismus gilt es ein Ende zu bereiten, diesem System der Ausbeutung, der Geistesknechtung, der Teuerung und Kriegsgefahr. Es geht aufs Ganze und deshalb werden die Arbeiter in Bielefeld die guten Absichten des früheren Staatssekretärs gerne registrieren, ihre Stimmen aber gehören dem Kandidaten der Sozialdemokratie!

Die deutsch-englischen Beziehungen.

Die auswärtige Politik im Oberhause.

In der gestrigen Sitzung des Oberhauses hielt namens der Regierung Lord Morley eine in sehr freundschaftlichem Tone gehaltene Rede über das Verhältnis zu Deutschland. Er führte aus:

Ich bin völlig gewiß, daß alle Teile der Reden, die freundlich für Deutschland waren, die Zustimmung der ganzen Nation gefunden haben. Morley wendete sich sodann zu dem englisch-französischen Abkommen von 1904. Er bestritt, daß es eine antideutsche Allianz sei. Es sei lächerlich zu sagen, daß die Urheber der Entente von 1904 an irgendwelche Feindseligkeit gegenüber Deutschland gedacht hätten. (Beifall.) Ich bin gewiß, daß Lord Courtney, der sich in so verurteilender Kritik bezüglich der Entente ausgesprochen hat, nicht den Wunsch hegt, daß wir das Abkommen kündigen. Das würde natürlich nicht möglich sein. Der ganze Kern des Abkommens bestand darin daß England freie Hand in Aegypten und Frankreich freie Hand in Marokko haben sollte. Wir haben unseren Anteil an dem Nutzen der Transaktion gehabt — wenn ein Nutzen vorhanden war — und es würde unerträglich sein, daß wir, nachdem wir unseren Anteil genommen haben, uns in irgend einer Weise weigern sollten, Frankreich ebenfalls seinen vollen Anteil zu geben. In allen diesen internationalen Verpflichtungen gibt es gewiß solch ein Ding, wie die Ehre. Das hindert uns nicht im geringsten, den Vertrag auszudehnen, wie Lansdowne hoffte, daß es geschehen würde, als er abgeschlossen wurde. Nachdem Morley auf die wichtige Tatsache der gewaltigen **Fortschritte der deutschen Flotte** während der letzten zehn Jahre hingewiesen hatte, erklärte er: Wir können unsere Augen dagegen nicht verschließen wegen der Steuer, welche wir dafür bezahlen. Es liegt aber nichts in der stufenweisen Erweiterung von Deutschlands Macht zur See, was das allgemeine Empfinden herzlicher Freundschaft, das Lord Courtney wünscht, beeinträchtigen müßte. (?) Sie müssen alle Umstände in Erwägung ziehen. Wie spekulativer Art auch die Frage sein mag, ob Frankreich, Deutschland, Italien oder England das meiste zur Geschichte der modernen Zivilisation beigetragen haben, das wenigstens ist gewiß: diejenigen haben nicht unrecht, welche dabei beharren, daß Deutschlands hohe Leistungsfähigkeit, die Reinheit und Energie seiner Verwaltung, seine glänzenden Anstrengungen und großen Erfolge in allen Zweigen der Wissenschaft, sein Ruhm in Kunst und Literatur, seine Stärke des Charakters, das Land berechtigen, daß seine nationalen Ideale den höchsten Platz unter den größten Idealen einnehmen, die jetzt die Welt beseelen. Lassen Sie uns dies alles nicht vergessen. Wer kann sich daher wundern, daß ein Staatswesen, das so enorme Fortschritte auf jedem Gebiet gemacht hat, den Wunsch hegt, Gebiete zu finden, damit sich seine überschüssige Bevölkerung eine Existenz gründen kann, ohne ihre Nationalität oder ihre Ideale zu verlieren. Es ist Raum für Deutschland unter der Sonne. **Wenn die gegenwärtige Spannung andauern sollte, so würde ein ernsthaftes, ständiges Anwachsen der Rüstungen stattfinden.** Die verwickelten Vorgänge des Sommers sind natürlich ernster Kritik ausgesetzt, die alle beteiligten Regierungen angeht. Aber sie sind millionenmal weniger heute der Kritik ausgesetzt, als dies gestern der Fall war; das ist die Wirkung von Greys Rede gewesen. Großbritannien, Deutschland und Frankreich haben das **Ende der Schwierigkeiten erreicht**, die beiseite zu schaffen die drei Regierungen jetzt jede Veranlassung haben, und ich unterfange mich zu sagen, daß kein britisches Kabinett je mehr darauf bedacht gewesen ist als wir, nicht in einen einzelnen, unnötigen und unpolitischen Antagonismus zu treiben. Diese Verpflichtung ist von uns entschlossen, beharrlich und entschieden aufrechterhalten und erfolgreich durchgeführt worden. (Beifall.)

Darauf ergriff Lord Lansdowne das Wort und erklärte, die Rede von Sir Edward Grey sei eine der bemerkenswertesten, **welche je von einem Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten**

gehalten worden sei. Die Rede Courtneys werde schwerlich vielen Mitgliedern des Hauses gefallen. Er verteidigte das englisch-französische Abkommen, das für eine lange kommende Zeit die auswärtigen Angelegenheiten Großbritanniens beeinflussen werde. Lord Lansdowne schloß: Ich glaube, die Hauptströmung der öffentlichen Meinung in Großbritannien und Deutschland ist stark zugunsten freundlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern, für den Abschluß einer Verständigung bezüglich aller Fragen, welche noch ungelöst bleiben, und für die Ueberzeugung, daß das größte Interesse beider Mächte die Erhaltung des internationalen Friedens ist. (Beifall.)

Lord Newton sagte: In den jüngsten Verhandlungen war vielleicht keine der beteiligten Parteien ganz ohne Fehler, aber der erste Fehler lag, wenn man billig sein will, bei der französischen Regierung. Newton kritisierte, daß Lloyd George ausersehen wurde, die Rede zu halten, die den Eindruck hervorrief, daß man vor einem Kriege stand. Er könne völlig verstehen, daß die deutsche Regierung die Strafpredigt von Lloyd George übel nahm. Es sei etwas anderes, eine Mitteilung von dem Staatssekretär des Aeußeren zu erhalten, als eine Strafpredigt von einer dritten Person. Wenn unnötigerweise das Uebelwollen zwischen England und Deutschland entstanden sei, so habe die Regierung selber schuld, da sie einen aufreizenden Redner aussuchte, um ihrer Politik Ausdruck zu verleihen.

Nach weiterer Debatte wurde die Verhandlung über den Gegenstand geschlossen.

Veränderungen im Oberkommando der englischen Flotte.

Als vor wenigen Wochen das englisch-deutsche Verhältnis ein derartig gespanntes war, daß man mit einem ernsten Konflikte rechnete, wurde von englischen Imperialisten der Vorwurf erhoben, daß sich bei der Flotte allerlei Uebelstände herausgestellt, wodurch die Gefechtsbereitschaft der Schlachtschiffe und Torpedobootsdivisionen gefährdet worden sei. Jetzt kommt auf einmal die Kunde, daß im Oberkommando der englischen Marine ein großer Personenwechsel vorgenommen wird. Allerdings wird ausdrücklich betont, daß dieser Vorgang nichts mit den Septemberereignissen zu tun habe. Auf jeden Fall beweist er aber, daß man trotz aller Ministerreden die Rüstung zur See stets auf der Höhe zu halten sucht, wie ja auch die deutschen Flottentreiber gerade in diesen Tagen mit verstärkter Lungenkraft nach weiterem Ausbau der deutschen Seemacht schreien. Zur Beurteilung der deutsch-englischen Beziehungen ist die nachstehende Wolff-Meldung jedenfalls sehr beachtenswert.

London, 29. November. Eine amtliche Veröffentlichung gibt zahlreiche Ernennungen in der Admiralität bekannt: Admiral Sir Francis Bridgeman wird Erster Seelord, Vizeadmiral Prinz Louis von Battenberg Zweiter Seelord, Kapitän Pakenham Vierter Seelord. Unter den Veränderungen in den Flottenkommandos sind hervorzuheben: Vizeadmiral Sir George Callaghan wird Oberkommandierender der Heimatflotte, Konteradmiral Madden, der frühere Vierte Seelord, wird Konteradmiral in der ersten Division der Heimatflotte, Vizeadmiral Sir George Egerton erhält das erste freiwerdende Kommando eines Heimathafens. Dem früheren Ersten Seelord, Sir Artur Wilson, wurde die Peerswürde angeboten, die er aber aus persönlichen Gründen ablehnte. Diese Veränderungen, die gestern abend bekanntgegeben wurden, werden interessant durch die Erklärung, die der Erste Lord der Admiralität, Churchill, noch kurz vor der Vertagung des Unterhauses abgab. Auf eine Anfrage des konservativen Abgeordneten Lord Alexander Thynne im Unterhause sagte nämlich der Minister, die Veränderungen in der Admiralität würden die Hälfte der Mitglieder derselben umfassen und sich auch auf den Ersten Seelord erstrecken. Diese Veränderungen hätten auf jeden Fall zu Beginn nächsten Jahres bei Beratung des Etats stattgefunden. Die Regierung sei zu dem Entschluß gekommen, daß es im Interesse des öffentlichen Dienstes besser sei, wenn der Wechsel jetzt stattfinde. Es seien keinerlei Differenzen vorgekommen, und die Veränderungen bedeuteten keinen Tadel oder Vorwurf für irgend ein Mitglied, das aus der Admiralität scheide. Alle Gerüchte oder Mitteilungen über die Position oder Verteilung der Flotte seien ganz ohne Begründung, soweit sie behaupteten, daß die völlige Sicherheit nicht zu allen Zeiten aufrecht erhalten worden sei. Die Veränderungen in der Admiralität seien notwendig, um sie zu vereinheitlichen und würden dazu führen, daß wirksamer gearbeitet werde.

Der Krieg.

Die Kämpfe bei Tripolis.

Konstantinopel, 29. November. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Das Kriegsministerium veröffentlicht folgendes Telegramm des Kommandanten von Tripolis Nesched-Bei vom 27. d. Mts.: Eine kombinierte italienische Brigade begann gestern früh einen Angriff in der Richtung von Aingara, um unsere Rückzugslinie abzuschneiden. Infolge unseres hartnäckigen Widerstandes zog sich der Feind abends in seine früheren Stellungen zurück. Da unsere Rückzugslinie bedroht war, ließen wir unser Bataillon nach Sukel Dschuma zurückgehen, feindliche Kolonnen rückten bis Henni vor. Die Verluste unserer Freiwilligentruppen waren unbedeutend, der Feind erlitt große Verluste.

Tripolis, 29. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Abgesehen von einigen Gewehrschüssen aus der Oase, die die Arbeiten der italienischen Truppen stören sollten, hat sich nichts Neues ereignet. Die Arbeiten schreiten rüstig vorwärts. Durch mehrere Rekognoszierungen der Truppen und durch Aeroplane wurde eine Verschiebung der Stellung der gesamten feindlichen Streitkräfte festgestellt. Es laufen Meldungen über Unzufriedenheit und Desertionen der Araber ein. Von den in dem letzten Kampf Verletzten sind auf italienischer Seite vier schwerer verwundet, der Zustand der anderen bessert sich.

Aus Benghasi trifft die Nachricht von einer glänzend durchgeführten Operation eines Streifkorps unter General Damico ein. Am Abend des 27. November wurde die auf Rekognoszierung begriffene Kavallerie von einer größeren Beduinenbande mit lebhaftem Gewehrfeuer empfangen, durch das ein Italiener getötet wurde. Unter dem Kommando des Generals Damico wurde ein aus den drei Waffengattungen zusammengesetztes Streifkorps gebildet, um die Beduinen, die sich in beträchtlicher Anzahl sieben Kilometer von den vorgeschobenen italienischen Stellungen befanden, zu züchtigen. Das Korps ging sofort zum Angriff auf die überraschten Beduinen vor. Es kam zu einem lebhaften längeren Gefecht, das mit der vollständigen Niederlage der Beduinen, die fast alle tot auf dem Platz blieben (?), endete. Darauf ließ General Damico das Gebiet, in das sich die Ueberlebenden geflüchtet hatten, beschießen, bis jeder Widerstand gebrochen war, und traf nach Sonnenuntergang wieder in Benghasi ein. Die Verluste auf italienischer Seite sind noch nicht genau festgestellt; zwölf Mann wurden getötet und etwa dreißig verwundet. Die Haltung der Truppen ist musterhaft, ihre Stimmung sehr gehoben.

Die Kolonialhyänen machen sich an ihre Beute.

Rom, 29. November. Die Regierung hat infolge einer Beratung im Ministerrat die Banca d'Italia und die Banco di Sicilia ermächtigt, in Tripolis und Benghasi Filialen einzurichten. Zu diesem Zweck wird der Generaldirektor der Banca d'Italia nach Tripolis und Benghasi einen Beamten mit dem Auftrage schicken, vorbereitende Studien zu machen. Der Generaldirektor der Banco di Sicilia wird sich in wenigen Tagen ebenfalls dorthin begeben.

Italienische Meldungen über arabische Grausamkeiten.

Berlin, 29. November. Der hiesigen italienischen Botschaft ist folgende Mitteilung zugegangen: Auf dem Vormarsche, der dem Siege vom 26. d. Mts. folgte, konnten die italienischen Truppen zahlreiche Akte furchtbarer Grausamkeiten feststellen, die von den türkisch-arabischen Truppen begangen worden waren. Nahe bei der Moschee von Henni, wo in der Schlacht vom 26. Oktober ein Lazarettposten des 27. Versagliere-Bataillons aufgestellt war, wurden 28 schrecklich verstümmelte Leichen von Soldaten gefunden, die gekreuzigt, erwürgt, aufgespießt oder deren Glieder aus den Gelenken gelöst waren; unter ihnen befand sich auch der Leichnam eines Stabsarztes. Auf dem benachbarten arabischen Kirchhofe, der von der 4. Kompagnie der Versaglieri besetzt worden war, wurden die Leichen von sieben Soldaten gefunden, die lebend eingegraben worden waren, so daß nur der Kopf aus der Erde hervorragte. Einem Leichnam, der identifiziert wurde, waren die Augen ausgerissen und an der Stirn angenäht. Durch die krampfhafte Zusammenziehung der Augenlider konnte festgestellt werden, daß der Soldat noch am Leben war, als er diese Grausamkeit erlitt. Ein anderer Leichnam war kastriert; bei einem weiteren war einem aus der Erde herausragenden Arm die Hand abgeschnitten. Andere Leichen wiesen Spuren anderer schändlicher Mißhandlungen auf. Die Militärbehörde und das Geniekorps haben photographische Aufnahmen gemacht. Ein Korporal, dem es in dem Kampf am 26. Oktober gelungen war, das Gros der Truppen zu erreichen, hatte bereits diese Grausamkeiten, die nicht nur von den Arabern, sondern auch von regulären türkischen Truppen und Frauen begangen waren, gemeldet, aber die italienische Militärbehörde hatte Beweise abwarten wollen. Die Persönlichkeit mehrerer Opfer ist festgestellt worden, doch werden die Namen aus Rücksicht auf die Angehörigen nicht veröffentlicht. In der letzten Nacht wurde auf dem Kirchhof im Innern der Stadt die eingegrabene Leiche eines Artilleristen gefunden, der anscheinend in Gegenwart eines Gendarmen oder gar von ihm selbst ermordet worden ist. Der Gendarm ist verhaftet worden.

Die Revolution in China.

Entsendung deutscher Truppen auf chinesisches Gebiet.

Berlin, 29. November. Das Gouvernement des Schutzgebiets Kiautschou ist angewiesen worden, sofort ein Detachement von 200 Mann nach Tientsin zu entsenden. Diese Truppe bildet zunächst eine militärische Reserve in der Provinz Tschili, auf die gegebenenfalls zurückgegriffen werden kann. Mit Rücksicht auf die Besatzungsstärke des Schutzgebietes erfolgt sofort ein Ersatz der Gouvernementstruppen und zwar durch Mannschaften des Stamm-Seebataillons. Diese werden dem planmäßigen Ablösungstransport der Feldbatterie des Schutzgebietes angeschlossen, der am 30. d. Mts. auf Dampfer „Goeben" Hamburg verläßt.

Mit der Entsendung der 200 Mann nach Tientsin ist zwar der Wunsch der „Post", die drei Bataillone, acht Maschinengewehre und drei Batterien nach China entsandt haben wollte, noch nicht ganz erfüllt, der Anfang ist aber gemacht. Wir haben also alle Ursache darauf zu achten, daß auf das Marokkoabenteuer nicht ein Chinaabenteuer folgt.

Die Japaner und der Aufstand in der Mandschurei.

Tokio, 29. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach amtlichen Meldungen beginnt die Lage in der Mandschurei ernster zu werden. Japanische Truppen sind in Niutschwang eingetroffen. Es wird berichtet, daß Sangfan von den Aufständischen genommen ist. Banditen und Pöbel treiben in Fentschang und Futschu ihr Wesen. Der Vizekönig hält alle verfügbaren Truppen in Mukden versammelt. Die Verstärkung für die Wache der japanischen Gesandtschaft ist nach Peking abgesandt worden.

Revolutionäre Erfolge.

London, 29. November. Die „Daily News" melden aus Peking, daß Lantienwai, der Brigadechef der mandschurischen modern ausgebildeten Armee, aus Mukden in dem Hauptquartier in Dalny eingetroffen ist und dort die Fahne der Empörung entfaltet habe. Er werbe Tausende von Rekruten an, darunter wahrscheinlich viele alte Soldaten. Die südmandschurische Eisenbahn gewähre den Rebellen freie Fahrt.

Nanking, 29. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Revolutionäre sind heute früh durch vier Tore in die Stadt eingedrungen.

Der Ueberfall auf eine französische Mission in Nordchina.

Paris, 28. November. Die „Agence Havas" meldet unter Vorbehalt aus Saigon: Nachrichten über die Mission Légendre besagen, alle Europäer seien dem Tode entgangen. Légendre und Leutnant Dessirier seien verwundet worden. Hauptmann Noiret sei unversehrt. Der Missionar Castenet wurde in der Umgebung von Yunnansu getötet. Der Bischofssitz des apostolischen Vikars de Guebriant wurde geplündert und in Brand gesteckt. Acht Chinesen wurden dabei getötet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. November 1911.

Wassersuppe für Heimarbeiter.

In Fortsetzung der zweiten Lesung des Heimarbeitsgesetzes wurde mehrere Stunden hindurch über die Frage debattiert, ob Lohnämter eingesetzt werden sollen, die nach der Formulierung des sozialdemokratischen Antrags weitgehende Befugnisse haben und auf Grund von Wahlen durch die beteiligten Arbeiter und Unternehmer zusammengesetzt sein sollen. Gegen Göhres Begründung dieses Antrages am vorangegangenen Tage kehrte sich nacheinander der Zentrumsmann Fleischer und der nationalliberale Lizentiat Everling, der in süßlicher Pastoralmanier die dürftige Wassersuppe des Gesetzes als eine Weihnachtsgabe für die Heimarbeiter pries. Die bürgerlichen Parteien hatten sich auf ein Kompromiß geeinigt, das keine Lohnämter, sondern nur Fachausschüsse mit begutachtendem Recht vorsieht, wenn der Regierung es paßt, sie für irgend welche Bezirke oder Gewerbe einzusetzen. Der freisinnige Abg. Naumann nahm eine vermittelnde Stellung ein, während Genosse Zietsch den Everlingschen Süßlichkeiten, hinter denen kein ernster Wille zur Tat steckt, wirksam entgegentrat.

Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag natürlich abgelehnt und dann die zweite Lesung rasch zu Ende geführt.

Eine neue Reichsanleihe von 50 Millionen Mark.

Die „Berliner Politischen Nachrichten" des Herrn Schweinburg wußten vor einigen Wochen zu berichten, daß das Reich in diesem Jahre mit einem kleinen Ueberschuß abschließen werde. Jetzt teilt das Blatt mit, daß der Anleihebedarf des Reiches im kommenden Etat mit 50 Millionen Mark fixiert sei. Beruhigend wird hinzugefügt:

„Dem Ziel, nur außerordentliche, werbende Ausgaben durch die Anleihe zu decken, ist man damit nahe gekommen; es bleibt aber zu bedenken, daß die zur Schuldentilgung bestimmten Summen immer noch dazu verwandt werden, um fortlaufende Ausgaben, namentlich der Marineverwaltung, zu decken. Jedoch kann angesichts der jetzigen Größe der Anleihe gesagt werden, daß die Reichsfinanzen der Gesundung sehr nahe gekommen sind. Sie werden ganz gesunden, wenn es gelingt, wie in den letzten drei Jahren, auch in noch mehreren weiteren kraftvoll die finanzpolitischen Grundsätze durchzuführen, die zu dem bisherigen Ergebnis geführt haben."

Das sind alles Phantasiegebilde, Potemkinsche Dörfe, die zum Zweck der Täuschung aufgebaut werden. Die kommende Flottenvorlage wird alle diese schönen Versicherungen über den Haufen werfen.

Landtagsersatzwahlen in Berlin.

In Berlin wird demnächst im zweiten Berliner Landtagswahlbezirk eine Ersatzwahl vorzunehmen sein — die neunte Landtagsersatzwahl in Berlin während der laufenden Legislaturperiode —, da der freisinnige Fabrikbesitzer Dr. Gerschel verstorben ist. Es handelt sich bei diesem Wahlkreise um einen der sichersten, die der Freisinn dank dem Dreiklassenwahlsystem noch in Berlin besitzt. Bei der Wahl im Jahre 1908 erhielt Gerschel 345 Wahlmännerstimmen gegen 107, die auf den sozialdemokratischen Kandidaten entfallen waren.

Der verstorbene freisinnige Abgeordnete machte sich dadurch bekannt, daß er, als seinerzeit vom Landtag die Steuerdenunziationspflicht der Arbeiter beschlossen wurde, diese Denunziationspflicht noch dadurch vervollständigen zu sollen glaubte, daß er beantragte, daß die Hausbesitzer verpflichtet werden sollten, der Steuerbehörde Auskunft über Wohnung und Arbeitsstätte ihrer Mieter zu erteilen, damit ja auch der letzte Arbeiter mit seinem vollen Einkommen zur Steuer herangezogen werden könne!

Ein „Attentat" auf den Abg. Dr. Mugdan.

Im Wahlkreis Görlitz-Lauban, den der freisinnige Dr. Mugdan gegenwärtig noch im Reichstage vertritt, und in welchem er auch bei den Neuwahlen wieder kandidiert, stehen die Aktien für eine Wiederwahl dieses „Volksfreundes" durchaus nicht günstig. Es ist diesmal Aussicht vorhanden, ihn aus dem Sattel zu heben, und an seine Stelle einen Sozialdemokraten zu wählen. Das wissen die Liberalen und mit ihnen Dr. Mugdan sehr genau. Um nun das Interesse für Dr. Mugdan wieder zu heben, werden ähnlich wie zu Bismarcks Zeiten „Attentate" inszeniert, für die man in mehr oder weniger verschleierter Weise die Sozialdemokraten verantwortlich zu machen sucht —, in der Hoffnung, das in Mißkredit geratene Ansehen des „Attentatsopfers" wieder zu heben. Zurzeit macht folgende Notiz durch die freisinnige Provinzpresse die Runde:

„Auch ein anständiges Kampfmittel? In einer sehr gut besuchten Versammlung in Sächsisch-Haugsdorf sprach am vergangenen Montag Herr Reichstagsabgeordneter Sanitätsrat Dr. Mugdan. Als die Rückfahrt nach Lauban angetreten wurde, brach noch keine 100 Schritt vom Lokal entfernt ein Rad vom Wagen, und die Insassen mußten, wenn der Herr Abgeordnete noch den letzten Nachtzug nach Görlitz erreichen wollte, trotz Finsternis, Sturm und Regen zu Fuß den Weg nach Lauban machen. Da feststeht (?), daß der Wagen durchaus im Schuß war, als die Fahrt in Lauban angetreten wurde, bleibt keine andere Annahme, als daß ein politischer Gegner (?) unbekannter Couleur seine „anständige" Gesinnung dadurch offenbarte, daß er mutwillig (!) den Schaden verursachte, der, wenn er bei flotter Fahrt gewirkt, bedenkliche Folgen hätte haben können. Den Insassen und besonders unserem Herrn Abgeordneten hat der Täter ja die Freude über die so gut verlaufene Versammlung nicht stören können, mit gutem Humor haben sie sich auf den Weg gemacht. Derjenige aber, der das Heldenstück vollbracht, darf stolz auf seine Waffen sein."

Radbrüche haben eben die unangenehme Eigenschaft an sich, daß sie sich vorher nicht anzeigen, auch wenn ein Mann, wie Herr Dr. Mugdan, dabei in Betracht kommt. Trotzdem druckt die freisinnige Presse die Meldung vom Radbruch als ein „anständiges Kampfmittel" ganz ernsthaft nach und legt damit schon jetzt Herrn Dr. Mugdan eine Dornenkrone in Gestalt eines zerbrochenen Wagenrades auf sein Denkerhaupt. Armer Mugdan, mit einem Radbruch beginnt für ihn der Wahlkampf. Mit welchem Bruch wird enden?

Die Marineforderung des Tages.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" schließt eine längere Abhandlung über die Marokkodebatte im englischen Unterhause mit dem Satz:

„Es ist unzweifelhaft, daß, so lange wir nicht 72 Linienschiffe haben, England jedesmal dort, wohin Deutschland will, „Abmachungen oder Interessen" entdecken wird."

Ein wahnwitziges Wettrüsten ist das Ziel der Hintermänner des westfälischen Kapitalistenblattes. Sie wollen Geld verdienen, sonst hat die Reichsherrlichkeit für sie keinen Zweck.

Vorbereitungen für die neuen Flottenrüstungen.

Die offiziöse „Kölnische Zeitung" faßt ihr Urteil über die durch den letzten Marokkokonflikt und die Haltung der beteiligten Regierungen zu einander geschaffene Lage dahin zusammen, daß das Wettrüsten zwischen England und Deutschland zweifellos im gesteigerten Maße weitergehen dürfte! Wenn es nach dem Willen unserer herrschenden Klassen geht, wird sich diese Prophezeiung auch unfehlbar erfüllen! Mit welcher Bestimmtheit aber unsere Prozentpatrioten bereits mit der Fortsetzung des aberwitzigen Wettrüstens rechnen, beweist die Meldung, daß die Firma Krupp in Wilhelmshaven ein größeres Hafengelände anzukaufen im Begriffe sei, das sie zur Anlage von Docks und Werften benutzen wolle.

Bekanntlich ist ja die Kanonen- und Panzerplattenfirma schon längst dazu übergegangen, zur Erzielung noch höherer Gewinne gleich den Bau ganzer Kriegsschiffe in die Hand zu nehmen. Die ehemalige Germaniawerft in Kiel hat sie ja schon vor langen Jahren angekauft. Aber nun genügt diese eine große Schiffswerft den Profitbedürfnissen der Firma, die ja „nur" 17 Millionen Reingewinn im letzten Jahre einzuheimsen vermochte, bereits nicht mehr. Kein Mensch aber wird sich einbilden, daß die Firma Krupp sich mit solchen Plänen trüge, wenn sie nicht der festen Ueberzeugung wäre, daß die maßgebendsten Instanzen und Parteien das Wettrüsten munter fortsetzen wollen!

Ueber-Dreadnoughts.

Die „Tägliche Rundschau" entnimmt einer amerikanischen Fachzeitschrift die aufsehenerregende Mitteilung, daß die Ver-

einigen Staaten den Tonnengehalt der neu auf Stapel zu legenden Schiffe ganz beträchtlich zu erhöhen beabsichtige. Die neuen Kriegsschiffe sollten nicht mehr eine Wasserverdrängung von 28 000 Tonnen — also soviel, wie die größten der jetzt fertiggestellten deutschen Schiffe — erhalten, sondern 30—40 000 Tonnen Wasserverdrängung. Und diese Riesenschiffe sollten auch mit entsprechenden Riesenkanonen ausgerüstet werden, nämlich mit je zehn 40,8 Zentimeter-Geschützen. Das Gewicht des Geschosses einer solchen Riesenkanone werde etwa 1000 Kilogramm, also 20 Zentner, betragen. Da in der Technik kein Ding unmöglich sei, erscheint der „Täglichen Rundschau" diese Nachricht „durchaus nicht unglaublich". Auch die Einführung der 30,5 und 34,3 Zentimeter-Geschütze habe ja anfangs technische Bedenken wachgerufen, die indes bald zum Schweigen gebracht worden seien.

Als der „Vorwärts" vor einiger Zeit Andeutungen über Experimente machte, die mit Geschützen von ähnlich großem Kaliber und Geschoßgewicht ausgeführt würden, erklärte auch die „Tägliche Rundschau" das für Phantasterei. Heute hält es diese Phantastereien für „durchaus glaublich"!

Sollte Amerika faktisch solche Riesenschiffe bauen, so würde natürlich auch Deutschland nicht zurückstehen wollen. Damit würden aber die Kosten für solch ein Kriegsungetüm, die 1900 noch 20 Millionen betrugen und jetzt bereits auf einige 60 Millionen angewachsen sind, eine weitere ungeheure Steigerung erfahren! Unsere Panzerplattenpatrioten würden sich dabei freilich nur schmunzelnd die Hände reiben!

Präsidentschaftswahlen in der badischen Zweiten Kammer.

Die Zweite Kammer hat mit 39 Stimmen den bisherigen Präsidenten Rohrhurst (natl.) und mit 38 Stimmen den bisherigen Ersten Vizepräsidenten Geiß (Soz.) wiedergewählt. Zum Zweiten Vizepräsidenten wurde der Abgeordnete Muser (Fortschr.) mit 41 Stimmen gewählt.

Staatliche Schulärzte und Frauenwahlrecht in Oldenburg.

Für das Fürstentum Birkenfeld fordert die Regierung vom Landtage die Anstellung eines staatlichen Schularztes. In der Begründung wird hervorgehoben, daß das Fürstentum Birkenfeld im Deutschen Reiche die höchste Ziffer der Todesfälle an Tuberkulose aufweist. Untersuchungen, die auf Veranlassungen des verstorbenen Professors Dr. Koch angestellt wurden, haben ergeben, daß im Fürstentum Birkenfeld unter der Schuljugend eine geradezu erschreckende Anlage zur Tuberkulose vorhanden ist. In einer einzigen Klasse haben von den Mädchen 7 Proz. auf eine für diagnostische Zwecke übliche Impfung mit Tuberkulin reagiert! Das ist eine furchtbare Anklage gegen das heutige kapitalistische Ausbeutungssystem, das speziell in Birkenfeld, wo die Heimarbeit im Schwange ist, besonders floriert. Die Sozialdemokraten im Landtage haben bei dieser Gelegenheit erneut beantragt, die Anstellung von staatlichen Schulärzten für das ganze Großherzogtum durchzuführen.

Ferner hat sich der Landtag erneut mit dem Frauenwahlrecht zu beschäftigen. Bekanntlich haben die Sozialdemokraten die Revision der Gemeindeverfassung auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle mündigen Personen beantragt. Die bürgerlichen Frauenvereine in Oldenburg ersuchen nun in einer Eingabe um Gewährung des Frauenwahlrechts in der Gemeinde nach den gleichen Bedingungen, wie es den männlichen Gemeindebürgern gegeben ist. „Unter den gleichen Bedingungen" besagt allerdings, daß die bürgerlichen Frauen keineswegs an das gleiche Wahlrecht denken, sondern ein von der Zahlungsfähigkeit abhängiges Damenwahlrecht wünschen. Die große Klasse der Proletarierinnen würde dann vom Wahlrecht ausgeschlossen sein.

Einführung der Miliz in Deutsch-Südwestafrika.

Im Reichskolonialamt soll bereits ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden sein, durch den die Pflicht zum Milizdienst für die wehrhaften Einwohner unserer südwestafrikanischen Kolonie eingeführt werden soll. Nach diesem Wehrgesetz soll allen wehrfähigen Männern im Falle eines Aufstandes oder Krieges die Verpflichtung zum Waffendienst auferlegt werden.

Da die in Südwestafrika vorhandene Schutz- und Polizeitruppe mehr als ausreichend ist, um die unterworfenen Eingeborenen im Zaum zu halten, kann die neue Maßnahme nur für den Fall eines Krieges bestimmt sein. Vielleicht steht sie im engsten Zusammenhang mit der geplanten Unterwerfung und Entwaffnung der Ovambostämme! Um die Schutztruppe vollzählig für einen solchen Krieg verwenden zu können, will man wahrscheinlich das Milizsystem als Ersatz für sie schaffen. Vielleicht aber rechnet man auch mit Kriegsabenteuern ganz anderer Art. Jedenfalls ist auch diese Maßregel eine von denjenigen, durch die die internationale Spannung nur verstärkt werden kann!

Nur eine Vase!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" teilt am Mittwochabend im Hofbericht mit:

„Seine Majestät hat den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zu seinem heutigen Geburtstage in gnädigen Worten beglückwünscht und ihm eine Vase mit dem kaiserlichen Namenszuge zum Geschenk gemacht."

Nur eine Vase! Bethmann hat wahrscheinlich sicher gehofft, und viele haben in der letzten Zeit geglaubt, daß er zur Belohnung für seine Marokkopolitik Graf werden würde.

Wahlaufruf der Demokratischen Vereinigung.

Die Demokratische Vereinigung veröffentlicht ihren Wahlaufruf, in welchem sie die Reichstagswähler zur Abrechnung mit den reaktionären Parteien wegen ihres Verhaltens zur Reichsfinanzreform, zur Teuerung, zur preußischen Wahlreform, zum persönlichen Regiment und zur bureaukratischen Selbstherrlichkeit auffordert. Dann heißt es weiter:

Die Demokratische Vereinigung fordert vom neuen Reichstag: Kampf gegen alle ungerechten indirekten Steuern und Zölle (Lebensmittelzölle, Petroleumzoll, Salzsteuer, Zündholzsteuer usw.), die durch ein System direkter progressiver Reichssteuern (Erbschafts-, Vermögenssteuer usw.) zu ersetzen sind. Kampf gegen den „lückenlosen" Zolltarif und die Schutzzöllnerei überhaupt, bis das große Ziel des Freihandels erreicht ist. Reform unseres Rechtswesens, damit an Stelle der Klassenjustiz eine volkstümliche soziale Rechtsprechung trete. Durchgreifende Sozialpolitik für Arbeiter und Angestellte, unter Betonung des Vorrechts der Arbeit vor dem arbeitslosen Einkommen. Ausbau und wirksamen Schutz des Koalitionsrechts. Durchführung der Gleichberechtigung aller Reichsangehörigen ohne Unterschied der Abstammung, der Nationalität, des Glaubens und Geschlechts. Kampf gegen den Versuch, die Mißerfolge einer unfähigen Diplomatie durch weitere Vermehrung von Heer und Flotte unter neuer Belastung des Volkes zu verbergen. Einschränkung der Rüstungen durch Verträge mit anderen Staaten als bestes Mittel, den Frieden unter den Völkern zu erhalten. Trennung des Staates von der Kirche. Einführung des demokratischen Wahlrechtes für die Einzellandtage im Wege der Reichsgesetzgebung. Neueinteilung der Reichstagswahlkreise unter Zugrundelegung der Bevölkerungsziffer.

Dies die dringendsten Gegenwartsforderungen. Ueber allen Einzelforderungen aber steht uns der große Gedanke der Demokratisierung unseres gesamten Staatswesens unter Einführung des parlamentarischen Regiments. Keine ängstliche Sorge vor etwaigen Konflikten mit den herrschenden Gewalten soll uns davon abhalten, diesen hohen Zielen mit allen gesetzlichen Mitteln zuzustreben.

Unsere gesamten politischen Zustände bedürfen einer radikalen Erneuerung; der Kampf dafür darf der Sozialdemokratie allein nicht überlassen bleiben.

Landtagswahl in Düsseldorf.

Amtliches Wahlresultat. Bei der heutigen Wahl zum Hause der Abgeordneten im Wahlbezirk Düsseldorf wurden 1019 Stimmen abgegeben, die sämtlich auf den Bürgermeister a. D. David Anton-Düsseldorf (Z.) fielen.

Oesterreich-Ungarn.

Nationale Raufbolde.

Wien, 29. November. Im österreichischen Abgeordnetenhause kam es wieder mal zu einer Rauferei zwischen Tschechisch- und Deutsch-Nationalen. Der Justizminister von Hochenburger sprach über Richterernennungen in Böhmen, durch die sich die Tschechen beschwert erachten. Er sagte unter anderem, daß der Ruf nach nationalen Beamten besonders aus Deutsch-Böhmen erschalle. (Ruf bei den Tschechen: Es gibt kein Deutsch-Böhmen! Widerspruch bei den Deutschen.) Der Lärm und Widerspruch bei den Tschechisch-Radikalen dauert ununterbrochen fort. Vizepräsident Conci vermag nicht, Ruhe zu schaffen, so daß der Justizminister mit der Fortsetzung seiner Rede einhalten muß. Die Zurufe bei den Tschechen werden immer heftiger. Die Tschechisch-Radikalen versuchen, gegen den Platz des Justizministers, der sich auf der äußersten Linken der Ministerbank befindet, vorzudringen. Die Deutschen hatten jedoch inzwischen den Raum vor dem Platze des Justizministers besetzt. In dem anhaltenden großen Lärm läßt plötzlich Abgeordneter Fresl (Tschechisch-Radikal) eine Pfeife ertönen. Die Deutschen suchen den Ansturm der Tschechen zurückzuhalten. Plötzlich sieht man von der Galerie, wie es zwischen einzelnen Tschechen und Deutschen zum Handgemenge kommt. In dem andauernden Tumult unterbricht der Vorsitzende die Sitzung. Die Minister verlassen unter stürmischen Abzugsrufen der Tschechen, die dem Justizminister galten, den Saal. Auch während der Unterbrechung der Sitzung dauert der Tumult fort.

Der Prozeß gegen Rjegus.

Wien, 29. November. Vor dem Schwurgericht begann heute der Prozeß gegen den Tischlergesellen Nikolaus Rjegus, der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Oktober von der Galerie herab vier Schüsse auf die Ministerbank abgegeben und bei seiner ersten Vernehmung gestanden hatte, auf den Justizminister geschossen zu haben. Das Gutachten der Psychiater geht dahin, daß Rjegus infolge erblicher Belastung zwar geistig defekt, aber nach keiner Richtung geistesgestört ist und sich auch zur Zeit der Tat nicht im Zustande vorübergehender Geistesverwirrung befunden hat.

Rußland.

Ein Schurkenstreich der Dumamehrheit.

Petersburg, 28. November. In der heutigen Sitzung der Reichsduma brachten die Sozialdemokraten eine Interpellation über die Beschuldigung ein, daß die sozialdemokratische Partei der zweiten Duma eine Militärverschwörung geplant habe. Die Verschwörung hatte den Grund zur Auflösung der zweiten Duma gebildet. Der Präsident der Duma erklärte auf Antrag der Oktobristen die Sitzung für geheim, da sich die Interpellation auf eine Angelegenheit beziehe, die ebenfalls hinter geschlossenen Türen vor sich gegangen sei. Nachdem das Publikum und die Journalisten entfernt waren, zogen die Sozialdemokraten wegen der durch die Majorität der Duma geschaffenen Sachlage die Interpellation unter dem Gelächter der Rechten zurück. Darauf wurden die Türen wieder geöffnet. Am Schluß der Sitzung brachten die Sozialdemokraten dieselbe Interpellation mit einigen Aenderungen der ursprünglichen Fassung wieder ein. Der Präsident ordnete abermals den Ausschluß der Oeffentlichkeit an und verbot die Veröffentlichung der Debatte.

Persien.

Die Lage.

Trotzdem die persische Regierung sich auf den Rat Englands so weit gedemütigt hat, daß sie die Forderungen des russischen Ultimatums annahm und sich geneigt erklärte, die räuberische Zarenregierung um Entschuldigung zu bitten, denkt die russische Diplomatie nicht an ein Zurückweichen. Nachdem das Wort „Kompensationen" einmal gefallen ist, verschwindet es nicht aus den Spalten der russischen offiziösen Presse. Wie die liberale „Retsch" aus gut unterrichteter Quelle berichtet, sind die Mitteilungen über neue russische Forderungen an Persien gegenwärtig verfrüht. Bevor das ganze russische Detachement in Kaswin konzentriert ist, werden keine neuen Forderungen gestellt werden. Inzwischen treten die russischen Offiziösen für die Forderungen ein, Morgan Shuster von seinem Posten zu entfernen und die russischen Truppen ständig in Persien zu lassen. Als Unterton klingt hierbei die Forderung mit, den Exschah Mahommed Ali bei einem neuen reaktionären Putschversuch zu unterstützen. So schreibt der frühere Teheraner Korrespondent W. Jantschewetzki in dem Regierungsblatt „Rossija": „Die Entsendung des russischen Detachements trägt jetzt einen Strafcharakter und soll die Perser zwingen, die gerechten russischen Ansprüche zu befriedigen. Man kann nur wünschen, daß das Detachement sich in der Tat als ein Unwetter erweist und nötigenfalls bereit ist, selbst bis nach Teheran zu marschieren." In demselben Artikel werden die „zahlreichen Anhänger" des Exschahs indirekt aufgefordert, sich zu organisieren, um einen neuen Putsch zu unternehmen. In der „Nowoje Wremja" tritt der berüchtigte Menschikow dafür ein, daß die russischen Truppen um keinen Preis zurückgezogen werden. „Wenn England sich genötigt gesehen hat, in der südlichen Hälfte Persiens bewaffnete Kräfte zu entfalten, so ist Rußland, das unmittelbar an Persien grenzt, um so eher dazu verpflichtet." In demselben Blatte wird offiziös mitgeteilt, daß jetzt, wo die russischen Truppen schon in Persien weilen, die Entschuldigungen der persischen Regierung als verspätet und zwecklos angesehen werden. Welche Konsequenzen die russische Regierung aus diesen Kundgebungen zu ziehen beabsichtigt, dürfte wohl schon in den nächsten Tagen klar werden.

In England wächst inzwischen der Unmut über die Politik des Kabinetts gegenüber Persien und Rußland. Neben den weiten Krisen der liberalen Handelsbourgeoisie, die sich durch diese Politik in ihren persischen Interessen bedroht fühlt, treten auch die Konservativen gegen Sir Edward Grey auf. Der frühere Vizekönig von Indien, Lord Curzon, hat dieser Tage in der britisch-persischen Gesellschaft eine Rede gehalten, in welcher er die Politik des Kabinetts scharf verurteilte. „Unser indisches Reich — sprach er — hängt außerordentlich von der Zuneigung unserer mohammedanischen Mitbürger ab, und man muß dessen eingedenk sein, daß die Mohammedaner Indiens mit denen Persiens untrennbar verknüpft sind." Die liberale „Daily News" begrüßt diese Rede des konservativen Führers und beschuldigt die englische wie die russische Regierung, daß sie durch ihre Truppensendungen nach Persien die Zerstückelung dieses Staates bereits begonnen hätten.

China.

Ein neues kaiserliches Edikt.

Peking, 29. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein kaiserliches Edikt weist die Schuld an den letzten Kämpfen den Angriffen der Aufständischen zu und befiehlt dem Vizekönig von Hukuang, die zahlreichen Leichen zu beerdigen sowie die Not zu lindern. Der selbstbewußte Ton des gestrigen und heutigen Edikts spiegelt das wiederkehrende Vertrauen der Mandschus wieder. —

Aus militärischen Meldungen von Hankau geht hervor, daß die Macht der Aufständischen der der Kaiserlichen bis zum 25. d. M. überlegen war, dann weigerten sich die Truppen aus Hunan anzugreifen, und später meuterten 5000 frisch eingestellte Rekruten aus Hupeh und töteten ihre Offiziere, als sie zum Angriff vorgehen sollten. Die Streitkräfte Liyuanhengs in Wuschang betragen angeblich mehr als 19 000 Mann.

Aus Industrie und Handel.

Eine neue Fusion in der Montanindustrie.

Eine interessante Fusion soll noch in diesem Jahre in Westdeutschland vor sich gehen. Die Westfälischen Drahtwerke zu Werne bei Langendreer (Aktienkapital 3,2 Millionen Mark) nehmen mit rückwirkender Kraft bis 1. Juli 1911 die Aplerbecker Hütte Brügmann, Weyland u. Co. (Aktienkapital 3 Millionen Mark) in sich auf. Die Westfälischen Drahtwerke sind ein weiterverarbeitendes Werk. Sie kaufen Halbzeug vom Stahlwerksverband und stellen Fertigfabrikate (Draht) her. Die Aplerbecker Hütte besitzt eine Eisenerzgrube und produziert in ihrem Hochofenwerk Roheisen, das aber nicht im eigenen Betriebe weiterverarbeitet wird. Durch die Fusion sind die Drahtwerke dann nicht mehr auf den Bezug von Halbfabrikaten angewiesen, wenn die frühere selbständige Hütte ihr Roheisen zu Halbzeug verarbeitet. Mit der Fusion soll daher durch Ausgabe neuer Aktien von 3,2 Millionen Mark ein Stahlwalzwerk in Aplerbeck errichtet werden. Die Kombination der beiden Gesellschaften wird so durch ein Zwischenglied vervollständigt. Die beiden reinen Betriebe verschmelzen zu einem gemischten Unternehmen, wobei der eine Betrieb das Rohmaterial für den anderen liefert. Der Vorteil einer solchen Kombination ruht offenbar einmal in sich anschließenden technischen Verbesserungen. Die größere Konzentration innerhalb des gemischten Werkes erlaubt eine bessere Ausnutzung und Organisierung als in jedem der reinen Betriebe. Die wichtigsten Ursachen für eine solche Verschmelzung liegen aber auf ökonomischem Gebiete. Die produzierenden und die weiterverarbeitenden Industrien haben verschiedene Profitraten. Je nach der Konjunktur der Industrien ist sie bei den Rohproduzenten oder bei den Verarbeitern größer. Durch die Schwankungen der Konjunktur ist bald diese, bald jene Industrie in Gefahr, ihre Profitrate geschmälert zu sehen. Durch die Kombination wird der Unterschied zunächst ausgeglichen und auch weiterhin das Risiko gleichmäßig auf das ganze, gemischte Werk verteilt, das dadurch gegenüber den reinen Werken überlegen wird. Gemischte Werke sind daher konkurrenzfähiger als reine Werke, ihre Profitrate ist gesicherter. Daß nun in unserem Falle gerade die verarbeitenden Drahtwerke die Rohstoffe produzierende Hütte aufsaugen, ist nicht zufällig. Augenblicklich stehen wir in einer Periode aufsteigender Konjunktur der Montanindustrie. Die Preise für Rohstoffe werden fester, das heißt sie steigen. Bei dem verarbeitenden Werke besteht daher ein Interesse, selbst Rohstoffe zu produzieren, um seinen Bedarf billiger zu decken oder einem in Zeiten sehr guter Konjunktur auftretenden Mangel an Rohstoffen vorzubeugen. Die drohende Gefahr schlechter Rentabilität und geringer Profitrate wird von den Drahtwerken dadurch vermieden, daß sie den Betrieb einer Industrie mit größerer Profitrate aufsaugen. Dieser These widerspricht nicht, daß vom privatkapitalistischen Standpunkte aus die aufsaugenden Drahtwerke kapitalkräftiger als die angegliederte Hütte sind.

Für die beiden Unternehmen liegt noch ein besonderer Grund, sich zu fusionieren. Als getrennte und kleinere Werke standen sie in voller Abhängigkeit vom Stahlwerksverband bezw. Roheisensyndikat. Durch die Fusion gewinnt das gemischte Werk nicht nur seine momentane Selbständigkeit, sondern kann auch bei der Erneuerung der beiden Syndikate eine Sprache führen, der durch ihre ökonomische Position der entsprechende Nachdruck gegeben wird. Es tritt dann selbst in die Reihen der durch Monopole geschützten Profitnehmer.

Unser bewährtes Wirtschaftssystem!

Die Schädigung der deutschen Verfeinerungsindustrie durch die Zölle auf Rohmaterialien beleuchtet recht grell die Spannung zwischen den Preisen deutscher und ausländischer halbfertiger Stahlprodukte. Der Belgische Stahlverband hat in den letzten vier Wochen die Preise für Halbzeug zweimal erhöht. Die erste Erhöhung, Anfang Oktober, bestand in einer Verkürzung der Rabatte um 1,20 M. Jetzt ist eine direkte Preiserhöhung von 1,20 M. festgesetzt worden. Dagegen hat der Deutsche Stahlverband beschlossen, für das erste Quartal 1912 die Preise unverändert zu lassen. Das hört sich schön an, aber die Sache hat doch einen Haken; die deutschen Inlandspreise sind immer noch erheblich höher als wie die Weltmarktspreise. Berücksichtigt man die Rabatte, die in Belgien bei einer Abnahme von mehr als 1000 Tonnen im Monat bewilligt werden, dann ergeben sich folgende Preise pro Tonne in Mark:

	Rohblöcke	Vorgewalzte Blöcke	Knüppel	Platinen
Deutscher Stahlverband . . .	87,50	92,50	100,—	102,50
Belgischer Stahlverband . . .	74,92	81,—	87,07	89,50
In Belgien weniger	12,58	11,50	12,93	13,—

Also in Deutschland sind die Preise pro Tonne um 11,50 bis 13 M. höher als wie in Belgien (der Zoll beträgt 10 M.). Soviel müssen die heimischen Verarbeiter mehr anlegen. Daß ihnen das die Konkurrenz gewaltig erschwert, liegt auf der Hand. Die ausländischen Verarbeiter bekommen deutsches Halbzeug natürlich zu noch niedrigeren als den Weltmarktpreisen, denn, obwohl diese erheblich niedriger sind als die für den deutschen Markt gültigen, wird deutsches Halbfabrikat in großen Mengen auf dem Weltmarkt abgesetzt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres betrug die Ausfuhr von Blöcken, Luppen, Rohschienen, Brammen, Platinen und Knüppeln 526 060 Tonnen gegen 392 628 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Von dem letztjährigen Versand gingen nach Belgien 59 502 Tonnen, nach Frankreich 15 287 Tonnen, nach Großbritannien 386 676 Tonnen, nach Italien 22 781 Tonnen, nach Oesterreich-Ungarn 9125 Tonnen, nach der Schweiz 13 469 Tonnen usw. So erscheint in allen Ländern deutsches Halbzeug. Die dortigen Weiterverarbeiter sind der deutschen Verfeinerungsindustrie gegenüber um die Summe der Transportkosten und den erheblichen Preisdifferenzen zwischen den Inlands- und Auslandspreisen im Vorteil. Das ist der Segen unserer Zollpolitik, deklariert als „Schutz der nationalen Arbeit".

Eine nette Illustration zu dem bewährten Wirtschaftssystem liefert auch eine Zuschrift Berliner Konfektionäre an das „B. T.". Darin wird ausgeführt: „Einst stand den Berliner Konfektionsfabrikanten, die wohl heute noch fast 200 Millionen Mark Umsatz haben, der ganze Weltmarkt offen. Ein Absatzgebiet nach dem andern schwand, namentlich infolge der hohen Zölle . . ."

Großgrundbesitzer und Stahlkönige preisen den Segen der Schutzzollpolitik, sie vergessen nur zu sagen, daß der Segen für sie der deutschen Verfeinerungsindustrie und damit auch der Arbeiterschaft ungeheure Opfer auferlegt.

Noch keine Entscheidung über die Beendigung des Formerstreikes!

Am Mittwoch, nachmittag 3 Uhr, waren die Streikenden zu einer Versammlung berufen, in der die Entscheidung über die Annahme der von den Vertretern beider Parteien getroffenen Vereinbarung gefällt werden sollte. Der Andrang zu der Versammlung war schon frühzeitig ein so stürmischer, daß die am Eingang postierten Stimmzettelverteiler nicht jedem Versammlungsbesucher den Stimmzettel aushändigen konnten. Auch hatte die Polizei das Lokal abgesperrt, so daß einige Hundert der Streikenden keinen Einlaß fanden. Da unter diesen Umständen eine ordentliche und zuverlässige Abstimmung nicht zustande kommen konnte, wurde die Versammlung auf Donnerstag, vormittag 10 Uhr, vertagt; in dieser Versammlung soll dann die Abstimmung durch Zettel vorgenommen werden.

Zur Abstimmung liegt vor die folgende

Vereinbarung:

§ 1. Die tägliche regelmäßige Arbeitszeit beträgt für **Former** und sämtliche Akkordarbeiter **nicht über 9 Stunden**, für die in Lohn arbeitenden **Kernmacher und Putzer nicht über 9½ Stunden**, für die **Hilfsarbeiter nicht über 10 Stunden**. Sonnabends beträgt die Arbeitszeit eine Stunde weniger.

§ 2. Die Betreibseinrichtungen sind derart zu treffen, daß mit Schluß der durch § 1 festgesetzten Arbeitszeit die Arbeit beendet ist.

§ 3. Es wird mit jedem in der Gießerei beschäftigten Arbeiter auf seinen Wunsch ein seinen Leistungen entsprechender Stundenlohn vereinbart. **Akkordarbeiter erhalten bei Lohnarbeit den Durchschnittsverdienst des letzten Jahres abzüglich 15 Proz.**, bei kürzerer Beschäftigungsdauer den **Durchschnittsverdienst während dieser Zeit ebenfalls abzüglich 15 Proz.**

Steht ein solcher Durchschnittsverdienst noch nicht fest, so wird der **Durchschnittsverdienst gleichwertiger Akkordarbeiter abzüglich 15 Proz.** gezahlt.

§ 4. Es ist nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß die Akkordarbeiter ihre Arbeit ohne Unterbrechung zu Ende führen können. Die Zeit, während welcher der Akkordarbeiter ohne sein Verschulden **am Weiterarbeiten verhindert** ist, wird, wenn es mehr wie ¾ Stunde ist, zu einem Lohnsatz **vergütet**, der seinem **Durchschnittsverdienst nach § 3** entspricht. Auf diese Vergütung hat er jedoch nur dann Anspruch, wenn er der Betriebsleitung von dem Aufenthalt, den er erleidet, vor Ablauf der ersten ¾ Stunde Kenntnis gegeben und diese auf seine Anfrage entschieden hat, daß er nicht aussetzen soll.

§ 5. Bei Uebergabe von neuen Akkordarbeiten ist **bei Inangriffnahme** derselben der **Akkordpreis zu vereinbaren** und der Akkordzettel, auf welchem der Akkordpreis sowie Stückzahl und Signum verzeichnet ist, spätestens am anderen Tage vormittags zu übergeben. Auf jeden Fall muß der Akkordzettel in Händen des Formers sein, **ehe die fertige Arbeit seinen Platz verläßt.**

Wird über den Akkordpreis zu Beginn der Arbeit nicht verhandelt und entstehen Streitigkeiten über denselben, so ist dem Arbeiter sein **Durchschnittsverdienst** zu bezahlen. Ist dagegen zu Beginn der Arbeit verhandelt, eine Einigung über den Akkordpreis aber nicht erzielt worden, so muß die Arbeit in Stundenlohn gemäß § 3 hergestellt werden.

Aenderungen der bisherigen Akkordpreise dürfen nur nach vorheriger Verständigung mit den betreffenden Arbeitern vorgenommen werden, anderenfalls gelten **die bisherigen Akkorde.**

§ 6. **Ausschußguß**, an dem der Akkordarbeiter Schuld hat, wird nicht bezahlt. **Ausschußguß, an dem der Akkordarbeiter keine Schuld hat, wird voll bezahlt.** Läßt sich die **Schuldfrage**, selbst unter Hinzuziehung von Sachverständigen beider Parteien, **nicht feststellen**, so wird der **halbe Akkord** bezahlt.

§ 7. Dem Akkordarbeiter muß, bevor **Ausschußstücke beseitigt** werden, Gelegenheit gegeben werden, **dieselben zu besichtigen.** Geschieht dies nicht, so **muß die Arbeit den beteiligten Arbeitern voll bezahlt** werden.

§ 8. Es hat eine möglichst gleichmäßige und gerechte Verteilung der Arbeit stattzufinden. **Schlechte Akkorde** sind so **aufzubessern**, daß der Akkordarbeiter seinen **Durchschnittsverdienst** erhält.

§ 9. Bei **eintretendem Arbeitsmangel** soll, bevor Entlassungen stattfinden, wenn die Betriebsverhältnisse es erlauben, zunächst **möglichst die Arbeitszeit verkürzt** werden.

§ 10. Es sind **genügend Hilfskräfte** zur Bedienung der Krane, zur Instandhaltung der Trockenkammern, zur Aufräumung der Gießerei und zur Aufrechterhaltung des ungestörten Betriebes zur Verfügung zu stellen.

§ 11. Die Fabrikleitung hat für **genügende Betriebssicherheit** und ausreichende **hygienische Einrichtungen** (gebahnte Wege, ausreichende **Beleuchtung, Heizung, Ventilation, Waschreinrichtungen**) zu sorgen.

§ 12. Wo bereits **bessere Arbeitsverhältnisse** als im obigen **vereinbart** sind, bestehen, sollen dieselben **nicht verschlechtert** werden.

§ 13. Die Former verpflichten sich, die Modelle vorsichtig zu behandeln.

§ 14. Die Former und Gießereiarbeiter sind, außer in Krankheitsfällen, nicht berechtigt, ohne Erlaubnis der Betriebsleitung von der Arbeit fortzubleiben.

•

Erklärung zur Aufnahme in das Protokoll.

Im Laufe der Verhandlungen wird festgestellt, daß **bei Differenzen** eine Kommission seitens des **Verbandes Berliner Metallindustrieller** zusammengetreten ist, die die Streitigkeiten **in Gemeinschaft mit Vertretern der Arbeiterorganisation** schlichtete. Diese **Vermittelung**, die sich durchaus bewährt hat, **soll auch in Zukunft**, speziell bei Differenzen, die sich etwa aus dem heute getroffenen Abkommen ergeben, **eintreten**, und zwar sobald wie möglich, **längstens innerhalb 10 Tagen.**

Die **Löhne der Lohn- und Hilfsarbeiter** sollen **revidiert** und **in denjenigen Fällen erhöht** werden, in denen **bisher eine besonders niedrige Bezahlung** stattfand. Als Norm hierfür wird ein **Anfangslohn** für Hilfsarbeiter **von 40 Pf. pro Stunde** bei den jetzigen Zeiten als angemessen bezeichnet.

Bei Aufnahme der Arbeit treten diejenigen **Lohn- und Hilfsarbeiter**, welche ihre alte Arbeit wieder erhalten, in die **Lohnsätze** ein, welche sie **bei Beginn des Streiks** hatten.

Maßregelungen aus Anlaß der Durchführung dieser Vereinbarung dürfen nicht stattfinden.

Die **Mitglieder der Schlichtungskommission dürfen nur unter Zustimmung der Fabrikleitung entlassen** werden.

Die **Wiedereinstellung der an der Bewegung Beteiligten** (Former, Gießereiarbeiter, Dreher, Fräser usw.) findet vom **Freitag, den 1. Dezember** an **nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse** statt.

Bis zum **15. Januar 1912** sollen die **bisherigen Arbeiter vorzugsweise** wieder eingestellt werden.

• • •

Ob die Unternehmer am Donnerstag, bevor ein Beschluß der Streikenden vorliegt, aussperren werden, bleibt abzuwarten. Unbestimmt ist, ob die Former der Vereinbarung zustimmen werden. Alle Mitteilungen der bürgerlichen Presse, die von einer Einigung sprechen, sind deshalb Kombinationen. Donnerstagabend werden unter allen Umständen 50 Versammlungen der Metallarbeiter in Berlin stattfinden.

Richtigzustellen wäre noch, daß die Verhandlungen nicht unter Vorsitz des Kommerzienrats Borsig stattgefunden haben, sondern daß als Unparteiischer ein Metallindustrieller aus Halle die Verhandlungen geleitet hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Damenkonfektion.

Der Schneiderverband hatte auf gestern nachmittag für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Damenkonfektion drei Versammlungen, in den Germaniasälen, Chausseestraße, den Andreasfestsälen, und für Rixdorf in Hoppes Festsälen, sowie für den Abend noch eine vierte Versammlung nach den Arminhallen einberufen. Der Massenbesuch und die kampffreudige Stimmung zeugten für die Macht und Stärke, die die Gewähr für eine erfolgreiche Durchführung des Streiks bieten. Den Situationsbericht gaben die Organisationsvertreter Knoop, Käming, Kunze und Sabath. Ihre Ausführungen über die allgemeine Lage, über das Verhalten der Konfektionäre wie über die Stellung, die demgegenüber eingenommen werden muß, deckten sich mit dem, was bereits in der Meisterversammlung am Dienstag ausgeführt worden ist — ein Beweis dafür, daß die beiden großen Gruppen, die diesen Kampf gemeinsam gegen das Unternehmertum führen, sich vollkommen einig sind. Man wird nun erst einmal abwarten, was die Konfektionäre auf das letzte Schreiben antworten und welche Vorschläge sie zu machen haben. Es wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, daß mit den Verdächtigungen wie auch mit den Versuchen, die Zwischenmeister und ihre Arbeitnehmer auseinander zu treiben, Schluß gemacht werde, und zwar im Interesse der Unternehmer selbst, die mit jenem Vorgehen, wie die Tatsachen beweisen, für ihre Zwecke doch nichts erreichen, und daß statt dessen der Versuch gemacht werde, praktische Arbeit zu leisten, mit Vorschlägen zu kommen, die auch diskutiert werden können. Man ist und war von Anfang an auf Arbeitnehmerseite gern bereit, ernst gemeinte Vorschläge zu prüfen; beharren aber die Konfektionäre darauf, mit leeren Versprechungen um die Sache herumkommen zu wollen, so wird es auf der anderen Seite auch für die weitere Dauer des Kampfes nicht an der nötigen Einmütigkeit und Ausdauer fehlen. Auf Seiten der Konfektionäre ist es sicherlich nicht so gut bestellt. Wenn wirklich ihre Breslauer und Erfurter Geschäftsfreunde das Versprechen geben, ihre Reisenden vorläufig nicht auf die Tour zu schicken, so steht jetzt schon fest, daß ein nicht geringer Teil der Berliner Firmen gegen den Willen ihrer Verbandsleitung bereit ist, die Tarife abzuschließen und ihre Reisenden auf die Tour zu schicken. Darauf muß der Unternehmerverband gefaßt sein.

Die Versammlungen, sämtlich so zahlreich besucht, daß die Säle überfüllt waren, erklärten sich einstimmig mit der von den Meistern angenommenen, im gestrigen „Vorwärts" veröffentlichten Resolution einverstanden. —

Inzwischen kommt die Mitteilung, daß der Verband der Mäntelfabrikanten die Vertreter der Meister- und Arbeitnehmerorganisation auf den heutigen Vormittag um Verhandlungen ersucht hat. —

Eine Vereinbarung ist gestern zwischen der Firma Friedenstein und dem Schneiderverband unter Zustimmung des Vertreters des Arbeitgeberverbandes für das Damenschneidergewerbe zustande gekommen. Die Firma, eines der ersten und vornehmsten Modellgeschäfte, hat sich verpflichtet, nur solche Meister zu beschäftigen, die den am 1. September abgeschlossenen Zeitlohntarif für die Musterkonfektion anerkennen. Die Tarifvorlage für die Damenkonfektion kommt für diese Firma nicht in Betracht.

Wo in einzelnen Geschäften Streikbrecher tätig sind, ist man offenbar außerordentlich besorgt um das Wohl dieser Leute. So wird uns berichtet, daß Herr Schnitzer von der Firma Schnitzer u. Lewin, Kronenstraße, in höchst eigener Person seine per Auto heimwärts fahrenden Arbeitswilligen begleitet. Daß außerdem noch eine Anzahl leicht erkennbarer Kriminalbeamten vor dem Hause zu finden ist, darf nicht wundernehmen.

Der Zwischenmeister Alisat, Brunnenstraße 62, gibt durch Anschlag an das Haustor bekannt, daß er mit seinen Leuten einen Tarif abgeschlossen habe und der Streik somit für ihn beendet sei. Das ist eine unsinnige Behauptung. Wann der Streik beendet wird, darüber hat selbstverständlich nicht Herr Alisat zu bestimmen, sondern die Gesamtheit der Meister und Arbeitnehmer.

In dem Unternehmerorgan „Der Confectionair" wird behauptet, daß „noch niemals ein Streik in so frivoler Weise vom Zaun gebrochen ist wie dieser". Das ist ja eine altbekannte Phrase, die bei jedem größeren Streik in der Unternehmerpresse immer wiederkehrt. Im übrigen kann der „Confectionair" seinen Aerger darüber nicht verbergen, daß der Streik sich diesmal nicht, wie es 1896 der Fall war, auch gegen die Zwischenmeister richtet, sondern daß diese nun gemeinschaftlich mit der Arbeiterschaft der Branche vorgehen, und um, wenn irgend möglich, diese Einmütigkeit zu stören, schreibt das Blatt, daß die Zwischenmeister noch keine Garantie dafür geboten hätten, daß die Lohnerhöhungen auch tatsächlich zum Teil den Heimarbeiterinnen zugute kommen. Das ist nicht wahr. Wir haben bereits in der Sonnabendnummer des „Vorwärts" gezeigt, wie die Tarifvorlage, über die die Konfektionäre nicht verhandeln wollen, gestaltet ist, und daß darin auch die Lohnsätze der Heimarbeiterinnen festgelegt sind. Die Zwischenmeister haben sich ihren Arbeitnehmern gegenüber bereits auf diesen Tarif verpflichtet, so daß es eben nur noch an den Konfektionären liegt, den Tarif zur Geltung zu bringen. Das Unternehmerorgan behauptet ferner, daß Zwischenmeister 6000 bis 10 000 Mark das Jahr verdienen, während „von sozialdemokratischer Seite" angestellte Verwaltungsbeamte der Krankenkassen sich mit 2000 bis 3000 M. begnügen müßten, daß die Löhne in der Mäntelkonfektion seit dem Jahre 1896 um teilweise bis zu 100 Proz. erhöht worden seien, und daß ständige Heimarbeiterinnen 18 bis 25 M. die Woche verdienten. Daß es unter den Zwischenmeistern einige Großindustrielle gibt, die recht hohe Einkommen erzielen, ist gewiß nicht zu bezweifeln, es sind das aber wohl Ausnahmen. Was die Wochenverdienste der Arbeiterinnen anbetrifft, so schrieb der „Confectionair" in seiner Donnerstagnummer noch von 21 bis 45, ja 60 M., in der neuesten Nummer ist er auf 18 bis 25 M. herabgegangen, und wenn das so weitergeht, wird man allmählich auf den richtigen Satz kommen. Wo eine Arbeiterin Löhne von 25 M. nach Hause trägt, handelt es sich um Fälle, wo die ganze Familie hilft. Im Anschluß an seine Angaben über die Heimarbeiterlöhne behauptet das Blatt, es könne täglich aus den Büchern nachgewiesen werden, daß die „Phrasen von den Hungerlöhnen" in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Merkwürdig, was die Herren alles in ihren Büchern haben!

Uebrigens legt die Arbeiterschaft gar keinen Wert darauf, mit vielem Reden von den Hungerlöhnen etwa an die Oeffentlichkeit oder gar an das bekannte gute Herz der Unternehmer appellieren zu wollen. Sie weiß vielmehr, daß auf dergleichen nichts zu geben ist, sondern daß die Macht entscheidet, und da der Streik in einem Umfang und mit einer Einmütigkeit geführt wird, der alle Erwartungen übersteigt, können die Kämpfenden auch des Sieges sicher sein.

Die „wohlwollende Große Berliner".

Die Große Berliner Straßenbahn hat am 1. d. Mts. ihr wohlwollendes Herz den Angestellten gegenüber gezeigt, indem sie zum Feste des Friedens vier Familienväter auf das Straßenpflaster geworfen hat, die nichts weiter verbrochen haben, als ihre freie Meinung zu bekunden. Angestellte, die 16, 10 und 6 Jahre der Gesellschaft für wenig Lohn treue Dienste geleistet haben. Sie sind wiederum ein Opfer des Denunziationswesens, welches im Betriebe mit Hilfe des „gelben Vereins" gezüchtet wird, geworden. Kein Protokoll, keine Gegenüberstellung, ohne Beweise, lediglich auf die Angaben der „treuen" Bediensteten hin, wie Geheimrat Dr. Mücke sagte. Wie sehen diese „Getreuen" aus? Nicht durch besondere Leistung, nicht weil dieselben als zufriedene Lämmer in Frage kommen, sondern durch Schmarotzerei sind dieselben in den Geruch der „Getreuen" gekommen. Und die Pensionskasse der Straßenbahner? Dieselbe besteht wiederum nur für „Mucker" und dennoch nennt sich die „Große Berliner" „wohlwollende" Gesellschaft.

Berichtigung.

In unserem gestrigen Bericht über den Streik bei der Firma Bechstein haben sich einige kleine Fehler eingeschlichen. So beträgt die wöchentliche Arbeitszeit der Holzarbeiter in Berlin nicht 55, sondern 51 Stunden. Weiter ist nicht richtig, daß der größte Teil der Bechsteinschen Arbeiter nicht organisiert sei. Das war allerdings leider früher der Fall, hat sich aber jetzt erfreulicherweise derart geändert, daß die große Mehrheit der bei der Firma Beschäftigten organisiert ist.

Achtung, Töpfer! Betreffs der Sperre Gustav Dames ist anzuführen, daß der Bauherr des bestreikten Baues Ernst Fabritz heißt, Gastwirt ist und in Berlin O., Schreinerstraße 83, wohnt. Letzterer erklärte, er hätte dem Töpfermeister Dames die Arbeit entzogen, und verlangte darum von uns Kollegen, um den Bau in eigener Regie fertigzustellen. Unsererseits wurde darauf erklärt, er solle die Gemaßregelten einstellen. Dies zu tun, weigerte er sich aber ganz entschieden. Daraus müssen wir entnehmen, daß er mit die Verhältnisse verschleiern wollte. Wir warnen also unsere Kollegen, bei Fabritz in Arbeit zu treten. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Massenverhaftungen von Streikenden in Magdeburg.

Bei dem Streik der Mühlenarbeiter auf der Hildenbrandschen Mühle in Magdeburg verhaftete Mittwoch früh die Polizei, die mit einem riesigen Aufgebot erschienen war, die Streikleitung und etwa 30 Streikende aus dem Verkehrslokal der Streikenden heraus. Die Streikenden sollen sich angeblich gegenüber den Arbeitswilligen strafbarer Vergehen schuldig gemacht haben.

Ueber das Scheitern der Tarifverhandlungen

zwischen den Vertretern des Deutschen Buchdruckervereins und denen des Verbandes der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter wird noch berichtet: Die von den Vertretern der Buchdruckereibesitzer gestellten Anträge bezweckten fast ausschließlich Verschlechterungen der bisher bestandenen Arbeitsbedingungen, darunter Verlängerung der Arbeitszeit, ursprünglich um täglich eine halbe Stunde, bedeutende Personaleinschränkungen an vorhandenen erprobten Maschinensystemen, Reduzierung der Ueberstundenzuschläge um 25 Proz. bei Sonntagsarbeit, Haftpflicht der Organisationen für Tarifverletzungen und Streichung der bestehenden Solidaritätsklausel, wonach vom Hilfspersonal Streikbrecherdienste bei Ausständen verwandter Berufe wegen Ein- und Durchführung von Tarifen nicht verlangt werden dürfen. Ganz besonderen Wert legten die Druckereibesitzer auf die Streichung einer bisher gültigen Schutzbestimmung, wonach bestehende **bessere Bedingungen in Lohn und Arbeitszeit durch den Tarif nicht verschlechtert werden dürfen.**

Darauf einzugehen, war den Vertretern des Hilfsarbeiterverbandes unmöglich, weil keinerlei Gewähr dafür geboten werden konnte, daß auf der anderen Seite ausreichende Lohnaufbesserungen bei den örtlichen Tarifabschlüssen bewilligt werden. Deswegen mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden.

Letzte Nachrichten.

Landtagsersatzwahl in Crailsheim.

Crailsheim, 29. November. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Bei der heutigen Ersatzwahl zum württembergischen Landtag im Oberamt Crailsheim erhielten Lang (Bauernbund) 1398, Schaeffer (Volkspartei) 1163, Reusch (Deutschpartei) 825, Beinkaempen (Sozialdemokrat) 665 und Groeber (Zentrum) 227 Stimmen.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 29. November. (W. T. B.) Justizminister Dr. Ritter v. Hochenburger, während dessen Rede die bereits gemeldeten **Lärmszenen sich abspielten**, legte eingehend die Schwierigkeiten dar, welche für die Justizverwaltung hinsichtlich der **Besetzung der Richterstellen in Böhmen bestanden.** Er erinnerte daran, wie sich unter dem Einfluß gewisser radikaler Schlagworte die deutschen Juristen eine Zeitlang vom **Staatsdienst ferngehalten**, bis die vernünftigere (!) Auffassung Platz gegriffen habe, daß man, um beachtet zu werden, sich nicht in den Schmollwinkel stellen dürfe. (Zustimmung.) Aber auch später, fuhr der Minister fort, blieb der Zuzug deutscher Juristen zur richterlichen Laufbahn noch immer spärlich und **völlig ungenügend.** Dies führte zur Durchsetzung des deutschen Sprachgebiets mit Richtern tschechischer Zunge (Zwischenrufe), die es ab und zu an der **erforderlichen Zurückhaltung fehlen ließen**, weit häufiger aber es nicht verstanden, mit der bodenständigen Bevölkerung die richtige Fühlung zu gewinnen. Im deutschen Sprachgebiet erblickte man in dieser Durchsetzung eine **politische Maßregel**, eine gewissermaßen von Staatswegen betriebene Forderung der vorausgesetzten Machterweiterungsbestrebungen der leitenden politischen Kreise des tschechischen Volkes. Eine weitere Erschwerung der Stellenbesetzung in Böhmen bildet der **starke Rückgang in den erforderlichen Sprachkenntnissen** sowohl bei den deutschen, als auch bei den tschechischen Richtern. Geboten war tunlichste Einschränkung der Versetzung von Richtern tschechischer Zunge in das deutsche Sprachgebiet. Geboten war aber auch die tunlichste Forderung der **Doppelsprachigkeit** durch eine Bevorzugung jener Richter, die neben sachlicher Tüchtigkeit das noch für sich haben, daß sie beide Landessprachen in Schrift und Wort vollkommen beherrschen. Der Minister gelangte zu dem Schluß, daß die beantragten Beschlüsse sachlich verfehlt und rechtlich unzulässig seien (Hört, hört!), er stelle daher an das Haus das dringende Ersuchen, sich gegen die Dringlichkeit auszusprechen. (Lebhafter Beifall und Heilrufe.)

Beendeter Ausstand.

Antwerpen, 29. November. (W. T. B.) Der Ausstand im hiesigen Hafen ist beendet. Die Seeleute haben die Bedingungen der Reeder auf die Dauer von drei Jahren angenommen, nachdem ihre Forderungen bis auf Nebensächliches bewilligt worden sind.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

212. Sitzung vom Mittwoch, den 29. November, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück.

Die

zweite Beratung des Hausarbeitsgesetzes

wird fortgesetzt, und zwar über den sozialdemokratischen Antrag betreffs Einrichtung von Lohnämtern und des Kompromißantrages, der die Einrichtung von Fachausschüssen verlangt.

Abg. Dr. Fleischer (Z.): Der Abg. Göhre hat gestern anerkannt, daß das Zentrum in der Kommission sich redlichste Mühe gegeben hat, um die Einfügung von Lohnämtern in den Entwurf. Trotzdem haben wir den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, weil nach ihm irgend welchen mißvergnügten Arbeitern selbst in Industrien, in denen die Löhne gut sind, schon das Recht gegeben wird, eine Festsetzung der Löhne durch das Gewerbegericht zu verlangen. Aber weiter hat sich gezeigt, daß die Regierung unter keinen Umständen irgend einer Bestimmung zustimmen würde, welche die Rechtsverbindlichkeit der Löhne ausspricht. Deshalb stehen wir vor der Frage, ob daran der Gesetzentwurf scheitern soll. Herr Naumann hat für seinen Antrag noch nicht einmal die Hälfte seiner Freunde gewonnen; wie kann er also uns vorwerfen, daß wir für Lohnämter hier keine Mehrheit finden. Deshalb das Gesetz zu verwerfen, kann Herr Naumann sich leisten, nicht aber eine große, sich ihrer Verantwortung bewußte Partei wie das Zentrum. In den Fachausschüssen, die der Kompromißantrag enthält, wird das Prinzip des Arbeitskammergesetzes gerettet, was angesichts des Scheiterns des Arbeitskammergesetzes sehr wertvoll ist. Herr Göhre stellte es gestern so dar, als ob die Fachausschüsse gar nichts wert seien. Das ist eine Uebertreibung, vor der man sich bei sozialpolitischen Maßnahmen hüten sollte. Die Fachausschüsse werden zur Klarlegung der Verhältnisse viel beitragen und durch sie werden wir dann auch mit Hilfe der Regierung zu einer Regelung der Lohnfrage kommen. Wie die Sozialdemokraten die Bestimmungen über die Fachausschüsse als absolut wertlos, geradezu als Null bezeichnen, verstehe ich nicht; wir betrachten sie als einen halben Erfolg auf dem Gebiete der Regelung der Lohnfrage und werden für diesen Teilerfolg eintreten, da wir den vollen Erfolg jetzt noch nicht erreichen können. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Graf v. Carmer-Zieserwitz (k.): Wir lehnen jede obligatorische Festsetzung von Mindestlöhnen oder Mindestpreisen mit gesetzlicher Bindung ab. Es muß der freien Vereinbarung der Parteien überlassen werden, die Löhne festzusetzen. Die Regierung darf sich da nicht hineinmischen, sie hätte ja sonst eine doppelte Verantwortung sowohl für die Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer, die man ihr nicht zumuten kann. Wenn man auf den Vorgang beim Kaligesetz verweist, so habe ich damals dagegen gestimmt, auch lagen dort immerhin besondere Verhältnisse vor. Wenn ferner ein ähnliches Experiment in England gemacht worden ist, so wird man erst abwarten müssen, wie es ausfällt. Viele Hausarbeiter machen die Heimarbeit nur im Nebenberuf, andere als Invalide. Da liegt es nahe, daß die Arbeitgeber für diese Arbeiter niedrigere Löhne festsetzen würden, und das wäre eine schwere Schädigung der Elendesten unter den Heimarbeitern, für die wir sehr wohl ein Herz haben. Gerade aus diesem Grunde wollen wir auch dieses Gesetz zum Schutze der Heimarbeiter nicht an dieser einen Bestimmung scheitern lassen und werden deshalb für den Kompromißantrag stimmen. Wenn die geplanten Fachausschüsse die elenden Löhne gewisser Heimarbeiter publizieren, so wird schon das zur Einschränkung solcher Schmutzkonkurrenz dienen, die durchaus im Interesse der Industrie selbst liegt. Wichtig ist, daß auch die Minderheit stets das Recht hat, ihr abweichendes Votum dem Gutachten des Fachausschusses anzuhängen. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß die Fachausschüsse sobald wie möglich eingerichtet werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Everling (natl.): Die Arbeit aller bürgerlichen Parteien auf dem Gebiete des Heimarbeiterschutzes beweist, daß die Behauptung der Sozialdemokratie, sie allein trete wirklich für Sozialreform ein, zum mindesten eine große Selbsttäuschung, um nicht zu sagen, eine glatte Geschichtsfälschung ist. Die Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit auf hygienischem Gebiet muß unterstützt werden durch wirtschaftliche Förderung der Heimarbeiter. Das geschieht wesentlich durch diese Vorlage. Die Mitarbeit an ihr werden wir uns auch durch die draußen so hämische und hier so maßlos übertriebene Kritik der Sozialdemokraten nicht verdrießen lassen. Die Einrichtung von Lohnämtern aber halten wir nicht für zweckmäßig, Ihre Undurchführbarkeit hat auch Herr v. Berlepsch anerkannt. Nur die vorübergehende ausnahmsweise Festsetzung von Mindestlöhnen hielt er für möglich. Wir treten statt dessen gleichfalls für die Einsetzung von Fachausschüssen ein. Herr Göhre nannte die Fachausschüsse taube Nüsse, Steine statt Brot, Worte, nichts als Worte. Dabei klammert er sich an ein Wort, an das Wort „Lohnamt". Herr Göhre richtete auch einen Appell an die christliche Barmherzigkeit. Wie wird aber sonst die christliche Barmherzigkeit von Ihren Blättern verspottet! Gerade zur Weihnachtszeit, wenn sich ein Strom christlicher Liebe und Barmherzigkeit über unser Volk ergießt, schreiben Ihre Blätter, „wir wollen nicht Barmherzigkeit, sondern Gerechtigkeit". (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit diesem „Sehr richtig!" verurteilen Sie das gestrige Auftreten Göhres. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Hier handelt es sich um eine Frage des Rechts und der Zweckmäßigkeit, und deshalb war der Appell Göhres ein Appell mit untauglichen Mitteln und am untauglichen Ort. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: am untauglichen Objekt!) Das Gesetz wird eine schöne Weihnachtsgabe für das deutsche Volk sein. (Bravo! bei den Kompromißparteien.)

Abg. Manz (Vp.): Vor allem muß man die Beschäftigungsmöglichkeit ins Auge fassen; was nutzt eine Erhöhung der Löhne, wenn dabei die Leute überhaupt nicht beschäftigt werden. Herr Göhre hat uns das Lohnamt in jeder Weise gepriesen; aber bewiesen ist damit gar nichts, ebenso wenig mit seinem Appell an die christliche Barmherzigkeit. Bei solchen Fragen muß man nüchterne Geschäftsleute zu Rate ziehen. Mit Ihrem Antrage (zu den Sozialdemokraten) ruinieren Sie die Hausindustrie. Und das wollen Sie ja auch. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Naumann.) Herr Schmidt sagte: „Eine solche Elendsindustrie soll man vernichten, ausmerzen." Und was bieten Sie den Leuten dafür, daß die Hausindustrie vernichtet wird? Wenn Sie sagen, die Leute sollen in die Fabriken gehen, so klingt das wie Hohn; erst müßten Sie doch Fabriken errichten. Sie befürworten also eine geradezu mörderische Politik. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Fleischer sprach von einem Zwiespalt in unserer Partei, von einer Fraktion Manz und einer Fraktion Naumann. Spielarten gibt es doch auch im Zentrum, Sie (zum Zentrum) haben ja sogar Leute, die nicht mehr kandidieren wollen, weil sie es bei Ihnen nicht aushalten. (Heiterkeit.)

An den Fachausschüssen hätte Herr Göhre mit etwas mehr Liebe (Sehr gut! bei der Volkspartei.) wohl etwas Gutes finden können. So haben sie den Abschluß von Lohnabkommen und Tarifverträgen zu fördern. Das eröffnet doch ein weites Gebiet für Verhandlungen; in diesen Rahmen kann man ein sehr schönes Bild malen. Mit diesen kleinen Arbeitskammern kommen wir wenigstens auf den Weg der Verhandlungen, und dabei kann auch dann die Frage geregelt werden, in welchem Zweige etwa die Löhne zu verbessern sind. Wenn Sie das aber jetzt mit Gewalt machen wollen, so sägen Sie den Ast ab, auf dem die Hausarbeiter sitzen. (Bravo! bei den Kompromißparteien.)

Abg. Dr. Kolbe (Rp.): Herr Göhre erging sich gestern in starken Uebertreibungen. Warum wechseln denn die Sozialdemokraten so sehr ihr Gesicht gegenüber ihrem Verhalten in den Kommissionen, wo sie ganz ruhige Mitarbeiter sind. Wo tragen sie denn nun eine Maske, hier oder in der Kommission? Der Appell Göhres an die christliche Barmherzigkeit gegenüber Leuten, die mit gutem Willen einen anderen Weg gehen wollen, war ganz unangebracht und geradezu unfair, und unwürdig war die pharisäerhafte Ueberhebung, mit der Göhre die Sozialdemokratie als den barmherzigen Samariter hinstellte und die anderen Parteien als solche, die hartherzig an dem Elend der Hausindustrie vorbeigehen. Solche leidenschaftlichen Ausbrüche des Klassenhasses sind nicht angebracht. — Mit den Lohnämtern würde man in

alte historische Rechte

eingreifen, und die Regierung hat ganz recht, daß sie den Weg der Lohnfestsetzung mit rechtsverbindlicher Kraft nicht gehen will. Das Zentrum geht den klugen Weg des Erreichbaren. — Die Sozialdemokraten weisen auf das Ausland, vor allem auf England hin. Aber bei uns liegen die Verhältnisse wesentlich anders und besser, bei uns besteht daher nicht der Wunsch, die Hausindustrie durch Lohnämter zu beseitigen, und wir wollen alles tun, um sie zu einem gesunden Gliede unserer Volkswirtschaft zu gestalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Lohnämter halten wir für die geeignetste Maßnahme, um eine wirksame Verbesserung der Verhältnisse, wo sie notwendig ist, durchzuführen. Aber in der Kommission sind wir damit nicht durchgedrungen. Wir haben uns daher auf die Fachausschüsse zurückgezogen. Wir sind nicht schuld daran, daß die Lohnämter gefallen sind. Nach dem bündigen Unannehmbar der Regierung ist es aber aussichtslos, sie wieder hineinzubringen. Wollte man den Hausarbeitern wirklich helfen, war es nach diesem Unannehmbar notwendig, sich mit den grundsätzlichen Gegnern der Lohnämter zu verständigen. Die herzlose Politik des Alles oder Nichts der Sozialdemokratie machen wir nicht mit. Die Fachausschüsse sind auch keineswegs wertlos; sollten sie nicht ausreichen, so werden wir an ihrer Ausgestaltung mitarbeiten. Die Schwierigkeiten für die Lohnämter lagen hauptsächlich bei den zukünftigen Verbündeten der Sozialdemokraten, bei den Freisinnigen. Mögen die Sozialdemokraten im zukünftigen Großblock der Linken auf die Liberalen einwirken, daß sie mehr von der sozialen Gesinnung, die im Zentrum vorhanden ist, annehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Enders (Vp.): Es ist nicht richtig, daß in der Heimindustrie Tarifverträge nicht abgeschlossen werden können, weil eine Organisation nicht möglich ist bei der Heimindustrie. Tatsächlich gibt es auch in der Heimindustrie eine ganze Reihe Tarife. Die „Rechtsverbindlichkeit" hat in der unorganisierten Heimindustrie sehr wenig praktische Bedeutung. Es müßten dann hohe Strafen und eine scharfe Kontrolle eingeführt werden. Damit würden Sie freilich die Heimarbeit allen Beteiligten gründlich verekeln. Es kommen eine solche Unmenge von Artikeln jedes Jahr neu in der Heimarbeit in Betracht, daß eine Preisfestsetzung ganz unmöglich ist. Die Lohnämter in Australien sind nicht für die Heimarbeit, die dort kaum existiert, sondern für die Fabrikbetriebe bestimmt. Für mich ist klar, daß das allmähliche Verschwinden der Heimarbeit in Australien eine Folge der Lohnämter ist; umsomehr bin ich gegen die Lohnämter. Die Erfahrungen in England reichen noch nicht aus. Nur das eine steht fest, daß die Gewerkschaften in England wesentlich gefördert sind durch die Lohnämter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Leben gekommen in die toten Gebilde. Aber dasselbe wollen wir auch durch die Fachausschüsse: in eine unorganisierte Masse Ordnung bringen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Naumann (Vp.): Wir wollen mit unserem Antrag in den Kompromißantrag den Gedanken der Lohnregulierung in der Hausarbeit einfügen. Ohne diese Einfügung ist der Kompromißantrag in der Tat weiße Salbe, praktisch unwirksam. In Fabrikbetriebsumgebung könnte das, was in diesem Antrag dem Arbeitskammergesetz entnommen ist, wirksam sein, in der Heimindustrie werden sie das nicht sein. Sie sind völlig kompetenzlos, können nur anregen und sind deshalb ebenso bedeutungslos wie die Arbeiterausschüsse großer Betriebe, die eben auch, weil sie keinen sachlichen Lebenszweck haben, tote Gebilde bleiben. Erst von dem Tage an, wo die Fachausschüsse eine wirkliche Aufgabe wie die der Lohnregulierung erhalten, wird das Interesse auf beiden Seiten für sie wach werden. Wenn wir auf dem Wege der Lohnregulierung die Bezahlung steigern, so wird damit auch die Intensität und Qualität der Arbeit steigen. Es ist viel schwieriger, für eine auf der untersten Stufe der Leistungsfähigkeit stehende verarmte Industrie Arbeit zu schaffen; das wissen alle Beteiligten. Haben doch die Unternehmer vielfach selbst die Unterstützung der Gewerkschaften aufgerufen zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz. Wir fürchten ja auch die Konkurrenz der Länder mit höheren Löhnen viel mehr als die anderer Länder. In dem praktischen England sind die Lohnämter mit allen gegen 2 Stimmen angenommen, dagegen haben nur gestimmt zwei Theoretiker, ein liberaler Freihändler und ein Sozialist. Ebenso haben sich in dem alten Zöllnerland Oesterreich die Lohnämter als durchführbar erwiesen. Nur in Deutschland ist die Regierung aus Prinzip dagegen. Dabei soll ja gar nicht der Staat die Löhne festsetzen, sondern das soll durch eine Vereinbarung der beteiligten Parteien geschehen. Der staatliche Einfluß liefert nur den Rahmen der

Kleines Feuilleton.

Der Bock als Gärtner. Aus London wird uns geschrieben: Eine skandalöse Ernennung des Lord Großkammerherrn („Lord Chamberlain") hat das englische Schriftstellertum in große Aufregung versetzt. Dieser Minister, der die Zensur über die in London aufgeführten Theaterstücke ausübt, hat eine Person zum Theaterzensor ernannt, die für dieses Amt ebenso gut oder schlecht paßt wie der Bock als Gärtner. Der neue Theaterzensor, der darüber wachen soll, daß in London kein Stück aufgeführt wird, das „gegen die guten Sitten und den Anstand verstößt", ist selbst als der Verfasser oder Bearbeiter eines schlüpfrigen Machwerks bekannt, das vor einigen Jahren hier aufgeführt wurde. Das Stück trug den Titel „Das liebe alte Karlchen" und der „Held" darin war ein Ehrenmann, dessen Hauptbeschäftigung darin bestand, mit den Frauen seiner intimen Freunde Beziehungen anzuknüpfen. Die anständige Londoner Presse ließ den Verfasser damals ihren Unwillen deutlich merken. Und noch vor einem Jahre wies der bekannte dramatische Kritiker William Archer, der englische Uebersetzer Ibsens, vor der Kommission, die das herrschende Zensursystem untersuchen sollte, gerade auf dieses an das Zotenhafte grenzende Produkt unserer kapitalistischen Theaterindustrie hin als ein Machwerk, vor dem der Zensor das Publikum schützen sollte.

Aber diese Anregungen fielen auf steinigen Boden. Der Lord Chamberlain ist offenbar entschlossen, sein System, mit Hilfe dessen es ihm gelungen ist, Ibsen und andere große moderne Geister jahrelang von der englischen Bühne auszuschließen, fortzusetzen. Und hierzu wäre der neue Zensor freilich der geeignete Mann. Denn in einem Artikel, den er vor kurzem veröffentlichte, führte dieser Weise aus, daß die goldene Zeit des englischen Theaters die Periode gewesen sei, in der Uebersetzungen der Sardouschen Stücke in London gegeben wurden. Moderne Stücke, die sich mit sittlichen Problemen befassen, meint er, seien für die Jugend gefährlich. Kein Wunder, wenn Bernhard Shaw auf die Nachricht von der Ernennung des neuen Zensors hin ausrief: „Das glaube ich nicht. Eher würde ich glauben, daß man den Erzbischof von Canterburg zum Scharfrichter ernannt hat."

Schon hat dieser empörende Vorfall zu öffentlichen Protestkundgebungen geführt. Im Savoy-Theater nahm das Publikum auf Anregung des Dramatikers Barker eine Resolution an, in der die Ernennung des neuen Zensors als eine Schmach für die dramatische Kunst bezeichnet wurde.

Vom Pariser Spielzeugmarkt. Eine Veranstaltung, die in Paris alljährlich beim Herannahen der Weihnachtszeit abgehalten wird und die Schaulust weiter Kreise auf sich zu lenken pflegt, ist der „Concours Lépine", benannt nach dem Polizeipräfekten. An dieser Stelle finden sich alle Neuheiten des Spielzeugmarktes zusammen, die darauf Anspruch machen, zum kommenden Fest besonders begehrt zu werden. Nach einer Zusammenstellung im „Kosmos" ist die Fülle der Neuheiten in diesem Jahre besonders groß gewesen. Auch die letzten Fortschritte der Technik sind dabei berücksichtigt worden, obgleich nicht in dem Grade, wie man es nach den Sensationen namentlich der Flugschiffahrt hätte erwarten können. Die einzige Konstruktion, die sich daran anlehnt, ist ein sogenanntes Ailoplan, das eine Flugmaschine nach Art des Vogelflugs vorführen soll. Der kleine Apparat fliegt durchaus wie ein Vogel, der sich auf seinen Flügeln erhebt und auf und ab steigt. Er durchmißt dabei eine Strecke, deren Länge von der Kraft des Motors abhängig ist, der einfach durch ein Bündel von Fäden aus gedrehtem Kautschuk gebildet wird. Dabei schlägt der künstliche Vogel ganz wie ein natürlicher mit den Flügeln.

Außerdem war eine große Zahl mechanischer Kleinigkeiten zu sehen. Da findet sich beispielsweise ein niedlicher Taucher, der in einer kleinen zylindrischen Büchse besteht, deren Oberseite eine Reihe großer Oeffnungen zeigt. In der Mitte ist ein Knopf angebracht. Wenn man diesen zwischen zwei Fingern dreht, so taucht eine kleine Ente, die durch eins der Löcher an die Oberfläche hinauffieht, unter und kommt durch eine andere Oeffnung wieder zum Vorschein. Die Löcher sind mit Zahlen versehen, und es handelt sich darum, die Ente nach dem Untertauchen an einer Stelle wieder in die Höhe zu bringen, die mit einer besonders hohen Ziffer ausgezeichnet ist. Hübsch ist auch ein kleiner Selbstfahrer, der auf einem Karren sitzt und sich weiterbewegt, indem er mit den Händen die Räder dreht. Noch ansehnlicher in seinen Leistungen ist ein Junge, der mit der einen Hand einen Reifen schlägt, während er mit der anderen einen Spazierstock regiert, der dazu bestimmt ist, ihn im Gleichgewicht zu erhalten. Der Reifen ist selbstverständlich an der Figur befestigt, dreht sich aber scheinbar unter ihren Schlägen. Eine ganze Arbeitergruppe führt ein drittes Spielzeug vor. Eine Person hackt den Boden auf, die zweite schaufelt ihn auf eine Plattform, und die dritte schleudert den Sand durch ein Sieb. In verbesserter Auflage zeigt sich ein Gymnastiker. Daß Automobile in verschiedener Form, aus Equipagen sowie aus Lastwagen, nicht gefehlt haben, versteht sich beinahe von selbst. Außer den mechanischen Spielzeugen sind noch verschiedene Neuheiten aufgetaucht, die nur als Geduldespiel zu dienen bestimmt sind. Da ist beispielsweise ein neues Damespiel, das sich eines vergrößerten Bretts mit 80 Feldern bedient und vier Spieler gleichzeitig zuläßt. Die Felder sind mit vier verschiedenen Farben ausgezeichnet.

Theater.

Schiller-Theater O.: „Maskerade", Schauspiel von Ludwig Fulda. Das Stück, das unter Paul Lindaus Direktion im Deutschen Theater aufgeführt wurde, richtet sich satirisch gegen die heuchlerische zum guten Ton der sogenannten guten Gesellschaft gehörige Ehrbarkeitsmaskerade. Am Sprößling einer oberregierungsrätlichen, kriecherisch brutalen, von Sittlichkeitsphrasen triefenden Staatsstütze wird etwas theatralisch ein Exempel statuiert. Die arme Lehrerin, die den Liebesbeteuerungen des Bürschchens ein allzu williges Ohr lieh, findet in ihrem unehelichen, sich spät auf seine Pflichten besinnenden gräflichen Vater einen weltkundigen Beschützer. Er bittet den ihm von früher bekannten Regierungsrat und Sohn zum Besuch. Sein Fräulein Tochter, die Komtesse, sei dem Assessor auf Gesellschaften begegnet und würde sich freuen, ihn wieder zu sehen. Regierungsrats wittern vorteilhafte Heiratschancen, und auf Order des alten Strebers muß der junge seinem Verhältnis sofort den Abschiedsbrief schreiben. Tableau, als die Gekündigte ihm als Komtesse gegenübertritt. Sie jagt ihn fort. Doch er kommt wieder, macht mit großem Pathos seinen Heiratsantrag und verschwindet erst, als sie ihm mitteilt, daß sie die ihr versprochene Adoption und das väterliche Vermögen nicht anzunehmen denke. Die Aufnahme war bei temperamentvoll frischer Darstellung (Else Wasa spielte das aufrechte Mädchen, Noack den verlogen, korrekten Regierungsrat, Köstlin den hoffnungsvollen Sohn) sehr freundlich. dt.

Notizen.

— „Die Schule der Zukunft" ist das Thema, das der Berliner Goethebund Sonntag, mittags 12 Uhr, im Blüthnersaal durch Wilhelm Ostwald, Wilhelm Bölsche, Joseph Petzold, Georg Wyneken, Johannes Tews und Alfred Klaar behandeln läßt. Die Versammlung ist öffentlich.

— Die Leibl-Sammlung in Köln. Die Stadtverordneten von Köln beschlossen den Erwerb der Seegerschen Sammlung Leiblscher Bilder für den Kaufpreis von 1 050 000 M. Eine Privatsammlung hat bereits 332 000 M. davon aufgebracht. Die Sammlung soll im Wallraf-Richartz-Museum untergebracht werden. — Die wunderbare Sammlung wird also Berlin verlassen. Ihr bisheriger Besitzer, der in Leibls letzten Jahren viele seiner Bilder (im Vorkaufsrecht) erwarb, hat eine glückliche Spekulation damit betrieben. Das sogenannte Mäcenatentum ist heutzutage zumeist kühle Berechnung und oft ein glänzendes Geschäft.

— Heringssegen. Die englische Heringsfischerei an der Ostküste Englands hat trotz des Rückganges der Heringsindustrie in diesem Herbste einen einzigartigen Rekord aufgestellt. In Yarmouth und in Lowestoft sind seit der Eröffnung der Heringssaison im September insgesamt nicht weniger als 854 Millionen Heringe ans Land gebracht worden. Die höchste Zahl, die bisher erreicht worden war, betrug im Jahre 1907 für die ganze Saison, die bis zu Weihnachten dauert, 520 Millionen. In diesem Jahre sind bis jetzt allein in Yarmouth 530 Millionen eingebracht worden und damit bleibt Yarmouth der größte Heringshafen der Welt.

— Drei unfehlbare Mittel gegen die Cholera. Das ottomanische Volk ist vielleicht das unwissendste der Welt, die ungebildeten Türken haben, wenn sie krank sind, nicht das geringste Vertrauen zu ihren Aerzten und nehmen ihre Zuflucht lieber zu ihren Priestern. Das Schlimme ist nun, daß diese Priester alles Erdenkliche tun, um das Volk in seiner fanatischen Unwissenheit zu bestärken. Ein Konstantinopeler Mitarbeiter des „Lancet" berichtet, daß während der letzten türkischen Choleraepidemie die Ulemas in den Moscheen ein merkwürdiges Manifest aushängen ließen. Es zählte drei unfehlbare Mittel gegen die schreckliche Krankheit auf, und zwar: 1. man trage am Halse ein Achatsteinchen und auf der Brust ein Stückchen Koralle; 2. man trage in der Tasche einen Knochen vom Leichnam eines unschuldigen Kindes; 3. da die Cholera vom Monde zu uns kommt, trinke man, wenn der Planet Mars sich in aufsteigender Phase befindet, Lorbeerabkochungen, alldieweil Mars der erbittertste Feind des Mondes ist.

Zwangsorganisation für ein unorganisiertes Gewerbe. Diese milde staatliche Mitwirkung zu Tarifen wird bestritten mit dem Satz, der Staat hat sich nicht in die Preisfestsetzung einzumischen. Ein solcher Satz wäre 1869 im norddeutschen Reichstag richtig gewesen. Aber heute, wo wir das Schutzzollsystem haben, geht das nicht.

Was sind denn die Schutzzölle anders als eine staatliche Garantierung der Produktionskosten.

Wozu will denn die Regierung auch im Kompromißantrag Auskünfte über Lohnverhältnisse haben, wenn sie sich grundsätzlich in die Festsetzung der Löhne nicht einmischen will. — Nun sagt man, die Regierung kann nicht die Staatsautorität einsetzen für eventuell zu hohe Löhne. Aber die Löhne werden ja vereinbart von beiden Parteien in gesunder Ausübung der Selbstverwaltung. Der Tarifgedanke hat sich als außerordentlich gesund erwiesen. In einer Versammlung von Hausindustriellen war charakteristisch, wie langsam diese Schicht lebt. Jeder Redner begann: „Im Jahre 1896 erhoben wir diese und diese Forderung, das und das wurde bewilligt, dann wieder genommen, und heute . . ." Zwischen 1896 und heute hat diese Schicht überhaupt nichts erlebt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) in ihrer Unorganisiertheit. Was sie 1896 gewonnen haben, haben sie nicht festhalten können. Die besten Versprechungen sind nichts wert ohne tarifmäßige Bindung. Auch die ehrlich gemeinten Versprechungen werden nicht gehalten ohne Organisation. Deshalb kann hier der Arbeitsvertrag nur durch Zwangsorganisation aufrecht erhalten werden. Man sagt nun vor allem im Zentrum: Die Politik ist die Kunst des Erreichbaren. Aber was heißt erreichbar? Wenn zwei ausmachen, was sie für erreichbar halten wollen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) und dann dem anderen beibringen wollen, seid artig, haltet Euch an das Erreichbare. Das Zentrum hat ja nicht immer ein Unannehmbar der Regierung für das letzte Wort gehalten, z. B. bei der Reichsfinanzreform. (Sehr gut! links. Zuruf im Zentrum: Für Ihren Antrag ist ja gar keine Mehrheit!) Stimmen Sie doch dafür und probieren Sie es. Aber selbst wenn wir annehmen, daß die Regierung nicht von ihrem Unannehmbar abgehen würde, weil Herr v. Heydebrand nicht bei der Mehrheit ist (Heiterkeit links), so ist immer noch die Frage, ob das, was hier beschlossen werden soll, einen Fortschritt für die Heimarbeiter bedeutet. Die Heimindustrie geht nach der Statistik in ihren Hauptbestandteilen nieder, sie kann nur durch Organisation gehoben werden. Wenn man durch Enqueten und Gutachten den Schein erweckt, als geschehe etwas, so sinkt inzwischen die Hausindustrie immer weiter und das nennt man dann ein Hausarbeitsgesetz. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück: Die Gründe, die ich gestern gegen den sozialdemokratischen Antrag anführte, treffen gegen den Antrag des Vorredners nicht zu. Das ist richtig. Der sozialdemokratische Antrag verlangt, daß auf einseitigen Antrag einer Partei, der Arbeiter, Löhne festgesetzt werden, die für die Arbeitgeber verbindlich sind. Das ist keine Tarifvereinbarung. Und dagegen wandte ich mich. Der Antrag Naumann verlangt, daß, wenn die Beteiligten sich geeinigt haben, ihre Vereinbarung gelten soll auch für an der Vereinbarung unbeteiligte Dritte. Das können wir bei der Kompliziertheit der Verhältnisse nicht zugeben, das könnte unter Umständen geradezu ruinierend auf manche Betriebe wirken. Weiter wies Naumann auf die Schutzzölle hin. Der Schutzzoll wird ein für allemal festgesetzt, und

er wird unter Umständen preissteigernd wirken, und soll es unter Umständen auch tun.

Aber ein Eingreifen der Behörde auf die Preisbildung im einzelnen ist dabei ausgeschlossen.

Abg. Zietsch (Soz.):

Schon bei unseren Anträgen zu den früheren Paragraphen hat man behauptet, wir wollten die Heimindustrie vernichten. Aber wir stehen in der Forderung der Lohnämter doch nicht allein, andere haben sogar viel weitergehende Forderungen gestellt als wir. Unter einer Resolution, die der ständige Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinteressen gefaßt hat und die viel weitergehende Forderungen für die Heimindustrie enthält, findet sich auch die Unterschrift des Dr. Fleischer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso die des Verbandes der deutschen Gewerkvereine Hirsch-Dunckerscher Richtung, des Verbandes katholischer Frauen und Mädchen, die sicher nichts mit der Sozialdemokratie zu tun haben. Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen fordert direkt das Verbot der Arbeit schulpflichtiger Kinder in der Heimindustrie. Ich gebe zu, daß wir Sozialdemokraten nicht allein das Elend in der Heimindustrie bekämpfen; auch manche Unternehmer tun es, ihre Motive sind jedoch Konkurrenzrücksichten.

Die Lohnämter sollen nicht eine Vernichtung der Heimindustrie bringen, sondern eine

Garante für bessere Bezahlung

schaffen. Sie sind ja auch in der ersten Lesung der Kommission angenommen und in der zweiten nur mit Stimmengleichheit abgelehnt worden. Wenn sie also die Heimindustrie ruinieren, so müßte dieser Vorwurf auch gegen das Zentrum gerichtet werden. Aber gegen diesen treuen Bundesgenossen geht die Rechte natürlich nicht vor.

Der Zweck der Lohnämter ist die Sicherung eines Existenzminimums. Man wendet gegen ihre Einführung ein, einer ganzen Zahl von Heimindustriellen würde dadurch die Möglichkeit jeder Betätigung genommen werden. Aber den Beweis für eine solche Folge der Lohnämter hat man nicht erbracht, und kann ihn auch gar nicht erbringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär meint bei der Bekämpfung dieses Antrages, man kann den Industriellen doch nicht vorschreiben, ihr habt die und die Löhne zu zahlen. Wir rufen ja aber in unserem Antrag zur Festsetzung der Löhne eine Institution an, die paritätisch zusammengesetzt ist und unter einem unparteiischen Vorsitzenden tagt. Die Festsetzung eines Mindestlohnes liegt übrigens nicht nur im Interesse der Heimarbeiter, sondern auch in dem vieler Industrieller, weil sie dann auch höhere Preise für ihre Waren fordern können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In manchen Gewerbezweigen, in denen die Löhne gestiegen sind, brachte das nicht ein Zurückgehen der Gewinnrate für die Unternehmer, sondern von der Lohnerhöhung an datierte ein höchst erfreulicher Aufschwung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Oft ist der Heimarbeiter Erfinder eines Musters und sein geistiges Eigentum geht ihm vollständig verloren. Ich gebe zu, daß es technisch und redaktionell außerordentlich schwierig ist, einen solchen Schutz für die Heimarbeiter in dieses Gesetz hineinzuarbeiten. Das Rahmen eines Musterschutzes kommt für ihn nicht in Betracht, weil es zu zeitraubend ist. Tatsächlich wird er systematisch **vom Unternehmer um die Frucht seiner geistigen Arbeit gebracht**, sowohl in der Korbmacherei, wie in der Spielwarenindustrie, in der Porzellanmalerei und manchem anderen Zweige. Wenn wir uns also vorbehalten müssen, diese Frage später zu regeln und nicht in diesem Gesetz, so könnten wir das um so eher, wenn die Lohnämter wenigstens eine gewisse Garantie für die Bezahlung der Arbeiter, die solche Muster erfinden, gewähren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das Zurückweichen des Zentrums vor dem Unannehmbar der Regierung ist sehr bezeichnend. Bei der Finanzreform hatte das Zentrum sehr wohl ein steifes Rückgrat, **aber wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt, und die Regierung stellt Ihnen ein Unannehmbar gegenüber, da klappen Sie zusammen** und werden so gefügig, wie man es von Ihnen nicht gewohnt ist, **wo es sich um die Interessen der Besitzenden handelt.** Ueberlassen Sie doch der Regierung die Verantwortung. Sie werden ja dann sehen, ob sie soweit gehen will, wie beim Arbeitskammergesetz, nur, weil die Regierung ihren Dickkopf nicht durchsetzt. (Heiterkeit.) Mit ihrem Prinzip, nicht regulierend auf die Preisgestaltung einwirken zu wollen, ist die Regierung nur konsequent, wo es sich um Arbeiterinteressen handelt. Bei der

Branntweinliebesgabe

greift sie sehr wohl je nach den Verhältnissen regulierend auf die Preisgestaltung ein; sie setzt, wenn die Preise zu fallen drohen, das Kontingent herunter. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn es sich um die Schnapsjunker dreht, hat die Regierung nicht die erheblichen Bedenken, als wenn es darauf ankommt, die erbärmlichst bezahlte Arbeiterschicht vor dem Versinken ins tiefste Elend zu bewahren. Da vertröstet man die Arbeiter auf die Selbsthilfe, da sollen auf einmal die Organisationen das Allheilmittel sein. Gewiß, wenn wir solche Organisationen hätten, so brauchten wir die Staatshilfe nicht. Aber wir haben die Organisationen nicht und wenn wir sie bekämen, so **würden sie gerade von den Gegnern der Lohnämter scharf bekämpft werden.** (Zuruf bei den Freisinnigen: Unsinn!) Gewiß, gerade die liberale Presse schlägt mit wenig Ausnahmen auf die Arbeiter bei wirtschaftlichen Kämpfen ein. (Widerspruch bei den Freisinnigen.)

Man wird sich nun auf die Fachausschüsse einigen und das Zentrum war froh, daß ihm die Gelegenheit zum Umfallen durch den Staatssekretär Delbrück gegeben wurde. Wäre dieser nicht so klug gewesen, seinen Antrag den bürgerlichen Parteien zu unterschieben, so hätte er ihn nicht so loben können. Wir können aber die Vorzüge der Fachausschüsse nicht anerkennen. Sie haben kein Beschlußrecht und kein Initiativrecht, denn wo sie das Initiativrecht haben, haben sie kein Beschlußrecht und umgekehrt. Sie dürfen sich noch nicht einmal mit Dingen beschäftigen, die eigene Angelegenheiten eines einzelnen Betriebes betreffen. Ich kann mir aber sehr gut Dinge denken, die als allgemeine Mißstände in der Heimindustrie empfunden werden und doch nur nachgewiesen werden können an den Zuständen der einzelnen Betriebe. Der Staatssekretär meinte, die Fachausschüsse könnten objektive Lohnstatistiken aufnehmen und Vorschläge zu Lohnfestsetzungen machen. Aber Gutachten über die Festsetzung der Löhne dürfen vom Fachausschuß nur abgelehnt werden, wenn die Unternehmerbeisitzer in dem Fachausschuß vollständig einig und auch die Arbeitnehmer vollständig einig über das Gutachten sind. Geradezu

eine Null

werden die Fachausschüsse auf Grund ihrer Zusammensetzung. Sie gehen nicht aus Wahlen hervor, sondern aus dem freien Ermessen der Landeszentralbehörde. Glaubt man wirklich, daß solche Fachausschüsse eine objektive Institution bedeuten? Es ist ja ausgeschlossen, daß etwa die preußische Regierung wirkliche Vertrauensleute der Arbeiter in diese Fachausschüsse entsendet. Erhebungen über die Lohnverhältnisse kann ja auch der Beirat für Arbeiterstatistik vornehmen, der gegenwärtig beschäftigungslos sein soll. Freilich hat er eine andere Zusammensetzung als die Fachausschüsse und ist vielleicht heute der Regierung schon viel zu unbequem mit seinen Feststellungen und Forderungen. Also die Lohnämter sind durch die Fachausschüsse nicht zu ersetzen. Der Staatssekretär hat den Parteien damit

einen Bastard untergeschoben,

für den das Zentrum und die Christlichsozialen die Alimente zahlen müssen. Der Antrag Naumann ist ja an sich für uns annehmbar, aber er pflanzt ein frisches Reis auf einen dürren Stock, aus dem keine Rosen mehr entstehen werden.

Herr Everling wendete sich mit voller Entrüstung dagegen, daß mein Parteigenosse Göhre seine Ausführungen mit einem Appell an die christliche Barmherzigkeit der bürgerlichen Parteien geschlossen habe. Ich hätte das ja an Göhres Stelle auch nicht getan; Freund Göhre hat eben ein liebevolleres Herz aus seiner pastoralen Vergangenheit mitgebracht (Heiterkeit), was ihn dazu gedrängt hat, an das Gefühl zu appellieren. Er hat sich getäuscht, wenn er meinte, christliche Barmherzigkeit sei auch in der Politik anzutreffen, und er hat darauf die Antwort bekommen, daß an die Stelle der christlichen Barmherzigkeit hier gesetzt werden müsse die

nüchterne Berechnung des Geschäftsmannes,

die nüchternen Erwägungen der Politik. Die Heimarbeiter werden daraus entnehmen, daß sie nicht zu bitten haben, sondern ihr Recht fordern müssen, und das wird ihnen nur werden, wenn sie organisiert sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Z.): Wir sind einig in dem Bestreben, das Elend in der Heimindustrie zu beseitigen. Ich bin auch durchaus der Meinung, daß obligatorische Lohnämter das beste sein würden, obwohl ich freilich nicht so überschwängliche Hoffnung daran knüpfe, wie Kollege Naumann in seinem Optimismus. Es geht aber nicht an, die Fachausschüsse einfach als „weiße Salbe" zu kennzeichnen. Herr Naumann vergleicht sie mit den Arbeiterausschüssen. Die Arbeiterausschüsse, die Herr Naumann als gänzlich ohnmächtig zu betrachten scheint, haben in der Tat bedeutendes geleistet und es ist nur zu wünschen, daß die Fachausschüsse sich ebenso bewähren. — Wir können für den Antrag Naumann ebensowenig stimmen, wie für den sozialdemokratischen Antrag, da wir die Verantwortung nicht tragen können, hieran das Gesetz scheitern zu lassen. Wir haben alles getan, um dem Gedanken der obligatorischen Lohnämter zum Siege zu verhelfen; wir sehen uns aber zu unserm Bedauern außerstande, die vielen Widerstände, namentlich auch den Widerstand der Regierung, zu besiegen. Darum begnügen wir uns mit den Fachausschüssen, wie sie der Kompromißantrag bietet. Es wäre eine leere Demonstration und ein Treubruch gegenüber den anderen Kompromißparteien gewesen, wenn wir jetzt im Plenum wieder mit einem Antrag auf obligatorische Lohnämter gekommen wären. Es war schon ein wahres Meisterstück sozialpolitischer Diplomatie, die Fachausschüsse zu erreichen. — Wenn die Sozialdemokraten vom Zentrum verlangen, daß es den Widerstand der Konservativen und der Regierung gegen die Lohnämter brechen soll, so mögen sie zunächst den Widerstand ihrer zukünftigen Großblockbrüder, der Freisinnigen und der Nationalliberalen, brechen. (Sehr gut! im Zentrum.) Dann wird im nächsten Reichstag eine große soziale Mehrheit sein und diese kann ja dann das vorliegende Gesetz abändern und obligatorische Lohnämter einführen. Uebrigens ist mein Fraktionskollege Fleischer, wie ich ausdrücklich bemerken will, ebenso sehr wie ich davon überzeugt, daß die obligatorischen Lohnämter schließlich doch kommen müssen. Für heute müssen wir uns begnügen mit dem, was sich in diesem Augenblick erreichen läßt, damit wir den Heimarbeitern diese Vorlage auf den Weihnachtstisch legen können. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Abg. Cuno (Vp.) erklärt, daß Abg. Manz das Kompromiß namens der Fraktion unterschrieben habe, daß seine Fraktion dagegen angesichts des voraussichtlichen Unannehmbar der Regierung es abgelehnt habe, den Antrag Naumann zum Fraktionsantrag zu machen.

Die Debatte schließt. Sämtliche Anträge außer dem Kompromißantrag werden abgelehnt. Für den Antrag Naumann-Oeser auf Ausdehnung der Kompetenz der Fachausschüsse stimmen von den Freisinnigen nur einige Abgeordnete. Die Fachausschüsse mit dem von den Kompromißparteien beschlossenen Kompetenzumfang sind also angenommen, die Lohnämter abgelehnt.

Abg. Dr. Fleischer (Z.): Ich stelle fest, daß die Naumann-Gruppe nur aus sechs Herren besteht: Naumann, Oeser, Träger, Neumann-Hofer, Potthoff, Hormann. (Abg. Erzberger: Hört! hört!)

Eine Reihe weiterer Paragraphen wird debattelos erledigt.

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen die Einfügung eines neuen § 28a:

„Für das Rechtsverhältnis zwischen denjenigen Personen, welche im Auftrag und für Rechnung von Unternehmern gewerblich tätig sind, und den Unternehmern sind die Vorschriften des Titel VII der Gewerbeordnung und des Abschnitts „Dienstvertrag" im Bürgerlichen Gesetzbuch maßgebend, gleichviel ob die mit gewerblichen Arbeiten Beschäftigten als Heimarbeiter oder als Hausarbeiter oder als Hausgewerbetreibende bezeichnet werden."

Abg. Stadthagen (Soz.):

Unbedingt sind die Hausarbeiter Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung. Die Rechtsprechung freilich hat sich auf einen anderen Standpunkt gestellt. Das kommt

von der systematischen Mißhandlung der Arbeiter durch die Gesetzgebung

und von der totalen Lebensunkenntnis unserer Richter. Für die Heimarbeiter bedeutet es einen schweren Mißstand, daß die Rechtsprechung sich nicht auf den Standpunkt stellt, wie die Fachliteratur, der gesunde Menschenverstand und das praktische Leben. Z. B. steht der frühere badische Gewerbeinspektor Bittmann durchaus auf dem Standpunkt unseres Antrages. Auch der Sprachgebrauch Heimarbeiter beweist, daß es sich hier nicht um selbständige Gewerbetreibende handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie wichtig die Sache in der Praxis ist, beweist folgendes Beispiel. Eine arme Stickerin liefert ihre Arbeit beim Unternehmer ab; dieser erklärt sie für fehlerhaft und ist auf Grund des Werkvertrages berechtigt, sofort Abzüge dafür zu machen, eventuell sogar Schadenersatz zu verlangen. Liegt aber ein Dienstvertrag vor, so muß er zunächst den Lohn zahlen und dann eventuell Schadenersatzansprüche geltend machen. Ich bitte Sie also dringend, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Caspar: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Man kann bei diesem Spezialgesetz nicht eine so tiefgreifende Regelung treffen. Auch würde der Antrag nur Wirkung haben für den engeren Kreis der Hausarbeiter, die im § 1 genannt sind. Sollte er sich auf alle Heimarbeiter beziehen, so ginge er zu weit.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Antrag will natürlich die Regelung für alle Heimarbeiter treffen. Sollte eine formelle Aenderung notwendig sein, so kann sie in der dritten Lesung erfolgen.

Abg. Dr. Pieper (Z.): Wir erkennen an, daß hier eine Lücke vorliegt. Da aber gegen die Fassung Bedenken bestehen, schlagen wir vor, bis zur dritten Lesung in einer Konferenz der Parteien zu prüfen, ob sich eine geeignete Formulierung für die Materie des Antrages finden läßt und bitten, ihn für jetzt zurückzuziehen.

Damit schließt die Debatte; der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen; ebenso eine Resolution, wonach bei Vergebung öffentlicher Lieferungen, die in der Hausarbeit hergestellt werden, in erster Linie die Organisationen oder Genossenschaften der Hausarbeiter zu berücksichtigen sind.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Aufhebung des Hilfskassen- und Privatbeamtenversicherungsgesetzes. (Schluß gegen 7 Uhr.)

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages

beendete am Mittwoch die Beratung des Gesetzentwurfes, der die Ausgabe von kleinen Alten in den Konsulargerichtsbezirken anstrebt.

Sodann wurde in die Beratung der ostafrikanischen Eisenbahnvorlage eingetreten. Abg. Arendt versuchte, für Bahnbauten über das von der Regierung geforderte Maß hinaus Stimmung zu machen. Der Vorsitzende v. Kamp machte zu diesen Animierungsversuchen seines Fraktionskollegen die Bemerkung, daß die deutsche Industrie jede Mitwirkung in den neuen ostafrikanischen Bahnprojekten als aussichtslos ablehne. — Abg. Noske gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß die Verhandlungen nicht mit einer genauen Prüfung der Finanzierung des Projekts eingeleitet werde, sondern mit der Empfehlung neuer Projekte. Das sei um so erstaunlicher, als ja bereits alle die Hoffnungen, die man noch vor Jahren in bezug auf Ostafrika hegte, besonders hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwickelung der Landstriche, die von den neuen Bahnen berührt werden sollen, zuschanden geworden sind, auch die Hoffnungen auf den sogenannten Natronsee, gegen dessen Ausbeutung, falls sie überhaupt lohnend sei, sich deshalb Schwierigkeiten ergeben würden, weil bestimmte Gesellschaften Rechte auf den See haben und sie auch geltend machen würden. — Abg. Müller-Fulda bestätigte ausdrücklich die Wahrheit der vom Abgeordneter Noske im Plenum gegebenen Schilderungen über die scheußlichen Mißhandlungen der Eisenbahnarbeiter. Schuldig sei aber weniger die Baufirma, als vielmehr die Unterakkordanten. Als Abg. Arendt im weiteren Verlauf der Verhandlungen den Schatzsekretär ermahnte, ja nicht zu sehr den Daumen auf den Beutel zu halten bei Forderung von Kolonialbahnen, erklärte Schatzsekretär Wermuth, er finde, daß im Plenum ein schärferer Wind geweht habe als jetzt in der Kommission. Im Plenum habe man ihm Vorwürfe gemacht, er bewillige zu viel, und jetzt werde ihm vorgehalten, er solle nicht zu wenig bewilligen. — Der Artikel A der Gesetzesvorlage wurde genehmigt und dann die weitere Beratung vertagt.

Wahlerfolge der Sozialisten in den Vereinigten Staaten.

Die Landtags- und Gemeindewahlen haben fast durchgehends eine außerordentliche Erhöhung des sozialistischen Votums und die Wahl zahlreicher sozialistischer Vertreter gebracht. In Groß-New York stieg die Stimmenzahl von 27500 auf 33500. Andere Orte weisen aber ganz andere Erfolge auf. Aus Schenectady meldete man einen sozialistischen „Erdrutsch", der die alten Parteien erdrückte. Hier wurde mit einer Ausnahme das ganze „Ticket" gewählt: Rev. Dr. Eg. Lunn als Mayor und 8 von 13 Stadträten. Dazu der erste Landtagsabgeordnete im Staate New York. Lunn erhielt 6535 Stimmen, gegen 2240 der vorigen Wahl. Dort wurde seit einigen Jahren fieberhaft agitiert. Ein Wochenblatt, „The Citizen", wird demnächst als Tageblatt erscheinen. — In Buffalo stieg die Stimmenzahl von 2515 auf 4400, in Auburn von 386 auf 1455, in Rochester von 1080 auf 2805 usw. — Auch im Staate Rhode-Island wurde ein Landtagsmitglied in Providence gewählt; die Stimmen stiegen im Staate von rund 800 auf 1500.

Starke Zunahme wird auch aus New Jersey, Massachusetts usw. gemeldet. In Utah wurden in einer ganzen Reihe Bergarbeiterstädte sozialistische Mayors oder andere Beamte gewählt. Die Stimmen stiegen vielfach auf das Drei- bis Fünffache. Glänzende Erfolge wurden namentlich in Ohio erzielt. Eine Reihe bedeutender Industriestädte, so Dima, eine Eisenhüttenstadt mit 35 600 Einwohnern bei der letzten Zählung, Lorrain (29 000), Canton (50 200; 420 Eisen- und Uhrenfabriken) und in 7 kleineren Orten wurde die ganze Liste gewählt. In Columbus, der Staatshauptstadt, gab es vor 2 Jahren erst eine kleine Organisation. Seit dem Straßenbahnerstreik, der alle bürgerlichen Parteien und Zeitungen auf der feindlichen Seite fand, ging es voran. Ein Wochenblatt, „Sozialist", wurde gegründet. Ganze ehedem konservative Gewerkschaften traten über. Diesmal wurden über 10 000 Stimmen abgegeben und 8 Mitglieder des

Schulrats, darunter eine Genossin, gewählt. Auch Cincinnati, Cleveland u. a. weisen starke Zunahme auf. In ganz Ohio rechnet man weit über 100 000 Stimmen. Auch Pennsylvania geht voran. Zwar in Philadelphia wurden nur 3264 Mayorstimmen erzielt, etwa 500 mehr als voriges Mal. Aber in Reading erhielt unser Kandidat statt der 470 Stimmen der letzten Wahl 5114, nur 29 weniger als der Demokrat. Und New Castle, ein Hauptsitz des Stahltrusts, wurde erobert, sogar mit absoluter Mehrheit.

Ein Erfolg besonderer Art war das Wahlergebnis in Los Angeles, der kalifornischen Großstadt, in der der Justizmord gegen die Brüder MacNamara betrieben wird. Dank dem einmütigen Eintreten der gesamten Gewerkschaften stieg die Stimmenzahl der Sozialisten von etwa 2000 auf 20 183, die auf J. Harriman, einen der Verteidiger im Prozesse, fielen. Der Republikaner erhielt 16 790, der Demokrat 8191 Stimmen. Die Stichwahl findet am 5. Dezember statt. Obwohl die Gegner sich dazu vereinigen, hoffen unsere Genossen auf den Sieg, der auch für den Ausgang des Prozesses von Bedeutung sein würde. Die New Yorker „Volkszeitung" sagt zu den Wahlen: „Der 7. November brachte einen herrlichen und vollständigen Sieg . . . Es macht sich in allen Teilen des Landes, in denen Wahlen stattfanden, ein so ungewöhnlich starkes Anschwellen der sozialistischen Flut bemerkbar, daß von allen Schattierungen der kapitalistischen Presse als das hervorstechendste Moment das unerwartete Auftauchen der Sozialistischen Partei als ernst zu nehmender und wichtiger Faktor in der amerikanischen Politik bezeichnet wird. Die Zeit des Verhöhnens und der armseligen Totschweigepolitik hat damit ihr Ende erreicht, die des rücksichtslosen Kampfes hat begonnen. Wir werden staunend bemerken müssen, wie rücksichtslos man uns in dieser freien Republik zu bekämpfen verstehen wird; wie alles, was ein Bismarck und seine Epigonen gegen unsere europäischen Gesinnungsgenossen taten, das reine Kinderspiel dagegen gewesen ist. Diese Erkenntnis freilich wird die Bewegung nicht in ihrem Siegeslaufe aufhalten, sondern uns alle nur um so mehr anspornen und der Sache tausendfache Früchte bringen."

Die Reichsversicherungsordnung vor Gericht.

Ein in mehrfachem Sinne politischer Prozeß wurde am 28. November vor dem Schöffengericht zu Essen gegen die dortige „Arbeiterzeitung" ausgefochten. Unser Parteiorgan hatte sich wegen seiner Kritik der Reichsversicherungsordnung und der Taten der christlichen Arbeitervertreter im Reichstage bei ihrer Beratung die Feindschaft dieser Herren zugezogen, die zu einer Klage der Abgeordneten Becker, Behrens, Fleischer und Giesberts führte.

Die vier christlichen Abgeordneten hatten sich zu drei Klagen vereinigt. Giesberts, Fleischer und Becker klagten wegen eines Artikels über ihre Abstimmung in der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze bei der Alters- und Invalidenversicherung von 70 auf 65 Jahre. Dann hatten sich Behrens, Fleischer und Becker zusammengefunden zur Klage wegen eines Artikels über die Nichtzulassung der Arbeitersekretäre zur Vertretung der Versicherten. Schließlich klagte Behrens allein wegen eines Artikels über die Herabsetzung der Wöchnerinnenunterstützung bei den Landkrankenkassen.

Die „Arbeiterzeitung" wurde durch Genossen Dr. Frank vertreten; als Zeugen waren Genosse Molkenbuhr und der Kläger Becker erschienen. Die Verhandlung gestaltete sich außerordentlich interessant infolge der zahlreichen Eingeständnisse über die schwächliche Zentrumspolitik bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, die der Abgeordnete Becker notgedrungen machen mußte.

Im ersten Prozeß wurde hauptsächlich moniert, daß der Artikel von einem „bestellten Unannehmbar" der Regierung zu der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre sprach. Genosse Dr. Frank erklärte dazu, daß allerdings die Regierung zu ihrem bekannten Unannehmbar von den christlichen Arbeitervertretern geradezu provoziert worden sei, weil diese eine Deckung gegenüber ihren Wählern brauchten. Die Beschlüsse erster Lesung zu dieser Sache seien vom Zentrum ohne Not preisgegeben worden. Genosse Molkenbuhr als Zeuge stellte fest, daß er eine Reihe von Fällen anführen könne, wo die Regierung zunächst ein Unannehmbar erklärt, dann aber doch beigegeben habe, z. B. bei der Reichsfinanzreform in der Frage der Erbschaftssteuer. Zweifellos hätte bei der Reichsversicherungsordnung wesentlich mehr für die Arbeiter herausgeholt werden können, wenn die christlichen Arbeitervertreter fester zu den Interessen der Arbeiter gestanden hätten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei bereit gewesen, der Reichsversicherungsordnung in der Gestalt, wie sie die erste Lesung verlassen hätte, ihre Zustimmung zu geben. Wenn also das Zentrum den guten Willen gehabt hätte, konnte es das Gesetz mit der Linken des Reichstages machen, statt mit der arbeiterfeindlichen Rechten.

Dieser Erklärung gegenüber zog sich Becker ganz auf die verlogene Krankenkassenhetze zurück. Wegen des „sozialdemokratischen Mißbrauchs der Krankenkassen" hätte das Zentrum nicht mit der Sozialdemokratie das Gesetz machen können! Dieser christliche Arbeitervertreter gab dann zu, daß er und seine engeren Kollegen sich ganz und gar an das abgeschlossene Kompromiß mit den Konservativen hätten halten müssen; bei der geringsten Abweichung wäre es sofort in die Brüche gegangen. Genosse Dr. Frank kennzeichnete das als wahre Alles- oder Nichts-Politik. Becker mußte auch zugeben, daß er das frühere Recht der Krankenkassen, als Grundlage für die Festsetzung des Krankengeldes die Hälfte des Arbeitslohnes festzusetzen, durch einen Antrag beseitigt und in das Belieben der Oberversicherungsämter gestellt habe. Sodann hat er wiederholt Anträge auf Herabsetzung der Kassenleistungen gestellt, u. a. in der Frage des Stillgeldes. Er sagte dazu, daß ihm nichts weiter übrig geblieben, um auch kapitalsschwächeren Kassen die Gewährung des Stillgeldes zu ermöglichen, denn bekanntlich dürften ohne Genehmigung der Arbeitgeber die Beiträge nicht höher als 4½ Proz. des Lohnes gesetzt werden. Diese Entrechtung der Arbeitervertreter hat aber erst das Zentrum durchgedrückt. Becker gibt auch zu, gegen Anträge gestimmt zu haben, für die er selbst in erster Lesung gesprochen hatte!

Als Genosse Frank an Herrn Becker die Frage richtete, ob es denn nicht seine Pflicht als Arbeitervertreter gewesen wäre, das Recht der Selbstverwaltung zu wahren, schwieg sich Herr Becker aus und überließ es seinem Rechtsanwalt, die Frage zu beantworten. Genosse Frank bezeichnete es als einfach unglaublich, daß ein Schöffengericht auf Anruf von Arbeitervertretern darüber befinden soll, wer im politischen Meinungsstreite recht habe. Die wahre Hauptverhandlung in dieser Frage stehe am 12. Januar vor dem ganzen Volke an. Die Zentrumspresse habe am allerwenigsten Befugnis, sich über scharfe Töne aufzuregen. Wenn für die Herabsetzung der Altersgrenze selbst Konservative zu haben waren, und die ganze Sache mit neun Millionen Mark Kosten abgemacht werden konnte, so durfte die sozialdemokratische Presse die ablehnende Haltung der christlichen Arbeitervertreter sicher scharf kritisieren.

Der Verantwortliche der „Arbeiterzeitung", Genosse Neumann, wurde entgegen dem Antrage des Klagevertreters auf Gefängnisstrafe, zu 40 M. Strafe verurteilt, nachdem ihm das Recht der Wahrnehmung berechtigter Interessen abgesprochen worden.

Im zweiten Prozeß wurde eine Wendung unter Anklage gestellt, die sich auf die Ablehnung der Arbeitersekretäre als Vertreter der Versicherten bezieht. Die christlichen Arbeitervertreter wurden hier als Verbündete des Großkapitals, als Lucharbeitervertreter, die ihrer Absicht des Arbeiterverrats treugeblieben seien, bezeichnet. Zeuge Becker erklärte hierzu, der Zentrumsantrag in dieser Frage wolle nur, daß Trunkenbolde und wegen ehrenrühriger Handlungen bestrafte Arbeitersekretäre nicht als Vertreter fungieren könnten. Nach dem sozialdemokratischen Antrage hätte jeder Arbeitersekretär zugelassen werden müssen. Genosse Dr. Frank wies scharf zurück, daß die Möglichkeit bestehe, in ein so verantwortungsreiches Amt einen Trunkenbold zu wählen. Bei Sozialdemokraten gebe es das wenigstens nicht. Hier handele es sich nur um eine Ausnahmebestimmung gegen die freien Arbeitersekretäre. Das Urteil lautete in diesem Falle wegen der formalen Beleidigung auf 150 M. Strafe.

Der letzte Prozeß drehte sich um die Frage der Wöchnerinnenunterstützung bei den Landkrankenkassen, die bekanntlich von den Mehrheitsparteien von acht Wochen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung auf vier Wochen Dauer herabgesetzt worden ist. Dies war eine Schurkerei genannt worden, für die dann selbst die christlichen Arbeiterabgeordneten eingetreten seien. Genosse Dr. Frank vertrat die Meinung, daß diese Tat allerdings nicht scharf genug gekennzeichnet werden könne. Becker erklärte, daß die Konservativen an der Frage der Wöchnerinnenunterstützung das ganze Gesetz hätten scheitern lassen. Er mußte jedoch zugeben, daß selbst dann noch eine Mehrheit für diese Bestimmung zu haben gewesen wäre. Uebrigens hätte die Regierung bis nach der zweiten Lesung fest auf den acht Wochen bestanden. Die Konservativen wollten also bei der Reichsversicherungsordnung genau so handeln, wie seinerzeit beim Bürgerlichen Gesetzbuch, dessen Zustandekommen sie an der Frage des Hasenschadens scheitern zu lassen gedachten! Und mit dieser Partei verbindet sich das Zentrum zur Vertreibung von „Sozialpolitik"!

Trotzdem nachgewiesen wurde, daß gerade aus Anlaß der Reichsversicherungsordnung die „Arbeiterzeitung" durch die örtliche Zentrumspresse aufs gröblichste beschimpft worden war, erkannte das Gericht auch in diesem Falle auf 150 M. Strafe. — Von welcher Warte der vorsitzende Richter die Materie beurteilte, geht aus seiner Frage an den Genossen Molkenbuhr hervor, ob der Bundesrat nach jedem Abschnitt der Beratung durch den Reichstag einzugreifen habe!

Aus der Partei.

Kommunalwahlsiege.

Bei der Stadtverordneten-Stichwahl in Strehlen (Schlesien) gelang es unseren Genossen, die drei zur Stichwahl stehenden Mandate zu erobern. Unsere Genossen erhielten 294 Stimmen, während die Gegner nur 260 Stimmen trotz eifriger Werbearbeit aufbringen konnten. Mit diesem Siege ziehen die ersten drei Sozialdemokraten in das Stadtparlament zu Strehlen ein.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Barmstedt (Schleswig-Holstein) wurde am Dienstag der erste Sozialdemokrat gewählt. Er erhielt 186 Stimmen, während auf die beiden bürgerlichen Gegner nur 126 bezw. 66 Stimmen fielen.

Bei den Bremer Bürgerschaftswahlen wurde am Montag das Mandat für den 2. Bezirk des Landgebiets von unseren Genossen wiedererobert; Genosse Rhein siegte mit 287 Stimmen Majorität. In 4 Bezirken wurden die bürgerlichen Kandidaten wiedergewählt.

Am Dienstag wurde im 23. Bezirk unser Genosse Voigt mit 177 Stimmen Mehrheit wiedergewählt. Im 22. und 24. Bezirk bleibt es bei der bürgerlichen Vertretung. — Mittwoch wird noch in zwei Bezirken gewählt; beide waren zuletzt von unserer Seite vertreten.

In Hagen i. Westf. wurden bei den Stadtverordnetenbezirks-Stichwahlen drei neue sozialdemokratische Mandate erobert. In einem Bezirk siegten zwei Bürgerliche mit 1436 gegen 1246 Stimmen.

Die Kieler Stadtverordnetenwahlen brachten der Sozialdemokratie einen schönen Erfolg, trotz des 1200 M.-Zensus und der ungerechten Wahlkreiseinteilung, nach der von den 32 000 Wählern 16 000 in zwei Wahlbezirken nur drei Stadtverordnete und 16 000 Wähler in den drei für die Bürgerlichen günstigen Bezirken fünf Stadtverordnete zu wählen hatten. Die Sozialdemokratie behauptete einen und gewann zwei Sitze. Sie brachte 12 057 Stimmen auf, die Bürgerlichen nur 9548. Der Gewinn der Sozialdemokratie beträgt gegen das Vorjahr 1560 Stimmen, der der Bürgerlichen nur 900. Wäre noch wie früher über die ganze Stadt gewählt worden, wären sämtliche acht Mandate der Sozialdemokratie zugefallen. Das Wahlresultat zeigt, daß auch die ungerechte Bezirkseinteilung die Bürgerlichen auf die Dauer nicht vor der vollständigen Niederlage schützen kann.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher.

Durch die letzten bayerischen Gemeindewahlen haben in manchen Städten die Sozialdemokraten eine so erhebliche Verstärkung erfahren, daß sie den moralischen Anspruch auf Beteiligung an der Geschäftsleitung in den betreffenden Gemeindekollegien haben. Da wir noch nirgends die Mehrheit besitzen, sind wir dabei auf das Entgegenkommen der bürgerlichen Parteien angewiesen, die aber in den sozialistischen Hochburgen zu erwägen haben, daß die Mehrheitsverhältnisse sich bei den nächsten Wahlen, wenn der Proporz voll zum Ausdruck kommt, sicher ändern werden und ihnen dann gleiches mit gleichem vergolten werden könnte, wenn sie die sozialdemokratischen Ansprüche ignorieren würden. Hin und wieder machen sie Versuche, die Wahl von Sozialisten zu solchen Posten von der Bedingung abhängig zu machen, daß sie sich den sogenannten Repräsentationspflichten bei Fürstenbesuchen und ähnlichen Gelegenheiten unterwerfen. Eine derartige Forderung ist aber weder in der Gemeindeordnung noch in sonst einer Vorschrift begründet. Im Nürnberger Gemeindekollegium haben wir kraft unserer Stärke Anspruch auf den Posten des zweiten Vorsitzenden, der uns bedingungslos zugestanden wurde. Die Wahl fiel auf den Genossen Dorn, den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altdorf. Jedoch in Fürth, wo die Sozialdemokratie die stärkste Fraktion bildet und bei einem freiwilligen Proporz den ersten Vorsitzenden zu fordern hätte, stellten die Liberalen und Demokraten die erwähnte Bedingung bezüglich der Repräsentationspflicht. Da unsere Genossen sich darauf nicht einlassen wollten, den gesamten bürgerlichen Parteien gegenüber jedoch noch in der Minderheit sind, verzichteten sie auf den Posten.

Sanitätskolonne und Politik.

Wie reimt sich das zusammen? In Oschersleben (Reg.-Bez. Magdeburg) fanden dieser Tage Stadtverordnetenwahlen statt, bei denen die Sozialdemokraten zwei neue Mandate eroberten, trotzdem die Gegner mit Hochdruck gearbeitet hatten. So wurde u. a. an die Mitglieder der Sanitätskolonne vom „Roten Kreuz" eine Karte folgenden Inhalts versandt:

„Werte Kameraden! Bei den letztverflossenen Stadtverordnetenwahlen ist es vorgekommen, daß ein Kamerad seine Stimme öffentlich für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben hat. Aus Anlaß der am Donnerstag dieser Woche stattfindenden Stadtverordnetenwahl möchte ich die Kameraden darauf aufmerksam machen, daß die Unterstützung oder Förderung sozialdemokratischer Tendenzen mit den Bestrebungen der Vereine vom „Roten Kreuz" unvereinbar ist. Da die Wahl öffentlich ist, würde jede sozialdemokratische Abstimmung unserm Vorstand nicht unbekannt bleiben. Ich bitte Sie also, daraus Ihre Schlüsse zu ziehen und sich und dem Vorstande unangenehme Weiterungen zu ersparen.

Mit kameradschaftlichem Gruße
Hoepfner."

Wie nun, wenn die Sanitätskolonne in die Lage käme, einem lebensgefährlich verunglückten Sozialdemokraten die erste Hilfe angedeihen zu lassen? Wird sie das nicht ablehnen müssen? Sie würde doch damit zur Erhaltung des Lebens des Sozialdemokraten und gleichzeitig zur Unterstützung und Förderung sozialdemokratischer Tendenzen beitragen, weil der lebende Sozialdemokrat doch sicher für seine Partei mehr wirken kann als der tote! Man sieht, zu welchen Widersinnigkeiten der Haß gegen die Sozialdemokratie führt. Nicht einmal solche Organisationen halten sich davon frei, die ihren Zwecken und Aufgaben nach völlig neutral sein müßten.

Die italienische Partei gegen den Krieg.

Rom, 25. November. (Eig. Ber.) In der Nummer vom 25. d. M. veröffentlicht der „Avanti" als Leitartikel einen heftigen Angriff eines liberalen volkswirtschaftlichen Schriftstellers, des Professors Giretti, gegen die Kriegsgerichte. Der Artikel stützt sich auf eine Korrespondenz des „Avanti", die von zwei im Handumdrehen abgewickelten Prozessen sprach, in denen die Angeklagten zu 30 und 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Bei diesen Verhandlungen vor dem Kriegsgericht in Tripolis wurden keine Entlastungszeugen gehört, und die Belastungszeugen wurden nicht mit den Angeklagten konfrontiert. Bei einem der beiden Prozesse schien es zweifellos, daß der Ankläger durch privaten Haß zu seiner Denunziation veranlaßt worden war. Giretti bezeichnet nun diese Prozesse als eine beispiellose Schmach und sieht den Beweis für ein völliges Versagen des moralischen und politischen Bewußtseins in dem Umstand, daß keinerlei Protestbewegung auf diese Schandtaten hin erfolgt sei. Wenn man sich so verhalten wollte, dann hätte man sich seiner Zeit auch die Proteste in der Dreyfusaffäre und gegen die Ermordung Ferrers sparen können. Derartige Prozesse, in denen alle Rechtsgarantien außer Kraft gesetzt werden, stellten eine Schande für jedes Kulturland dar und müßten jeden, der die Ehre seines Vaterlandes in etwas anderem als in materiellem Erwerb sieht, zu energischem Protest aufstacheln.

In Mailand haben die Sozialisten am 24. und 25. stark besuchte Volksversammlungen gegen den Krieg abgehalten. Vor einem dichtgedrängten Publikum sprach Genosse Turati, der sich in allerschärfster Weise gegen das Kabinett wendete, das mit einem Reformprogramm zur Regierung gekommen sei und dann durch den Krieg seinem eigenen Programm jede Möglichkeit der Verwirklichung genommen hat. Bemerkenswert ist, daß Turati dem „Avanti" zufolge zugegeben hat, daß „in Wirklichkeit der Reformismus Bankrott gemacht hat und man zur ursprünglichen Auffassung zurückkehrt, nach der das Proletariat allein gegen alle steht, sich mit den eigenen Waffen schlagen muß, nur auf die eigenen Kräfte bauen und ausschließlich von seinem täglichen Kampfe Gerechtigkeit und Befreiung erwarten darf". Turati forderte auf das Entschiedenste den Uebergang zur Opposition.

In Bologna hat die Parteisektion durch ihr Votum gegen den Abgeordneten Genossen Giacomo Ferri gegen jeden Schein des Nationalismus in der Partei Stellung genommen. Nach dem Anschlage des geisteskranken Reservisten Masetti auf seinen Oberst, hatte Giacomo Ferri (übrigens kein Verwandter des Kriminalanthropologen Enrico Ferri) es für richtig gehalten, dem verwundeten Offizier in einem Briefe sein Bedauern auszusprechen. Die Parteisektion hat dieses Verhalten gemißbilligt und dies in folgender Weise begründet: 1. durfte ein Sozialist, angesichts der Ausschlachtung der Tat durch die Reaktion, kein Bestreben zeigen, die Partei, deren ganze Tätigkeit jeden Verdacht der Mitschuld abweist, gegen die schmutzigen Anwürfe der Bourgeoisie zu schützen; 2. verliehe Ferris Haltung der Tat einen politischen Charakter, der ihr, als dem Werk eines Wahnsinnigen, an sich ganz abgeht; 3. verschlechterte Ferri Masettis Stellung vor dem Gericht; 4. hätte er wie jeder Sozialist in einer für seine Partei kritischen Lage den Stolz seiner Ueberzeugung zur Schau tragen sollen und nicht den Schein erwecken, sich durch opportunistische Rücksichten auf den Gegner beeinflussen zu lassen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Vorstrafen der Zeitung.

Das Reichsgericht hat eine landgerichtliche Urteilsbegründung gutgeheißen, die man als eine ganz ungeheuerliche bezeichnen muß, und die die Kritik sogar in bürgerlichen Kreisen hervorgerufen hat. Der neueste, kaum glaubliche Entscheid des höchsten Gerichtshofes eröffnet der sozialdemokratischen Presse die angenehmsten Aussichten und zeigt wieder einmal, wie es um die „vollendeten Rechtsgarantien" in Deutschland bestellt ist. Es handelt sich um folgenden Fall:

Das Landgericht Halle a. S. hat am 15. September den bisher unbestraften verantwortlichen Redakteur des „Volksblattes", Wilhelm Könen, wegen Beleidigung der Hallenschen Polizei zu der nach § 185 höchsten zulässigen Strafe von 600 M. verurteilt. Die Polizei hatte seinerzeit den sozialdemokratischen Jugendtag auseinandergetrieben und es waren deshalb im „Volksblatt" Vorwürfe gegen die Polizei erhoben worden. Diese selbst behauptete dann, die Redaktion des „Volksblattes" habe gelogen. Gegen diesen Vorwurf verteidigte sich der Angeklagte in einem Artikel: „Die Hallesche Polizei". Diese wurde dann als „Ausbund der Gerechtigkeit" und als „ber—", d. h. berüchtigt, hingestellt. In diesen Ausdrücken hat das Gericht die strafbaren Beleidigungen erblickt, die durch § 193 nicht gedeckt seien. In den Strafzumessungsgründen wurde als strafschärfend erwogen, daß der Angeklagte die Redaktion des Blattes übernommen habe, trotzdem es ihm bekannt war, daß seine Vorgänger wegen Beleidigung vielfach bestraft worden sind. — In der Revision rügte der Verteidiger Dr. Hübler diese Begründung als ganz ungeheuerlich. Der Reichsanwalt gab zu, daß sie bedenklich seien, meinte aber, sie seien als tatsächliche Feststellung nicht anfechtbar. Das Reichsgericht war der gleichen Ansicht und verwarf die Revision.

Jugendbewegung.

Die Geschichte einer Jugendheimgründung.

Vor ca. zwei Jahren hatten einige Freunde der arbeitenden Jugend in Tempelhof-Mariendorf bei Berlin das Bestreben, im Interesse der arbeitenden Jugend dafür zu sorgen, daß diese nicht auf das Wirtshausleben bei den verschiedenen Veranstaltungen angewiesen sei, sondern ein eigenes Heim besitze. Zu diesem Zweck wurde der Verein Jugendheim Tempelhof-Mariendorf gegründet.

Durch eine rührige Agitation für den Verein war es möglich, im September 1910 einen Raum in einem alkoholfreien Lokal zum Preise von 10 M. pro Monat zu mieten. Der Anfang war gemacht; aber der Wunsch der Freunde der Jugendbewegung war noch lange nicht erfüllt. Eine Generalversammlung des Vereins Jugendheim beauftragte den Vorstand im Sommer 1911, geeignete Räume zu mieten, um für den Winter auf eigenen Füßen zu stehen. Ziemlich günstig gelegene Räume, ca. 60 Quadratmeter, wurden in dem Hause Werderstr. 9 in Tempelhof gefunden, und so konnte zur Ausführung des Projekts geschritten werden. Leider waren die Mittel des Vereins so gering, daß es nur durch größte Sparsamkeit möglich war, eine gediegene, moderne Einrichtung zu schaffen. Zu dem Zweck wurde an den Idealismus unserer Freunde appelliert; eine ganze Anzahl derselben, Tischler, Maler, Tapezierer, Rohrleger, Klempner und andere mehr stellten sich zur Verfügung. Nach Feierabend, wenn die Freunde der Jugend im Dienste des Kapitalismus gefrondet hatten, gingen sie ans Werk. Wochenlang wurde angestrengt gearbeitet; endlich konnte man am Sonnabend, den 25. November, sagen, heute abend wird das Heim eröffnet und seiner Bestimmung übergeben. „Doch der Mensch denkt und die liebe Polizei lenkt." Als um 8 Uhr abends einige der tätigen Freunde des Jugendheims erschienen waren, auch ca. 10 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen waren anwesend, stellten sich plötzlich ungeladene Gäste in Gestalt zweier Polizisten ein. Mit den Worten: „Nanu, was ist denn hier los?" betraten diese das Heim. Nach dem Grunde ihres Besuches befragt, gab der Wachtmeister zur Antwort, sie hätten den Auftrag, festzustellen, was hier betrieben werde und wer anwesend sei. Es wurde nun zur Feststellung der Personalien der Anwesenden geschritten und die „vorhandene" Bibliothek (die nebenbei bemerkt einer Privatperson gehörte, die die Bücher nur für den Abend in das Regal gestellt hatte) genau durchmustert. Nachdem die beiden Polizeibeamten so ihres Amtes gewaltet hatten, empfahlen sie sich in der liebenswürdigsten Weise, mit dem Versprechen, daß man das Nähere bald erfahren würde.

Man kann einigermaßen gespannt sein, worin das „Nähere" bestehen wird, da absolut nichts Ungesetzliches begangen worden ist.

In Tempelhof und Mariendorf wird gerade die Einmischung der Polizei dazu beitragen, wie allerorts, der Jugendbewegung neue Freunde und Mitkämpfer zuzuführen.

Aus der Frauenbewegung.

Weihnachtseinkauf.

Wieder steht das Weihnachtsfest vor der Tür, das Fest, das ein Vergnügen ist, solange man über das genügende Geld verfügt, um seinen Angehörigen auch eine Freude zu bereiten. Jede Mutter hat das Verlangen, ihrem Kinde zu diesem Fest etwas zu schenken, und wenn es auch nur notwendige Sachen sind. Reicht es doch bei den heutigen Lebensmittelpreisen selbst nicht für die notwendigen Dinge als Geschenke; von Spielzeug und Luxusgegenständen kann gar keine Rede mehr sein.

Für manches Proletarierkind bleibt es leider die einzige Weihnachtsfreude, in die Warenhäuser zu gehen und dort die ausgestellten Herrlichkeiten zu bewundern.

In diesen modernen Großbetrieben herrscht schon acht Wochen vor dem Fest reges Leben. Da werden die Lager gefüllt, da werden all die Herrlichkeiten aufgebaut. Dann kommt das Publikum mit seinen Tausenden von Fragen, die Antwort erheischen. Die Luft in den Räumen wird trotz aller Ventilation immer schlechter, der Trubel immer größer. Und in dieser Atmosphäre stehen junge, blutarme Mädchen, tagaus, tagein, um geringen Lohn zehn bis elf Stunden, bereit, jede Laune des Publikums zu ertragen, jeden Wunsch zu berücksichtigen. Gehört die Tätigkeit des Verkäufers an sich zu einer der anstrengendsten, so wird sie in den Wochen vor den Festen zu einem Martyrium. Da werden die Mittagspausen auf 1/2 Stunde beschränkt. Vesperpausen gibt's überhaupt nicht während der Zeit, die Ladenschlußzeit ist gesetzlich verlängert und nach Ladenschluß muß noch aufgeräumt werden. Das Personal ist dann 15 Stunden und noch mehr ununterbrochen tätig. Und das nicht einen Tag, sondern tagelang hintereinander. Sehr oft ließe sich diese Ueberanstrengung dadurch verhindern, daß genügend Hilfskräfte engagiert werden. Aber es soll Geld gespart werden und da können sich die Angestellten im „Geschäftsinteresse" zu schanden arbeiten, um dann nach dem Fest entlassen zu werden. Oft aber nutzen selbst Hilfskräfte nichts, weil die Verkaufsräume für diese starken Tage zu klein sind.

Aber auch das Publikum trägt ein groß Teil Schuld an diesem Zustand. Aus Gleichgültigkeit machen viele ihre Einkäufe erst in den letzten Tagen, oft sogar erst am sogenannten Heiligabend. Bekommt man erst im letzten Moment Geld in die Finger, so kann man nicht früher kaufen gehen. Es gibt aber genügend Fälle, wo schon 3 bis 4 Wochen vorher Geld vorhanden war, um die nötigen Einkäufe zu machen. Aber gerade Schlipse, Bänder, Handschuhe usw. werden gern in letzter Minute gekauft. Durch etwas mehr Ueberlegung und Einteilung könnten viele Hausfrauen den Trubel der letzten Tage in etwas mindern. Sie haben ja selbst den Vorteil, denn sie werden sorgfältiger bedient und haben eine größere Auswahl. Den Verkäuferinnen aber ist dadurch wesentlich geholfen. Wir haben ein persönliches Interesse daran, sie zu schützen, denn es sind unsere Töchter, die im Ladendienst fronden, deren Gesundheit und Arbeitskraft unser Kapital ist, das wir schützend erhalten müssen.

Versammlungen.

Soziale Fürsorge bei der „Großen Berliner".

Wie wir bereits in voriger Woche melden konnten, hat die Große Berliner Straßenbahn die Absicht, die Statuten der für ihre Angestellten eingerichteten Ruhegehaltskasse zu ändern. Die Angestellten betrachten diese Aenderungen als ganz enorme Verschlechterungen, die sie mit aller Macht zu bekämpfen gewillt sind. Der Verband der Straßenbahner (Sektion des Deutschen Transportarbeiterverbandes) hatte nach Prüfung der geplanten Aenderungen zum Dienstagabend eine Versammlung der Mitglieder der Ruhegehaltskasse nach den „Konkordiasälen" einberufen, die äußerst stark auch von Frauen der Angestellten besucht war. Der Sektionsleiter der Straßenbahner, Genosse Riedel, machte über die Einnahmen und Ausgaben der Ruhegehaltskasse folgende statistische Angaben: Am 31. Dezember 1910 gehörten der Kasse 7486 Mitglieder an, die an Beiträgen 1 004 631,28 M. aufbrachten. Die Gesamteinnahmen der Kasse betrugen 1910 2 194 491 M. Nach Abzug aller Ausgaben verblieb ein Jahresüberschuß von 1 049 797 Mark. Der Vermögensbestand belief sich am Ende des Jahres auf 8 989 149,53 M. Im Jahre 1910 bezogen aus der Kasse 397 Pensionäre 220 802,51 M. An 100 Witwen wurde 15 431,70 M. gezahlt. Die aufgewendeten Kosten für Heilverfahren betrugen 10 519,13 M. An ausgeschiedene Mitglieder wurden 44 282,15 M. Beiträge zurückerstattet. Die Verwaltungskosten der Kasse beliefen sich auf 13 797,17 M. Die Gesamtausgaben der Kasse erreichten eine Höhe von 304 832,66 M. An Zinsen vereinnahmte die Kasse im Jahre 1910 338 776,38 M., so daß nach Abzug aller Ausgaben aus den Zinsen noch zirka 34 000 M. Ueberschuß verbleiben.

Von den über 1 Million betragenden Beitragseinnahmen brauchte auch noch nicht ein Pfennig verwendet zu werden. Trotzdem wurde von dem Vorstand der Kasse, dem Generalsekretär Köthe, die Statutenänderung damit begründet, daß die Kasse dem Ruin entgegengehe, weil ihm mitgeteilt worden sei, daß unter den Straßenbahnern die Manie grassiere, sich nach zehnjähriger Tätigkeit pensionieren lassen zu wollen. In Wahrheit handelt es sich darum, daß die Direktion der Großen Berliner darauf bedacht ist, die große Masse der Angestellten, Schaffner, Fahrer, Werkstatt- und Hofarbeiter in ihren Rechten zu schmälern, um den höheren Beamten, Inspektoren, Bahnhofsvorstehern, Bahnmeistern, Fahrmeistern und Kontrolleuren, Vorteile zuzuschanzen. Alle diese höheren Beamten fallen eventuell unter das Privatbeamten-Versicherungsgesetz und soll, um diesen „lieben Kindern" der Direktion zu nützen, das Statut der Ruhegehaltskasse dem Privatbeamten-Versicherungsgesetz angepaßt werden. Jedenfalls kann die angebliche Sucht der Angestellten, sich nach zehnjähriger Dienstzeit pensionieren zu lassen, unter keinen Umständen für die Verschlechterungen ausschlaggebend sein. Wenn dreist in jedem Jahre 100 neue Pensionäre ein Ruhegehalt bezögen, dann könnten trotzdem immer noch die gesamten Beiträge der Mitglieder dem Vermögen resp. dem Reservefonds überwiesen werden, da die Zinsen in jedem Jahre sich um etwa 45—48 000 M. steigern werden, somit alle nötigen Ruhegehälter aus den Zinsen gedeckt werden können.

Die bisherigen Zustände in der Ruhegehaltskasse sind jedoch der Direktion der Großen Berliner ein Dorn im Auge. Deshalb will die Direktion das Recht haben, selbstherrlich zu bestimmen, wer von den Angestellten Ruhegehalt beziehen soll und wer nicht. Sie bestimmt nach dem neuen Statut, daß ein Angestellter wohl dienstuntauglich, aber nicht erwerbsunfähig ist. Wem aber dieses Prädikat angeheftet wird, den expediert die Direktion schleunigst hinaus und drückt ihm ein paar Bettelpfennige in die Hand. Während es früher den Mitgliedern möglich war, selbst einen Arzt vorzuschlagen, der ihre Erwerbsfähigkeit zu prüfen hatte, soll in Zukunft dieses Recht wegfallen; es soll nur der Vertrauensarzt der Direktion darüber verfügen, ob ein Angestellter neben seiner Dienstuntauglichkeit noch 50 oder gar 100 Proz. erwerbsfähig ist. Alle Bestimmungen des neuen Statuts, welches am 1. Dezember bereits in Kraft treten soll, da sich die Direktion die Genehmigung der Behörden schon vorher gesichert hat, ehe das Statut überhaupt von den Delegierten beschlossen wurde, enthalten nichts anderes als Knebelungen der Mitgliederrechte und setzen an deren Stelle die Diktatur der Direktion, die es für recht und billig hält, die Rechte der großen Masse ihrer Angestellten zugunsten einer Minderheit ihrer höheren Beamten zu beschneiden. Die Ausführungen des Genossen Riedel wurden oft durch Entrüstungsrufe unterstrichen und ernteten am Schlusse lebhaften Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute, am 28. November 1911, in der „Konkordia", Andreasstraße, versammelten Mitglieder der Ruhegehaltskasse der Großen Berliner Straßenbahn erheben energischen Protest gegen die beabsichtigte Verschlechterung der Leistungen der Ruhegehaltskasse zugunsten einer kleinen Gruppe finanziell bessergestellten Mitglieder.

Die Versammelten verlangen vom Vorstand der Ruhegehaltskasse, daß er noch in letzter Stunde seine Statutenänderungsvorschläge, soweit sie darauf hinauslaufen, die Ruhegehaltskasse als Zuschußkasse für die Privatbeamtenversicherung zurechtzustutzen und eine Minderung der Rechte der Mitglieder darstellen, zurückzieht.

Für den Fall, daß dies nicht geschieht, erwarten die Versammelten von den Delegierten, daß sie im Interesse der Mitglieder und der Ruhegehaltskasse selbst einmütig eine derartig schwere Verantwortung ablehnen und gegen jede Verschlechterung der Leistungen stimmen."

Aus aller Welt.

Junker und „Bruder" Bauer.

Bei der Wahlagitation der Konservativen spielt der Bauernfang eine bedeutende Rolle. In allen Tonarten wird der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Gemeinsamkeit der großagrarischen und kleinbäuerlichen Interessen gepriesen, um den Bruder Bauer für konservative Wahlen zu gewinnen. Gelegentlich passiert es aber den konservativen Demagogen, daß ihnen das Herz überläuft und sie ihre wahre Einschätzung der bäuerlichen Bevölkerung zum besten geben. So konnte man vor wenigen Tagen in der „Pommerschen Tagespost", dem Leiborgan der Agrarier Pommerns, ein „Gedicht" aus der Feder eines Herrn v. Leitner lesen, der einen deutschen Bauern so einschätzt:

Ich bin ein deutscher Bauersmann,
Der lesen kaum und schreiben kann;
Auch mit dem Rechnen geht's mir schlecht,
Jedoch mein Bub soll's lernen.

Mein Haus und Feld, mein Dorf und Tal,
Ist meine Erdkund' allzumal,
Was über'm Berg man denkt und spricht,
Und pflanzt und erntet, weiß ich nicht . . .

Geht erst das Wählen an im Land,
Deucht nicht genug mir mein Verstand:
Ich frag' im Schloß, im Pfarrhaus nach,
Bin frei zu handeln noch zu schwach.

Das ist der Bauer, wie er den „gnädigen" Herren als Ideal vorschwebt! Hoffentlich sorgt die bäuerliche Bevölkerung am Tage der Reichstagswahl dafür, daß die Hoffnung der Junker auf die Dummheit der Bauern endgültig zuschanden wird.

Hungersnot.

Aus vielen Teilen der Herzegowina laufen Berichte über Hungersnot ein. Das Jahr hat nur eine sehr schlechte Ernte in den Haupterzeugnissen Tabak und Zwetschen gebracht. In Bilek kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Gendarmen und hungernden Bauern. Die mohammedanischen Arbeiter bereiten sich vor, nach der Türkei auszuwandern. Am verzweifeltsten ist die Lage der serbischen Bevölkerung, da diese nirgendhin einen Ausweg hat.

Eine Wahlmaschine.

Um dem bekannten „dringenden Bedürfnis" entgegenzukommen, hat der amerikanische Erfinder Edison die Konstruktion einer Wahlmaschine beendet. Edison hat seine Erfindung dem Präsidenten Taft vorgeführt. Die Maschine stellt eine Kombination von Phonograph und Kinematograph dar. Während durch den Phonographen die Rede des Wahlagitators reproduziert wird, gibt der Kinematograph die Gesten des Redners wieder. Wahrscheinlich wird man sich in Amerika während des nächsten Wahlkampfes der neuen Erfindung bedienen.

Wie wir aus ganz besonders zuverlässiger Quelle erfahren, trägt sich auch Herr v. Bethmann Hollweg mit dem Gedanken, einige hundert Stück solcher Wahlagitatoren anzuschaffen. Die Apparate sollen dem deutschen Volke die Züchtigung des ungekrönten Königs von Preußen aus Klein-Tschunkawe und der alldeutschen Kriegshetzer gelegentlich der Marokkodebatten vorführen.

Ermordung eines Londoner Zirkusdirektors.

Auf seiner Besitzung in East Finchney bei London wurde der in England weit bekannte 84jährige Zirkusdirektor George Sanger von einem seiner Angestellten ermordet. Der Mörder drang mit einer Axt und einem Rasiermesser bewaffnet in das Speisezimmer Sangers ein, versetzte ihm einen wuchtigen Schlag mit der Axt auf den Kopf und floh dann. Als er in der Küche durch einen anderen Angestellten namens Jackson angehalten werden sollte, brachte er diesem eine lebensgefährliche Verwundung mit dem Rasiermesser am Halse bei. Der Mörder entkam. Sanger hauchte nach vier Stunden schweren Leidens trotz der Bemühungen von drei Aerzten sein Leben aus.

Hebung der Sittlichkeit.

Eine ganz besonders wirksame Maßregel zur Hebung der Sittlichkeit hat nach der „Celler Zeitung" der ehr- und tugendsame Gemeinderat eines hannoverschen Dorfes beschlossen. Danach sollen die Aufgebote von jungen Paaren, die streng moralisch gelebt haben, im Aushangkasten am Gemeindehause des Ortes mit einem Efeukranz mit Rosen geschmückt werden. Endlich einmal eine durchgreifende Maßnahme. Wer übernimmt dann aber die Keuschheitsprüfung, und was geschieht mit den Sündigen, bei denen sich trotz der Feigen — Pardon! — Efeublätter der Klapperstorch vorzeitig anmeldet? Und das kann passieren: denn des Menschen Sinnen und Trachten ist böse von Jugend auf!

Kleine Notizen.

Schweres Unglück auf einem Hochofenwerk. Auf dem Hochofenwerk der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft wurden am Mittwoch sieben Arbeiter durch ausströmende Gase betäubt. Einer von ihnen ist bereits gestorben.

Immer wieder Erdstöße. Am Dienstag abend 6 Uhr 35 Minuten wurde in Tübingen ein kräftiger Erdstoß verspürt, der unter der Bevölkerung Aufregung hervorrief, jedoch keinen Schaden anrichtete. Der Erdstoß wurde auch das Neckartal aufwärts, im ganzen Bezirk Balingen, im westlichen Hohenzollern und in Ebingen wahrgenommen.

Schweres Automobilunglück. In der Nacht zum Mittwoch rannte in Essen der Kraftwagen des Fabrikanten Hermann Steinmann, den dieser selbst steuerte, gegen einen Baum. Die Fahrgäste, ein Büfettier Buchholz und ein Gastwirt Platte, wurden herausgeschleudert und erlagen kurz darauf im Krankenhause den erlittenen Verletzungen. Steinmann selbst ließ den Wagen im Stich und suchte zu fliehen, wurde aber bald verhaftet.

Fliegers Tod. Der Flieger Mosca aus Triest, der am Mittwoch in Wiener Neustadt als Passagier an einem Fluge des Oberleutnants Rittner teilnahm, wurde bei der Landung des Flugzeuges aus seinem Sitz 15 Schritte weit fortgeschleudert und blieb sofort tot. Oberleutnant Rittner wurde verletzt.

Schloßbräu
Flaschenbiere

Das Lieblingsgetränk
aller Volksschichten.
Verlangen Sie überall
Schloßbräu!
Die Qualität ist hervorragend!

Wissen Sie schon?
Nach beendeter
Engros-Saison
××× Ulster ×××
: Flauschmäntel :
= kolossal preiswert =
Zimmerstr. 49, I. Et., nahe Dönhoffplatz.
Spec.: Backfischkonfektion.
Sonntags geöffnet!

En gros detail
Knaben- und
Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß
am billigsten und reellsten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part.,
2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
877L* Karl Hustädt.

Millionen schätzen am
Kathreiners Malzkaffee
das unerreicht feine Aroma.

Der Gehalt macht's!

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Soziales.

Der Ausschuß des Berliner Kaufmannsgerichts

nahm in seiner Sitzung vom Montag abend zu den Anträgen, welche darauf abzielen, eine **Abänderung und Verbesserung des Dienstrechtes der Handlungsgehilfen** herbeizuführen, weiter Stellung. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt: „Der zur Dienstleistung verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird."

Die Kaufmannsgerichte sind bei der Auslegung, was **erhebliche Zeit** darstellt, zu den widersprechendsten Urteilen gekommen. Diesem Uebelstande soll folgender Antrag steuern: „Der Gehaltsanspruch des Handlungsgehilfen bis zur Dauer von sechs Wochen im Falle unverschuldeten Unglücks darf nicht durch Vertrag ausgeschlossen werden (§ 63 des Handelsgesetzbuches). Ist der Handlungsgehilfe durch militärische Dienstleistungen oder andere unverschuldete, nicht von seiner Entschließung abhängige Ursachen an der Dienstleistung verhindert, so hat er einen Gehaltsanspruch bis zu sechs Wochen." Die bürgerlichen Kaufleutebeisitzer sprachen sich einstimmig gegen den Antrag aus, sie meinten, wenn der Antrag Gesetzeskraft erlangt, würden zahllose kleine Kaufleute existenzlos. Geschäfte mit einem resp. zwei Gehilfen würden dadurch so stark belastet, daß sie ohne weiteres ihre Geschäfte schließen könnten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag **mit 9 gegen 7 Stimmen** (der bürgerlichen Kaufleutebeisitzer) **angenommen.**

Ein weiterer Antrag verlangte:

a) Als **Mindestkündigungsfrist** die sechswöchentliche, diese kann nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres ausgesprochen werden und gilt für alle Geschäfte ohne Unterschied des Gehaltes.

b) Bei fristloser Entlassung **muß der Grund angegeben werden,** der allein verbindlich ist.

c) Aushilfsstellen sind nur auf einen Monat zulässig.

Die Handlungsgehilfen führten hierzu aus, daß in kleinen Städten heute bereits in der Mehrzahl die gesetzliche sechswöchentliche Kündigungsfrist eingeführt sei. Eine Ausnahme machten lediglich die Großstädte über 100 000 Einwohner und Berlin. Aber auch hier treffe die Ausnahme in der Hauptsache die Verkaufsangestellten. Wenn sogar die kleinen Geschäfte in der Provinz die längere Kündigungsfrist eingeführt haben, dann werden die Geschäfte in der Großstadt dadurch auch keinen Schaden erleiden. Bei **Entlassungen** müsse der **Grund angegeben werden,** damit nicht, wie heute, wenn der geltend gemachte Entlassungsgrund sich als nicht ausreichend erweist, nachträglich ein anderer Grund für die Beendigung vorgeschoben werde. Die ersten beiden Teile des Antrages wurden bei der Abstimmung mit 9 gegen 7 Stimmen (wiederum die der bürgerlichen Kaufleutebeisitzer) **angenommen,** dagegen der Teil c mit Stimmengleichheit **abgelehnt.** Der sozialdemokratische Kaufmann enthielt sich der Abstimmung und der Vorsitzende stimmte mit den bürgerlichen Kaufleuten. So waren acht Stimmen für und acht Stimmen gegen den Antrag.

§ 629 des Bürgerlichen Gesetzbuches lautet: „Nach der Kündigung eines **dauernden** Dienstverhältnisses hat der Dienstberechtigte dem Verpflichteten auf Verlangen angemessene Zeit zum Aufsuchen eines anderen Dienstverhältnisses zu gewähren." Die Rechtsprechung hat vielfach aus diesem Wortlaut herausgelesen, die notwendige Zeit zum Aufsuchen einer neuen Stelle sei demjenigen versagt, der ein Probe- oder Aushilfsengagement hat. Um dem entgegenzutreten kam folgender Kompromißantrag zustande: „Dem Handlungsgehilfen ist auch dann die erforderliche Zeit für Bewerbungen zu gewähren, wenn sein Dienstverhältnis kein **dauerndes** ist, und zwar in diesem Falle wöchentlich bis zu 10 Stunden. Welche Zeitdauer als angemessen gelten soll bei denjenigen, welche sich im dauernden Dienstverhältnis befinden, soll nach wie vor von Fall zu Fall durch die Kaufmannsgerichte entschieden werden." Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung von drei bürgerlichen Kaufleutebeisitzern **einstimmig angenommen.**

Hierauf vertagte der Ausschuß seine Verhandlungen bis zum Januar 1912.

Die objektive und unparteiische „Soziale Praxis".

Die „Soziale Praxis" inkliniert immer mehr für die Sozialpolitik des Zentrums — oder ist es umgekehrt? Jedenfalls sind die beiden miteinander zufrieden. Ehrenvoll ist das für die „Soziale Praxis" jedenfalls nicht. Daß die Ultramontanen ein Vorwärtskommen auf sozialpolitischem Gebiete durch pfäffische Demagogie erschweren und verhindern, darüber können Zweifel kaum obwalten. Trotzdem hat die schwarze Presse das Vergnügen, die „Soziale Praxis" als Zeugin für die — reaktionäre Wirkung der Sozialdemokratie vorführen zu können. Die genannte Zeitschrift hat nämlich den Ultramontanen nachempfunden, daß die weitgehenden Forderungen der Sozialdemokratie nur den Widerstand der Reaktion stärkten! Nach solcher Logik dürfte man natürlich gar nichts fordern, dann gäbe es auch keinen Widerstand. Das reizende Spiel zwischen Zentrum und „Soziale Praxis" zeigt sich auch in der Frage des **Streikrechts der Verkehrs- und Gemeindearbeiter.** Beide sind sachlich darin einig, daß den genannten Berufsgruppen das Streikrecht verwehrt werden müsse. Der innige Konnex zwischen den Ultramontanen und der „Sozialen Praxis" scheint bei dieser auch das Verständnis für Unternehmerschmerzen vertieft zu haben, nicht aber die Objektivität gegenüber freien Gewerkschaften. Ein recht krasses Beispiel dafür erbringt der „Proletarier", das Organ des Fabrikarbeiterverbandes.

Die Firma Th. Goldschmidt, **chemische Fabrik in Essen, hatte** durch einen öffentlichen Anschlag ihren Arbeitern **bei Androhung der Entlassung verboten,** Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter zu bleiben oder zu werden. Diesen Ukas hatte die „Soziale Praxis" als einen Beweis für die mangelhafte Sicherung des Koalitionsrechts angeführt. Darauf veröffentlichte sie eine Erklärung des Herrn Goldschmidt, in der rechtfertigend behauptet wird, das Verbot sei erfolgt, weil Hilpmann, der Vertrauensmann des Verbandes der Fabrikarbeiter,

„unsere Firma systematisch verleumdet und uns durch Hinausweisen unserer Vertreter aus den Versammlungen die Möglichkeit nimmt, die Verleumdungen zu berichtigen."

Hilpmann sandte daraufhin der „Sozialen Praxis" eine Erklärung, in der er u. a. folgendes feststellt: der Vertreter der Firma hat nie, solange er in den Versammlungen geduldet wurde, eine der angeblichen Verleumdungen berichtigt; die Firma hat nie gegen die angeblichen Verleumdungen in den Versammlungen die Gerichte in Anspruch genommen; der Vertreter konnte schließlich nicht mehr geduldet werden, weil die Firma über seine Anwesenheit mit **der Entlassung von Arbeitern quittierte,** die in der Versammlung gesprochen hatten. — Daß nach solchen Erfahrungen die Arbeiter auf die Anwesenheit eines Firmenvertreters in ihren Versammlungen verzichteten, ist selbstverständlich! Wo werden übrigens **Arbeiter zu den Versammlungen der Unternehmer zugelassen?**

Die „Soziale Praxis" lehnte die Aufnahme dieser Erklärung **ab!** Ein netter Beweis von Unparteilichkeit! Hilpmann kündigte darauf eventuell eine preßgesetzliche Berichtigung an. Nun wurde seine Zuschrift auszugsweise, referierend und, vielleicht versehentlich, in einem Punkte sachlich **falsch wiedergegeben.** Die „Soziale Praxis" behauptete nämlich, gegen Hilpmann sei die Firma Goldschmidt überhaupt noch nie auf dem Klagewege vorgegangen. Tatsächlich ist er als verantwortlicher **Redakteur des „Proletarier",** nicht aber als „verleumderischer Versammlungsredner" einmal wegen Beleidigung der Firma Goldschmidt bestraft worden. Diese Bestrafung erfolgte allerdings erst im Laufe dieses Jahres, während das Verbot vom 10. August 1910 datiert. Trotzdem war zu erwarten, daß die Firma den Irrtum der „Sozialen Praxis" zu einer neuen Erklärung gegen Hilpmann benutzen werde. Das geschah, und wiederum fand Herr Goldschmidt bereitwilliges Entgegenkommen. Man könnte annehmen, die Redaktion sei ihres Irrtums nicht bewußt geworden, aber sie ist vorher darauf aufmerksam gemacht worden. Sofort nach der unrichtigen Wiedergabe der Behauptung Hilpmanns erhielt die „Soziale Praxis" von der Redaktion des „Proletariers" ein Schreiben, das sie auf die sachliche Unrichtigkeit und die zu erwartende Berichtigung des Herrn Goldschmidt aufmerksam machte. Davon sagt die Redaktion nun aber nichts; sie bringt eine lange Auseinandersetzung, in der die Bestrafung Hilpmanns mitgeteilt und so der Anschein erweckt wird, als habe H. mit seiner Behauptung in der „Sozialen Praxis" geschwindelt. Anstatt H. vor solchem Verdacht pflichtgemäß zu schützen, rechtfertigt die Redaktion jetzt gar noch das Vorgehen der Firma als menschlich begreiflich. — Das Verhalten der „Sozialen Praxis" ist jedenfalls unbegreiflich; es zeigt, wie vorsichtig man auch gegenüber dieser Zeitschrift sein muß.

Im Jahre 1896 waren alle Parteien, einschließlich der Nationalliberalen und Freikonservativen, mit der Regierung darüber einig, daß eine Abrede, einem bestimmten gewerkschaftlichen oder politischen Verein nicht anzugehören, nichtig ist, weil sie einen Verstoß gegen die guten Sitten enthält. Heute neigt selbst die „Soziale Praxis" zu Beschönigungen an Eingriffen in das Koalitionsrecht.

Die „Geisterseherin" vor dem Kaufmannsgericht.

Das Gebiet des Uebersinnlichen streifte eine Verhandlung, die vor der 1. Kammer des Berliner **Kaufmannsgerichts** stattfand. Klägerin war der weibliche Lehrling Wally B. Das junge Mädchen, das gegen seinen Lehrherrn, den Kaufmann G., auf Zahlung von 39 M. Restgehalt klagte, erschien im Beistand der Mutter, um sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß es Krankheit simuliert habe. Der diesen Vorwurf erhebende Prinzipal stützt sich dabei auf die Aussage seiner Buchhalterin T., die Mutter und Tochter zu derselben Zeit auf der Straße getroffen haben will, als Wally angeblich krank zu Bett lag. Sowohl Frau B. wie ihre Tochter bestreiten ganz entschieden, daß ein derartiges Zusammentreffen stattgefunden haben könne, da das Mädchen den ganzen Tag zu Bett lag. Fräulein T. müsse dann Geister gesehen haben. Die als Zeugin vernommene Buchhalterin bleibt aber dabei, daß sie nicht Geister, sondern die Frau B. und die Tochter Wally leibhaft habe an sich vorbeigehen sehen. Sie schildert sogar genau die Bekleidung beider Personen, als sie aber erklärt, Frau B. habe eine Markttasche am Arm gehabt, ruft die Mutter der Klägerin triumphierend aus: „Eine Markttasche besitze ich gar nicht." Auch der Vorsitzende wundert sich darüber, daß die Zeugin nicht die Erscheinungen von Mutter und Tochter „gestellt" habe. Es sei doch das natürlichste gewesen, daß Frl. T. an Ort und Stelle den Widerspruch zwischen der Entschuldigungskarte und dem Zusammentreffen auf der Straße zu erklären sich bemüht. Die Zeugin erwidert jedoch, sie sei in dem betreffenden Moment zu konsterniert gewesen, könne aber beschwören, daß sie nicht etwa einer Sinnestäuschung zum Opfer gefallen sei.

Das Kaufmannsgericht sah von einer Vereidigung der Zeugin ab und **verurteilte** den Beklagten zur Zahlung des Restgehalts. Da es um die Zeit, da die Zeugin Frau und Fräulein B. getroffen haben will, schon ganz dunkel ist, so sei die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Zeugin sich in den Personen geirrt hat.

Die Kochschülerin vor dem Reichsgericht.

Am Dienstag trat wieder der seltene Fall ein, daß das Reichsgericht sich mit dem Arbeitsvertrag zu beschäftigen hatte. Es handelte sich um die Frage, ob die Vorschriften des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch auf eine Kochschülerin Anwendung finden. § 618 verlangt vom Dienstberechtigten (Unternehmer) Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten und Dienstleistungen, die unter seiner Anordnung oder seiner Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet.

Eine Kochschülerin H. war bei einem Gastwirt tätig. Eines Tages stürzte sie über einen Flaschenkasten, den der Buffetier im Wege hate stehen lassen, und vergoß dabei eine in der Hand gehaltene Kanne mit heißem Tee, der ihr zum Teil in das eine Ohr floß. Sie verbrühte sich dabei derartig den Gehörgang, daß sich eine Operation nötig machte und sie schließlich auf dem verbrühten Ohre taub wurde.

Das Landgericht Düsseldorf billigte ihr die Hälfte des geforderten Schadenersatzes zu und nahm dabei an, daß ein Teil des Verschuldens den Buffetier treffe, weil er fahrlässig gehandelt hat, als er den Kasten im Wege hat stehen lassen. Für den Buffetier hafte der Beklagte nach § 831 B. G.-B. wegen nicht sorgfältiger Auswahl. Zum anderen Teile sei jedoch die Klägerin selbst schuld, da sie nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit gegangen war. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Klägerin vollständig abgewiesen. Zur Begründung führte das Oberlandesgericht aus, daß die Klägerin als Kochschülerin nicht Bedienstete des Beklagten gewesen sei. Für das Verschulden des angestellten Buffetiers sei der Beklagte nicht haftbar zu machen, da er den nach § 831 B. G.-B. nötigen Entlastungsbeweis erbracht habe und bei der Auswahl eines Angestellten die im Verkehr erforderliche Sorgfalt habe walten lassen.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und den Anspruch der Klägerin mit Ausnahme des Schmerzensgeldes gleich dem landgerichtlichen Urteil zur Hälfte dem Grunde nach als berechtigt anerkannt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Schutzmann vor dem Schwurgericht.

Unter der schweren Beschuldigung des wiederholten **Amtsverbrechens** und des Betruges stand gestern der Schutzmann **Wilhelm Müller** aus Schöneberg vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Zimmermann.** Der Angeklagte ist nach Beendigung seiner Militärzeit bei der Polizeiverwaltung in Schöneberg in den Polizeidienst getreten. Er ist verheiratet und hat für vier Kinder zu sorgen, und wenn auch seine Frau sehr sparsam wirtschaftet, war Schmalhans häufig Küchenmeister. Der Angeklagte ist körperlich schwach und wurde im Revier als Bureaubeamter beschäftigt. Eine Zeitlang leistete er stellvertretungsweise Kriminalschutzmannsdienste. Mit Rücksicht auf seine bedrängte Lage hat ihn sein Reviervorstand zweimal besondere Unterstützungsgelder ausgewirkt, auch wurde ihm mehrmals Erholungsurlaub gewährt. Um weiter zu kommen, trachtete er danach, Wachtmeister zu werden, besuchte mit allem Eifer die Wachtmeisterschule, hatte aber das Unglück, beim Examen durchzufallen. In der letzten Zeit hatte er mit der Bearbeitung der Gesuche um Schankkonzessionen zu tun, polizeiliche Legitimationskarten auszustellen und viele andere Bureauarbeiten zu verrichten. Der Angeklagte wurde nun beschuldigt und durch die Beweisaufnahme überführt, in fünf Fällen, in denen Schankwirte um Verlängerung der Polizeistunde eingekommen waren und diese ihnen auch gewährt worden war, die Stempelgebühr von den Gastwirten eingezogen aber nicht abgeliefert, sondern für sich verbraucht zu haben. Er hat die von ihm zu führenden Listen zur Verbergung der Straftaten gefälscht und die zur Sache gehörenden Akten verschwinden lassen. Als die Sache zum Klappen kam, hielt sich der Angeklagte einige Zeitlang verborgen. Bei einer Haussuchung in seiner Wohnung fand man die fehlenden Akten in einer Kiste, die in einer Ecke der Badestube stand. In den zwei Fällen des Betruges hat der Angeklagte Gastwirte unter falschen Vorspiegelungen zur **Hergabe von Darlehen** bewogen. Da der Angeklagte behauptet, von den Vorgängen gar keine Erinnerung zu haben und aus dem Untersuchungsgefängnis augenscheinlich bewußt konfuse Briefe an seine Ehefrau und den Anstaltsgeistlichen schickte, so beschäftigten sich die Gerichtsärzte Medizinalrat Dr. Hoffmann und Dr. Marx mit seinem Geisteszustand. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte zwar ein sehr nervöser Mensch und starker Neurastheniker sei, die Voraussetzungen des § 51 aber nicht vorliegen, sondern der Angeklagte simuliere. Zu derselben Ansicht gelangte Dr. Blume auf Grund seiner sechswöchigen Beobachtung des Angeklagten in Düsdorf. Der Angeklagte äußerte sich gestern zu keinem Anklagefall, sondern blieb dabei, daß er die Erinnerung an diese Dinge völlig verloren habe. Die Ehefrau des Angeklagten ist der Ueberzeugung, daß der Angeklagte ein Opfer seiner Aufgeregtheit und Vergeßlichkeit geworden sei und hat die angeblich unterschlagene Summe von 72 M. auf der Polizei abgeliefert unter der Angabe, daß sie das Geld in der Tasche eines Rockes ihres Mannes gefunden habe.

Auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen wurde der Angeklagte wegen **Unterschlagung in 4 Fällen und Urkundenvernichtung zu 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis** und Aberkennung des Rechts zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 3 Jahren verurteilt.

Schwere Anschuldigungen wegen eines angeblichen Gattenmordes

brachte gestern der **Werkführer Wilhelm Menzel** in einer Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II zur Sprache, welche gegen ihn unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors de la Fontaine eine Anklage wegen **versuchter Erpressung** zu verhandeln hatte.

Im Juli 1909 wurde der sehr wohlhabende Gastwirt und Grundbesitzer Ruden in Wünsdorf erhängt aufgefunden. Da R. stets lebenslustig gewesen war und auch keinerlei sonstige Motive zu einem Selbstmorde festgestellt werden konnten, tauchte der Verdacht auf, daß die eigene Ehefrau, die kurz vorher von R. zur Universalerbin eingesetzt worden war, mit dem geheimnisvollen Tode in Verbindung stehe, zumal es sich ergab, daß R. noch wenige Stunden vor seinem Ableben in fröhlichster Stimmung gezecht und auch schon bestimmte Anweisungen für die folgenden Tage gegeben hatte. Von einem Vetter des Verstorbenen wurde schließlich gegen die Frau R. Anzeige wegen Mordes erstattet, mit der Behauptung, daß sie in Gemeinschaft mit einem Manne, mit dem sie angeblich ein Liebesverhältnis unterhalte, ihren Ehemann betrunken gemacht, ihm dann einen Strick um den Hals gelegt und ihn erdrosselt habe. Sodann habe man den Strick an einem Haken befestigt, um einen Selbstmord vorzutäuschen. — Diese Anzeige führte zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen Mordes, welches aber mangels genügender Anhaltspunkte eingestellt werden mußte.

Die jetzige Anklage gegen Menzel behauptet nun folgendes: Am zweiten Osterfeiertag d. J. erschien der Angeklagte in der Wohnung der Frau Ruden, nachdem er sich schon vorher brieflich angemeldet und um ein Darlehen gebeten hatte. Als sich Frau R. weigerte, ihm drei unausgefüllte Wechselformulare zu unterschreiben, soll er, nach Angabe der Frau R. gedroht haben, sie wegen des Mordes an ihrem Manne anzuzeigen, so daß sie in zwei Stunden geschlossen abgeführt werden würde. Der Angeklagte sei dann von dem Bräutigam der Frau R. hinausgewiesen worden. Einige Tage später soll der Angeklagte zum zweiten Male bei der Frau R. erschienen sein und die Drohungen wiederholt haben. Hierbei soll er sogar einen Revolver hervorgeholt und den anwesenden Bräutigam der Frau R. bedroht haben.

Vor Gericht bestritt der Angeklagte ganz entschieden erpresserische Absichten gehabt zu haben und behauptete folgendes: Im Frühjahr 1909 sei er auf dem Pferdemarkt in Weißensee von einem in Wünsdorf wohnhaften Verwandten aufgefordert worden, nach Wünsdorf zu kommen, da er dort auf einen Schlag 4—5000 Mark verdienen könne. Er sei dann nach Wünsdorf gefahren und sei dort mit dem Liebhaber der Frau R. in dem „Deutschen Krug" in Verbindung getreten. Es sei ihm dann vorgeschlagen worden, er solle den Ehemann Ruden betrunken machen und dann aufhängen, so daß es den Anschein habe, als habe dieser sich selbst aufgehängt. Die weiteren Verhandlungen hätten sich dann in einem besonderen Zimmer in dem Rudenschen Gasthof abgespielt. Er habe es seinerzeit abgelehnt, sich irgendwie mit dieser Sache zu befassen, habe aber schon damals seiner in Löwenbruch wohnhaften Cousine von dem ihm gemachten Anerbieten erzählt, die sehr empört darüber gewesen sei. Als er dann von dem plötzlichen Tode des R. Mitteilung erhielt, habe er sich jener Vorgänge erinnert und sich entschlossen die Sache näher aufzuklären und dann der Polizei Mitteilung zu machen. Unter dem Vorwande das Stammgut in Wünsdorf kaufen zu wollen, habe er sich Eingang bei der Frau R. verschafft. Diese habe dann, als sie ihn erkannte, sich erst sehr bestürzt gezeigt und ihn dann nochmals zu sich bestellt. Bei dieser zweiten Zusammenkunft sei er von dem anwesenden Bräutigam der Frau R. mit einer Browningpistole bedroht worden, worauf er ebenfalls seinen Revolver gezogen habe. Die beiden hätten dann plötzlich den Spieß umgedreht und ihn, um ihn unglaubwürdig zu machen, der Erpressung bezichtigt. — Rechtsanwalt **Dr. Karl Liebknecht** stellte den Antrag, die Sache zu vertagen und sowohl die Cousine des Angeklagten, wie auch den Kriminalkommissar Nasse I, der in dem zurzeit wieder anhängig gemachten Ermittelungsverfahren gegen die Frau R. tätig sei, und mehrere andere Zeugen zu laden. Das Gericht gab diesem Antrage statt, beschloß aber den Angeklagten, der, falls sich seine Angaben als unrichtig erwiesen, eine hohe Strafe zu gewärtigen habe, wegen Fluchtverdachts in Untersuchungshaft zu nehmen.

Ostelbien in Bayern.

Ein richtiges Junkerstückchen gab Anlaß zu einem Beleidigungsprozeß, der vor dem Schöffengericht Schweinfurt verhandelt wurde. Als Beklagter erschien der **Freiherr Oskar v. Münster, preußischer Major a. D. und Majoratsherr in Euerbach in Unterfranken,** als Beleidigter der **Volksschullehrer Mantel** von dort. Der Majoratsherr ist Patron der dortigen katholischen Schule und hat als solcher die Baulast am Schulhaus, welcher Verpflichtung er aber sehr mangelhaft nachkam, so daß wiederholt zwischen ihm und dem Lehrer Differenzen entstanden. Die Spannung zwischen beiden artete derart aus, daß der Freiherr dem Gutspersonal untersagte, den Lehrer zu grüßen, und ihn auch mehrmals, mit der Reitpeitsche in der Hand, beschimpfte. Da der Lehrer befürchtete, daß es schließlich einmal zu Tätlichkeiten kommen könne, ließ er dem Freiherrn durch den Bürgermeister sagen, in Zukunft werde er Mitgliedern der freiherrlichen Familie den Zutritt zum Schulhause nur noch in Begleitung des Bürgermeisters gestatten. Als dann dem Patronat vom Bezirksamt die Auflage gemacht wurde, verschiedene Bauarbeiten im Schulhause ausführen zu lassen, schickte der Freiherr die Handwerker während des Schulunterrichts, der Lehrer aber erklärte, daß er die Räume erst nach dessen Beendigung zur Verfügung stellen werde. Als dies dem Herrn v. Münster gemeldet wurde, geriet sein blaues Blut so ungeheuer in Wallung, daß er auf der Schloßterrasse schrie: **„Der Hund, der Sauhund, haut ihn in die Fresse! Der Kerl gehört übergelegt und ausgehauen, daß ihm der A.... kracht!"** Am gleichen Tage schickte er an das **Bezirksamt Schweinfurt ein Schreiben,** worin er unter beleidigenden Ausfällen auf den Lehrer dessen „energische Maßregelung" forderte. Der Bezirksamtmann beantwortete diese Zumutung durch einen Strafantrag, den er als vorgesetzte Behörde des Lehrers gegen den feudalen Schulpatron stellte. Dieser wurde zu 150 M. Geldstrafe und zu den Kosten verurteilt. Außerdem wird das Urteil 8 Tage lang an der Amtstafel in Euerbach angeschlagen.

Theater.

Donnerstag, 30. November 1911:

Anfang 7½ Uhr.

K. Opernhaus. Der Rosenkavalier
K. Schauspielhaus. Die Quitzows.
Deutsches. Turandot.
Haverland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Von Meran zum Ortler.
Kammerspiele. Die Kassette.
Berliner. Die Ahnengalerie.
Lessing. Glaube und Heimat.
Komische Oper. Der Freischütz.
Neues Schauspielhaus. Alt-Heidelberg.
Neues. Das Mädel von Montmartre.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Neues Operetten. Die moderne Eva.
Kleines. Lottchens Geburtstag. Gentz und Fanny Elßler. Hockenjos.
Schiller O. Wilhelm Tell.
Schiller-Charlottenburg. Madame Sans-Gêne.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Kean.
Königgrätzer Straße. Spielereien einer Kaiserin.
Rose. Die Barbaren.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Westen. Die Dame in Rot.
Lustspielhaus. Die Vergnügungsreise.
Trianon. Mein Baby.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Luisen. Baronesse Claire.
Casino. Der selige Hollschinsky.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung. Das Kind der Firma.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Anfang 8½ Uhr.

Neues K. Opernhaus. Gespenster.
Folies Capriee. Kobi Krach. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Noack. Die Geyer-Wally.
Voigt. Ehrliche Arbeit.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Geographie und Liebe.
Belle-Alliance. Narrenspiel.
Intimes. Der Brandstifter.

* * *

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.
Kaiser-Panorama. Wanderung in den Salzburger Alpen. Reise in Palästina.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Freitag, abends 8 Uhr:
Maskerade.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartüff.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.
Freitag, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Sonnabend, nachm. 3½ Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Ahnengalerie.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Spielereien einer Kaiserin.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Mädel von Montmartre.
Crevette: **Fritzi Massary.**
Sonnt. 3½ Uhr: **Der fidele Bauer.**

Neues königl. Opern-Theater.
Heute ½9 Uhr: **Gespenster.**
Abonnements-Vorstellung.
Gastspiel Rosa Bertens.

Theater des Westens.
Nachmittags 4 Uhr:
Max und Moritz.
8 Uhr: **Die Dame in Rot.**
Sonnt. 3½ Uhr: **Ein Walzertraum.**

Luisen-Theater.
Donnerstag und Freitag 8 Uhr:
Baronesse Claire.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Max und Moritz.**

Belle-Alliance-Theater.
Heute abend 8½ Uhr:
Narrenspiel.
Sonnabend nachmittags 4 Uhr:
Aschenbrödel.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Von Meran zum Ortler.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.
8 Uhr: **Kean.**
Gastspiel **Ferdinand Bonn.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Schwank in 3 Akt. v. Kéroul u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Baeckers.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Barbaren.
Lustspiel in 4 Akten v. H. Stobitzer.
Freitag: **Die Barbaren.**
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **1001 Nacht.** Abends 8 Uhr zum erstenmal:
Die größte Liebe. — **(Der Lumpenpastor.)**

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Letzter Tag
des komischen Programms.
Morgen Freitag 8 Uhr:
Vollständig neues Programm.
9 Uhr:
Harry Walden
in Brettlkönig.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das beste Programm der Berliner Varieté-Saison!
Claire Waldoff
mit neuen Schlagern.
Menô
Telepat. Phänome.
The Black cats
engl. Backfisch-Ens.
und die 10 glänzenden Varieté-Nummern.

Passage-Panoptikum.
Nur noch kurze Zeit!
Die himmlischen Zwillinge
zusammengewachsen.
Lebend zu sehen!
Ohne Extra-Entree.

Castans Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Corso-Varieté.
Große Sehenswürdigkeit Berlins.
Der sprechende Ueberhund.
Zaubervorstellung.
Zwei Vorstellungen.
Entree 50 Pf.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
Sonntag nachm. 8 Uhr: Francillon.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Heute: Gastspiel in
Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Ehrliche Arbeit.
Volksstück mit Ges. in 5 Bildern von Heinrich Wilken.
Musik von Bial und Holländer.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8½ Uhr.

Freie Volksbühne

Lessing-Theater Björnson: **Wenn der junge Wein blüht.**	**Neues Schauspielhaus** Lessing: **Nathan der Weise**
Thalia-Theater John Galsworthy: **Der Zigarettenkasten.**	**Residenz-Theater** Emil Augier: **Die arme Löwin.**
Abendabteilungen Jerschke: **Büxl.**	**Herrnfeld-Theater** Wied: **2×2=5.**

Für die **Nachmittags-Mitglieder** sind in den Abendabteilungen an den **Montagabenden** im **Neuen Schauspielhause** Karten a Mk. **1.30** zu haben.

Neue Mitglieder können sich in allen **Zahlstellen melden** für die **Nachmittags- und Abendabteilungen.** 212/2

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

WINTER-VELODROM

SPORTPALAST Potsdamer Str. 72.

Donnerstag, den 30. November:

:: Sensation des Tages ::

Match in drei Läufen

Ellegaard-Stol-Hoffmann

und andere

Internationale Radrennen.

Beginn 8½ Uhr abends.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstrasse
Eis-Arena.
Von 10 Uhr an geöffnet.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Um 5½ Uhr:
Das Weihnachtsmärchen
Schneewittchen
Abends
Das prachtvolle Eisballett:
Alpenzauber
Die kleine Charlotte
Apachentänze — Pushballspiel.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr an halbe Preise.
Restaurant ersten Ranges.

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma.
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße nahe Jannowitzbrücke.
Vom 16. Nov. bis 1. Dez. abends ½8 Uhr: **Das Riesen-Weltstadt-Programm.**
Berlin in Asien
u. die erstklassigen Spezialitäten.
Sonntag Anfang ½6 Uhr.

Zirkus A. Schumann
Heute abend 7½ Uhr:
Les Bristores in ihren unerreichten Leistungen. **Luis Hardt,** genannt: Der Knabe Samson. **De Marlos:** „Im Froschparadies" sowie die übrigen Attraktionen.
9½ Uhr: Die große Feerie in 5 Bildern
1000 Jahre
auf dem **Meeresgrund**
nach Motiven aus 1001 Nacht.
Morgen Freitag **Anf. 8 Uhr:** Aufführung des Deutschen Theaters. Zum erstenmal:
Jedermann.
Sonntag, 3. Dezember: 2 große Vorstellungen.

Union-Theater
Direktion: Willy Cremer.
Der Spreewald
mit seinen prächtigsten Partien bildet den stimmungsvollen Rahmen in dem Aufsehen erregenden Lichtkunstspiel.
„Der fremde Vogel"
Eine Liebestragödie in 3 Akt. mit
Carl Clewing
vom königl. Schauspielhaus, Berlin, und
Asta Nielsen
die „Duse der Kino-Kunst" in den Hauptrollen.
Vorführung **täglich** in allen 5 Etablissements im Anschluß an die unvergleichlichen Kunstprogramme

---

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 3. Dezember: **Muttersegen.** Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Karl Friedrich.
Montag, 4. Dezember: **Der Fluch der bösen Tat.** Lustspiel in drei Akten von Hans Hochfeldt.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Gastspiel
Robert Steidl.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Zirkus Busch
Donnerstag, 30. Novbr., 7½ Uhr: Die gr. Sensation der Neuzeit!
Pignol m. seinem tollkühnen **Todessprung.**
Karl Hagenbecks **Menschen-Affen**
Herr **Georg Burkhardt**-Foettit, Schulreiter. Herr **Ernst Schumann,** Meisterdressuren. **Drei Schwestern Blumenfeld,** Reitkünstlerinnen. — **Finlay-Trio.** Zwergclown **Francois.**

U20 Origin.-Ausstattungsstück des **Zirkus Busch** in 5 Bildern.

Die letzten :: vier Tage! ::
Ausstellung Nordland
Kurfürstendamm 151
nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg.
Vorführungen:
4½, 6½ und 9 Uhr.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Die Geier-Wally.
Schauspiel in 5 Akten v. Hildebrandt.
Anfang 8½ Uhr. Bons usw. gültig.
Sonnabend: **Berlin wie es weint und lacht.**

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis Donnerstag, 7. Dezbr.:
Der selige Hollschinsky.
Freitag, 8. Dezember Premierenabend
Der Kampf ums Dasein.
Sonnt. 3½ Uhr: **Haß und Liebe.**

Folies Capriee.
Abends 8½ Uhr:
Nr. 14.
Kobi Krach.

Concordia-Festsäle.
Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
64 Andreasstraße 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
d. allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Fanther
Morgen:
An der Grenze
Lustspiel in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Nißles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
bei freiem Entree. **C. Nißle.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

SARRASANI

kommt!

Schöner, größer, reicher denn je.

Schönster, größter, reichster Circus in **Europa!**

Berlin, Schönhauser Allee — Teleph. Amt Norden 4100.

MAGGI's Bouillon-Würfel der beste!

5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin I.

Bureau: Sebastianstr. 37/38. Telephon Amt IV, Nr. 9737.

Nachdem am Mittwoch, den 22. November, der Streik für die gesamte Damenkonfektion beschlossen ist, **fordern wir alle in der**

Damenkonfektion, Musterkonfektion

und in Damenkonfektions-Ateliers

beschäftigten Kollegen und Kolleginnen **auf, die Arbeit einzustellen,** gleichviel ob sie Maß- oder andere Privatarbeit anfertigen. In der Musterkonfektion ist auch da die Arbeit einzustellen, wo mit den Arbeitgebern Tarifverträge abgeschlossen sind. Der Streik richtet sich nicht gegen die Meister, **sondern gegen die Unternehmer und ist gemeinsam mit den Meistern zu führen.**

Die Streikenden haben sich täglich **zweimal** in folgenden Lokalen in der Zeit von **vormittags 9—11 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr** zu melden:

Wedding: bei **Prepernau,** Pasewalker Str. 3, Amt Moabit 8829,
Gesundbrunnen: Franz Bähr, Badstr. 44, Amt Moabit 2448,
Norden: Swinemünder Str. 42, **Swinemünder Gesellschaftshaus,** Amt Norden 4976,
Norden: Grunze, Schönhauser Allee 156, Amt Norden 1139,
Nordosten: Rosenberg, Langendeckstr. 1, Amt Königstadt 4358,
Osten: Germaniabrauerei, Frankf. Allee 53, Amt Königstadt 6596,
Osten: Krugmann, Kl. Andreasstr. 10, Amt Königstadt 11081,
Südosten: Manzei, Reichenberger Str. 16, Amt Moritzplatz 11724,
Zentrum: Wegener, Seydelstr. 30, Amt Zentrum 9248,
Westen und **Schöneberg: Rickert,** Steinmetzstr. 36 a, Amt Lützow 6726,
Charlottenburg: Tatt, Grolmannstr. 51, Amt Charlottenburg 9536,
Moabit: Schröder, Stromstr. 36, Amt Moabit 7656, 166/5
Rixdorf: Keckegel, Reuterstr. 62, Amt Rixdorf 903.

Als Ausweis, daß jeder sich Meldende auch **bis dato in Arbeit** gestanden hat, gilt der letzte Lohnzettel oder das Krankenkassenbuch.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen:

Tischler, Bezirk Schöneberg.

Donnerstag, den 30. November, abends 8¼ Uhr,
Neue Rathaussäle in Schöneberg, Martin-Luther-Str. 69.

Tagesordnung: 93/5

1. Bericht von den beiden letzten Generalversammlungen. 2. Beschlußfassung über Abhaltung eines Wintervergnügens. 3. Verbandsangelegenheiten.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

und verwandter Berufsgenossen

Zahlstelle Berlin.

Geschäftsstelle: O. 54, Mulackstr. 10 I. Fernsprecher: Amt Norden, 4518

Sonntag, den 3. Dezember 1911, vormittags ½10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Die Reichsversicherungsordnung. Referent: Arbeitersekretär Genosse **Peterhansel.** Verbandsangelegenheiten.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.

44/20* **Die Ortsverwaltung.**

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre. S. und SW.: Hermann Werner, Greifenhagenstr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hackelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Wedding: J. Hönisch, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und **Oranienburger Vorstadt:** Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow und **Schönbrück:** Heinrich Brose, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf und **Falkenberg:** Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenheimerstraße 1
Eichwalde: Oskar Mahle, Studenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Fredersdorf-Petershagen: E. Höselbarth, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: H. Bernice, Albrechtstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Werkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Rüter, Rödelstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Wartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf: P. Hetzberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weinert, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Ley, Wolterstraße.
Nieder-Schöneweide: Gehrt, Britzerstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Zappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Ritzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** R. Gurich, Prenzlauerstr. 56, Laden.
Rixdorf: M. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden; Rohr, Siegfriedstraße 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und **Falkenhagen:** Köppen, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 15.
Tempelhof: Franke, Berliner Straße 76, Laden.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Weißensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Wilmersdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 26.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Hüttig, Zeuthen, Dorfstr. 15.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

Freitag, den 1. Dezember 1911, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, großer Saal:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen für die modernen Gewerkschaften. Referent: Genosse Redakteur **Dümmig.** 2. Tarifangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

H. Esders & Dyckhoff

an der Petrikirche — Gertraudtenstraße 8/9 — an der Petrikirche

Herren- und Knabenkleidung

Einen großen Posten Winter-Loden-Joppen

7.50 9.90 12.50 17.00 und höher

Einzelne Hosen — **Moderne Westen**

3.50 4.50 5.25 6.90 8.50 9.90 — 2.75 3.50 4.50 5.50 u. höher

Mein Kind, vergiß nie den „HUMOR",
Denn sonst kommt Dir das Leben
So ungeputzt und schmutzig vor,
„Glanz kann „Humor" nur geben".

Humor

Putzt alle Metalle

sauber und geruchlos.

Ueberall zu haben in **Flaschen** von 10 Pf. an.

Humor-Werke G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Pracht-Säle Alt-Berlin

Blumenstraße 10 — **Neben dem Residenz-Theater** sind die besten

Versammlungssäle des Ostens.

Im neuerbauten Theater-Saal täglich: 621L*

Konzert, Theater und Spezialitäten.

Spottbill. Vorderw. m. Zub. Ein- u. Zweiz., 22 u. 29 M. Steglitz, Herderstr. 5.

Seltene günstige **Kaufgelegenheit**

für **Weihnachten**

Eine **Partie imit. Perser**

Teppiche

getreue Kopien echter Perser

von wunderbarer Farbenpracht **auf beiden Seiten benutzbar.**

Ungefähre Größe

90×185 cm	M. 3,75	(früher 6.00)
130×200 „	„ 5,50	(„ 8.25)
160×230 „	„ 8,75	(„ 12.75)
200×300 „	„ 12,75	(„ 18.50)
250×350 „	„ 21,50	(„ 28.50)
300×400 „	„ 28,50	(„ 39.00)

Pass. Bett- u. Pult-Teppiche Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 M.

1 Posten reichgestickter

Plüschportieren

pro Fenster M. 6,85 (bish. M. 8,75)

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158

Habe nirgends Filialen!

Weihnachts-Extraliste und Katalog

enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis und franko.

Stoffe

Damentuche für elegante Kleider, Paletots 2c., Mtr. 2,50, 3,50, 4,50 M. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis der Petrikirche.

Ein Weihnachtsgeschenk

das Nutzen mit Freude verbindet

SINGER

Nähmaschinen nähen, sticken und stopfen.

SINGER

Nähmaschinen erhielten in Turin 1911 wieder 2 Höchste Preise.

SINGER Co.

Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie!

Donnerstag, den 30. November 1911, abends 8 Uhr,

finden für

alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bei Firmen arbeiten, die als Mitglieder des Verbandes Berliner Metallindustrieller in Betracht kommen,

in folgenden Lokalen

Versammlungen

statt.

Bockbrauerei, Chausseestr. 64.
Sachon, Müllerstr. 136.
Kösliner Hof, Kösliner Str. 8.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142 (beide Säle).
Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Borussia-Säle, Ackerstr. 6/7.
Voigt-Theater, Badstr. 58.
Eichborn-Säle, Eichbornstr. 60 in Reinickendorf.
Borsigwalder Festsäle, Borsigwalde.
Armininshallen, Bremer Str. 70/71.
Vergnügungspark, Tegeler Weg 74/75.
Schweizer Garten, Friedrichshain 29/30.
Elysium, Landsberger Allee 40.
Bockers Festsäle, Weberstr. 17.
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
Mörners Festsäle, Koppenstr. 29, früher Keller.
Litfins Festsäle, Memeler Str. 67.
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 152.
Markgrafensäle, Markgrafendamm 34.
Drachenburg, Vor dem Schlesischen Tor 2.
Urania, Wrangelstr. 10.
Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96.
Berchts Festsäle, Ritterstr. 75.
Gliesings Festsäle, Wassertorstr. 68.
Dräsels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.
Sophiensäle, Sophienstr. 17/18 (kleiner Saal).
Königshof, Bülowstr. 37/40.
Oeffs Festsäle, Hauptstr. 5, Schöneberg.
Gesellschaftshaus d. Westens, Hauptstr. 30/31.
Neue Rathaussäle, Martin-Lutherstr. 69.
Oberschöneweide: **Mörners Blumengarten,** Westendstr. 24.
Wildau: **Wildauer Hof,** Schumann.
Lichtenberg: **Paul Schwarz,** Möllendorffstr. 25.
Weißensee: **Prälaten,** Lehderstr. 122.
Tempelhof: **Wilhelmsgarten,** Berliner Str. 9.
Rixdorf: **Hoppes Festsäle,** Hermannstr. 49.
Hennigsdorf: **Brose.**
Charlottenburg: **Volkshaus,** Rosinenstr. 3 (kleiner Saal).
Spandau: **Tivoli** (Borchert), Seeburger Str. 26.
Tegel: **Trapps Festsäle,** Bahnhofstr. 1.

In der **Kronen-Brauerei,** Alt-Moabit 48, findet je eine Versammlung um 4 Uhr und 5½ Uhr statt. | In **Hennigsdorf** findet die Versammlung bei Brose um 6 Uhr statt.

Tagesordnung:

1. **Bericht über die gegenwärtige Situation in der Metallindustrie.** 2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist Ihre Pflicht, für einen zahlreichen Versammlungsbesuch zu sorgen.

Erscheint in Massen! — Niemand darf fehlen!

152/4

Das Zentralkomitee. J. A.: Adolf Cohen, Charitéstr. 3.

---

18. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 29. November 1911, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

169 75 [3000] 206 61 510 421 533 **1**113 83 405 580 704 873 **2**036 873 [3000] 422 541 516 764 950 **3**196 267 81 880 830 87 709 833 96 933 **4**323 583 676 759 886 **5**069 200 82 808 89 65 641 [500] 775 961 **6**019 57 305 940 [500] **7**035 35 77 111 266 802 423 63 523 06 [500] 068 **8**074 116 97 256 81 850 923 44 68 **9**080 290 381 [1000] 426 638 610 828 904

10805 7 56 09 305 88 432 24 36 684 736 53 **11**095 97 208 75 386 470 639 45 63 866 700 836 60 **12**019 46 96 [500] 205 09 [3000] 464 541 693 704 865 979 **13**079 289 [1000] 382 93 400 83 533 53 768 911 **14**083 143 [500] 835 26 361 614 42 721 79 873 983 **15**310 538 707 19 918 [1000] **16**115 79 537 43 713 813 938 64 **17**085 97 161 299 301 410 26 538 718 50 80 **18**072 210 469 83 699 784 55 971 **19**057 [500] 64 272 416 82 78 844 [3000] 98 757 833 69 74 917

20179 206 77 314 640 684 768 86 611 17 90 972 **21**007 35 271 95 473 616 770 629 942 98 **22**069 130 202 469 94 636 711 66 825 **23**072 80 443 86 [1000] 540 [3000] 612 85 75 720 72 804 9 **24**007 39 55 103 65 278 300 739 **25**048 83 89 93 127 266 467 512 28 683 98 907 **26**040 [1000] 129 231 76 600 30 [500] 648 712 [500] 15 836 70 941 69 **27**040 [500] 209 407 504 78 659 804 **28**143 74 230 97 466 946 **29**198 303 353 418 27 95 500 630 37 97 827 54 901

30111 [500] 298 718 90 871 939 63 **31**344 422 94 689 846 978 [3000] **32**079 263 514 601 7 34 73 683 94 010 80 **33**140 219 64 [500] 75 804 77 85 [3000] 679 791 983 **34**182 270 316 416 507 39 [500] 809 712 835 45 50 967 **35**038 157 86 246 55 722 850 941 **36**122 265 66 93 428 829 856 **37**072 [1000] 112 29 47 60 360 524 683 784 879 949 **38**074 [500] 127 79 309 32 55 432 54 606 40 53 839 48 **39**024 107 [500] 27 [1000] 47 75 [500] 288 338 401 625 617

40057 286 448 583 [3000] 790 [500] 917 86 [500] 49 73 **41**117 22 [3000] 98 [3000] 280 385 467 616 24 49 671 935 [500] 66 **42**017 [3000] 71 200 697 704 92 94 915 63 **43**182 317 62 476 90 899 697 710 74 **44**065 163 420 66 575 613 [1000] 703 950 **45**008 20 [500] 184 64 423 716 **46**047 56 260 90 335 416 [500] 79 585 916 57 60 **47**071 267 500 51 90 676 737 62 71 90 875 **48**076 338 49 461 072 74 010 925 **49**008 7 855 542 028 862 908 87

50045 62 614 **51**040 101 233 304 69 661 758 73 612 **52**000 669 [1000] 752 [500] 60 902 62 **53**019 31 150 329 90 409 03 83 [500] 560 78 788 95 **54**087 379 [1000] 457 664 768 800 **55**032 100 229 550 95 761 75 835 79 **56**054 [1000] 91 408 769 **57**088 [500] 95 190 223 508 76 547 **58**041 164 209 402 907 14 89 66 607 628 [3000] **59**023 189 369 462 841 [1000] 696 760 933

60020 119 62 230 399 404 579 697 760 802 974 [1000] **61**061 52 178 310 611 80 905 40 **62**083 114 303 [500] 24 66 391 401 740 944 09 **63**607 83 683 703 911 95 **64**009 34 64 337 48 822 515 47 654 723 [500] 883 [500] 901 76 **65**011 193 674 78 715 **66**043 224 308 63 530 50 611 63 703 77 975 **67**024 33 335 [500] 238 358 444 575 [500] 600 31 56 [500] 60 746 983 **68**023 193 202 50 64 341 433 688 914 **69**034 127 [500] 57 80 99 [500] 206 38 617 [500] 36 742

70027 81 93 104 96 340 457 602 **71**120 206 303 48 [1000] 534 720 84 978 **72**002 [1000] 62 106 66 308 42 410 47 650 799 869 **73**015 177 309 37 987 **74**350 [15000] 471 670 677 **75**232 [3000] 51 746 78 838 44 50 90 908 58 **76**005 46 110 416 [1000] 29 85 770 [3000] 814 **77**316 24 466 620 894 **78**483 576 820 59 948 **79**003 17 19 37 184 [500] 239 500 37 751 83 839 98 938

80109 265 83 334 446 61 641 71 749 85 **81**068 67 83 209 94 380 526 40 63 615 705 906 **82**094 159 [1000] 215 54 [3000] 340 67 698 735 **83**123 45 180 [500] 206 097 828 **84**008 126 209 660 608 718 832 24 35 66 63 78 97 **85**302 4 41 [500] 346 69 [500] 510 777 **86**132 92 302 562 [500] 654 709 25 [3000] 40 807 28 920 29 48 **87**140 [500] 297 [500] 696 724 821 65 **88**090 113 48 218 [1000] 22 57 467 77 [500] 606 951 **89**226 96 881 645 720 46 045 [500]

90077 84 [500] 193 306 40 89 498 [500] 655 602 730 97 **91**048 [500] 106 234 300 30 31 76 636 803 43 932 **92**072 300 65 67 646 702 87 825 87 906 **93**122 273 98 90 456 65 683 [500] 832 961 **94**116 22 551 [3000] 970 053 65 905 **95**141 49 236 465 62 690 **96**033 65 208 97 420 935 87 **97**111 219 501 412 [500] 25 567 [3000] 665 703 11 49 818 923 45 [3000] **98**102 52 93 339 77 649 876 [3000] **99**003 61 599 629 742 619 30 66

100000 64 75 247 436 [1000] 68 86 687 710 13 96 [500] 805 53 990 **101**069 110 254 394 99 421 70 512 57 [500] 82 648 704 **102**139 [5000] 97 [3000] 245 319 441 732 824 86 [500] 73 949 57 **103**101 42 403 [500] 31 822 870 739 660 960 **104**060 86 123 47 57 66 [3000] 76 244 73 490 [500] 94 [3000] 684 646 788 683 [1000] **105**012 56 586 643 762 73 939 **106**043 121 301 481 986 706 30 [500] 88 [500] **107**157 46 819 400 884 803 26 36 56 **108**009 21 332 48 443 69 96 506 26 94 718 834 **109**099 012 21 36 63 [500] 73 631 878 938 99 [500]

110063 247 [500] 887 689 71 92 916 **111**069 218 69 [1000] 301 13 16 880 833 **112**006 [500] 185 300 32 90 397 415 698 698 762 68 962 **113**113 26 36 451 73 516 33 826 **114**029 333 88 819 673 90 726 823 35 **115**001 121 538 809 925 **116**246 74 302 409 543 743 85 844 918 **117**324 486 [500] 96 737 90 **118**079 [500] 158 391 611 61 **119**113 [1000] 39 474 593 52 718 80 91 98 934

120068 191 273 584 [500] 65 740 52 870 [1000] 922 **121**096 198 411 52 648 91 784 **122**165 909 22 472 551 **123**047 118 41 64 [500] 301 71 428 61 641 704 **124**033 101 61 674 673 860 [5000] 953 **125**050 161 347 74 77 [3000] 520 682 97 966 **126**040 54 78 94 182 304 416 51 544 67 628 747 58 [500] 943 **127**830 65 533 40 783 868 903 [500] 70 **128**066 109 55 90 309 36 73 06 484 [500] 528 [3000] 87 [1000] 662 [500] 60 721 841 983 37 70 78 98 **129**463 307 026 36

130069 104 316 63 410 590 611 29 69 746 70 78 966 93 **131**033 435 37 532 619 728 923 **132**229 312 519 689 747 79 [3000] 985 **133**002 5 215 66 86 317 447 [3000] 697 639 **134**028 71 150 69 201 398 477 687 850 943 93 **135**061 105 14 73 91 422 806 18 510 025 63 **136**152 378 670 869 930 **137**021 33 94 222 634 **138**186 201 486 76 803 [3000] 97 789 807 15 55 919 84 **139**416 681 [3000] 79 974

140074 93 320 604 776 997 **141**081 286 846 466 99 506 [1000] 88 642 554 90 932 43 **142**241 54 330 82 471 511 793 97 808 18 **143**094 375 450 688 801 69 905 **144**047 87 353 463 524 31 [500] 606 [500] 747 **145**106 [500] 41 560 [500] 86 333 [500] 65 918 **146**189 219 [5000] 21 65 573 616 60 787 99 691 912 **147**192 202 813 [500] 752 [10000] 87 [500] 803 909 **148**435 63 568 611 36 [1000] 789 **149**020 73 81 [500] 188 288 90 [500] 407 667 738 59 970

150176 307 420 644 94 987 [500] **151**115 349 [500] 63 579 690 729 30 **152**144 56 327 832 962 98 **153**001 [500] 133 319 66 97 711 **154**033 198 [500] 308 410 529 50 730 899 907 [1000] 10 97 **155**114 32 234 30 865 564 764 **156**090 156 65 72 396 42 625 723 840 90 **157**298 442 520 [1000] 29 604 44 711 800 90 929 **158**083 333 403 501 54 [500] 616 703 **159**033 156 376 407 531 60 933 64 65

160131 231 388 573 [500] 629 722 89 **161**090 331 65 454 501 41 636 47 937 49 74 **162**043 150 243 [500] 69 327 87 468 66 543 73 96 676 62 765 661 [500] 84 918 95 **163**121 63 209 386 706 74 87 899 907 **164**186 219 [500] 36 65 519 47 618 909 38 **165**102 73 307 18 27 [1000] 28 67 [1000] 70 77 94 99 659 62 946 50 **166**280 [500] 95 507 614 711 42 907 **167**044 45 158 86 546 666 717 828 [500] **168**062 [3000] 101 97 [500] 316 [1000] 577 691 873 **169**311 69 [1000] 603 87 [1000] 65 009 65

170061 187 613 **171**227 333 61 680 62 051 **172**068 121 253 387 490 583 78 [1000] 833 030 **173**023 68 93 143 247 361 [3000] 445 519 68 742 843 65 933 90 **174**034 328 770 808 [500] **175**403 22 72 601 786 898 936 [3000] **176**084 165 230 343 460 71 576 61 691 [1000] 707 30 66 810 09 **177**023 113 99 307 9 [1000] 07 456 79 501 24 65 630 83 977 949 **178**057 [1000] 281 467 677 735 51 859 **179**060 154 [3000] 287 497 [500] 501 [500] 16 96 712 87 68 837

180111 78 380 499 589 624 886 903 **181**009 [500] 17 101 58 290 370 87 402 684 90 [1000] 755 **182**216 303 16 31 635 684 880 **183**166 94 [500] 234 [1000] 39 342 428 [500] 68 73 615 732 845 [500] 56 89 902 57 **184**073 294 637 68 93 681 726 834 **185**013 214 90 332 416 569 646 68 723 **186**071 235 60 406 898 [1000] **187**036 315 460 77 780 [10000] 82 74 818 25 **188**063 59 106 204 378 665 654 81 720 29 689 **189**015 98 244 330 60 403 697 799

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 300000 M., 2 Gewinne zu 500000, 2 zu 40000, 2 zu 30000, 4 zu 15000, 18 zu 10000, 32 zu 5000, 415 zu 3000, 674 zu 1000, 1136 zu 500 M.

18. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 29. November 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

0 298 [500] 351 437 [500] 728 800 84 67 988 **1**009 16 257 [1000] 477 567 626 [3000] 791 826 [500] 964 **2**029 444 01 553 [500] 702 810 666 **3**047 144 268 418 539 709 819 91 **4**287 [500] 316 52 406 626 684 800 **5**225 80 [500] 819 21 630 [500] 78 888 **6**088 429 73 830 93 684 [500] 841 62 910 [500] 74 87 [500] **7**058 117 [3000] 86 262 [1000] 364 423 26 616 702 10 864 026 90 **8**052 101 235 96 357 407 674 930 **9**003 12 198 262 86 313 460 617 712 83 57 66 898

10021 119 389 839 [500] 86 787 87 901 **11**044 [3000] 107 8 29 63 [3000] 313 610 64 670 774 897 **12**049 133 [1000] 237 76 343 461 517 616 758 92 674 966 66 [500] 71 **13**342 422 07 69 523 610 778 **14**087 137 288 317 77 435 58 740 [3000] 819 86 **15**083 183 286 356 601 39 90 786 861 **16**103 71 268 667 661 71 896 **17**362 53 406 73 80 584 **18**151 416 603 16 781 987 **19**174 231 363 484 877 780 960

20219 69 852 639 761 923 **21**008 238 389 478 626 764 71 98 916 **22**029 235 324 461 [1000] 89 809 729 852 930 79 **23**068 190 [500] 211 450 515 24 669 [1000] 818 31 903 27 **24**000 148 [1000] 270 342 60 [500] 498 811 63 90 810 64 947 **25**069 111 94 405 723 89 **26**005 163 683 92 766 **27**112 [500] 313 [1000] 400 66 93 500 67 684 723 45 969 **28**488 385 592 788 972 **29**026 211 38 76 314 464 [500] 519 89 95 643

30175 [1000] 89 306 687 77 828 49 **31**209 65 303 460 680 713 18 61 69 **32**017 65 184 458 807 [1000] 981 41 61 **33**061 210 30 350 436 666 [3000] 83 646 95 811 **34**094 302 509 689 640 [1000] 907 [1000] **35**040 277 [500] 97 810 483 537 75 636 [1000] 765 861 **36**069 103 79 319 466 76 82 510 59 644 766 800 **37**130 244 386 [500] 485 650 883 **38**051 307 485 613 59 647 65 607 **39**065 94 150 204 361 93 489 560 712 854 922

40060 237 495 844 66 84 [500] 624 [500] 56 [500] 983 63 **41**002 102 16 52 96 363 439 633 62 615 13 73 719 26 847 60 **42**263 329 87 612 13 92 730 80 931 **43**024 239 840 704 15 907 **44**119 49 237 [500] 52 441 54 528 663 70 89 782 888 910 42 **45**042 62 303 216 34 61 436 50 653 709 616 66 **46**444 671 [1000] 665 **47**042 109 10 67 94 216 70 83 416 75 825 45 629 93 876 88 **48**006 49 97 298 544 415 555 723 65 656 097 **49**163 70 420 749 980 81

50106 [500] 25 27 [3000] 65 201 548 447 [1000] 567 746 47 **51**097 230 43 415 65 890 665 792 842 68 [500] 025 53 90 **52**229 458 **53**119 44 290 [500] 442 687 [3000] 881 919 **54**044 231 606 16 807 96 **55**001 6 122 202 466 558 644 812 63 [500] 78 **56**001 121 45 [3000] 702 44 [1000] 914 [500] **57**080 [1000] 169 365 16 484 802 900 71 **58**016 [1000] 61 [500] 189 95 437 [3000] 41 798 823 **59**072 172 [1000] 308 838 400 533 57 68 [1000] 838 [500] 745 83 835 933 87

60042 564 464 563 625 807 906 **61**096 274 472 616 58 71 [500] 787 961 901 24 46 **62**030 [500] 96 174 216 25 77 302 16 83 423 50 [500] 99 645 904 **63**048 641 794 883 924 **64**108 85 102 25 37 48 626 84 687 732 60 840 [3000] **65**038 282 462 686 [3000] 892 953 50 84 **66**016 [500] 317 90 416 [500] 617 732 71 624 **67**437 96 840 705 941 **68**051 325 375 487 78 503 841 086 **69**041 53 711 302 838 998

70270 71 93 [500] 384 81 408 60 [500] 699 699 783 810 81 66 923 **71**088 [3000] 161 314 33 56 46 79 92 472 808 81 718 847 [3000] 912 31 **72**100 99 344 68 481 78 898 66 04 731 617 **73**103 44 204 383 71 413 868 923 80 **74**077 [1000] 151 82 247 517 637 50 76 [500] 740 78 [500] 962 **75**250 308 42 [8000] 467 [1000] 786 [1000] 906 [500] **76**278 343 61 64 73 78 607 46 80 [500] 787 918 30 **77**000 39 84 113 81 303 463 65 99 537 615 [3000] 727 39 654 974 **78**200 380 [500] 482 650 [500] 639 801 37 [3000] 57 603 18 43 63 [3000] 83 **79**072 121 39 [1000] 206 [3000] 85 587 412 621 [500] 785 [1000] 045

80046 64 281 [1000] 806 60 63 614 [1000] 45 [500] 637 740 [500] 42 013 **81**198 316 90 468 [500] 601 67 835 96 911 **82**032 74 152 66 [1000] 288 403 04 [500] 638 **83**351 439 79 [3000] 613 30 69 681 767 [500] 800 611 **84**651 735 [500] 819 95 98 947 **85**015 47 76 68 143 66 234 623 783 86 846 808 **86**232 83 [500] 416 538 78 638 752 [3000] 61 837 970 [500] **87**065 71 211 473 651 846 **88**071 159 249 930 581 644 832 68 **89**015 80 126 61 801 434 46 71 620 824 78

90710 61 861 81 909 [1000] **91**100 79 388 454 94 703 71 **92**098 680 625 736 870 **93**100 15 880 [3000] 86 806 34 898 988 [500] **94**249 67 347 77 725 686 076 **95**115 23 232 27 434 **96**125 211 72 470 636 [500] 667 862 969 49 96 **97**000 19 29 76 161 90 203 403 50 65 589 612 59 986 96 **98**005 192 380 404 20 48 59 80 548 762 621 46 946 **99**140 416 515 516 746 872 935

100546 84 647 55 54 726 807 945 **101**232 48 457 628 91 831 916 **102**328 84 199 837 870 718 **103**291 310 479 [3000] 648 787 619 [500] 44 **104**025 61 211 47 353 419 36 820 915 60 **105**133 428 731 030 48 **106**078 87 182 309 461 696 619 818 76 **107**097 133 201 48 59 543 44 402 81 542 44 63 654 798 848 01 048 **108**025 387 418 607 73 863 **109**146 65 237 324 531 697 782 972 [500]

110033 104 866 902 13 **111**118 31 483 608 710 67 901 36 **112**144 233 488 830 61 608 **113**011 88 [1000] 90 471 586 776 830 **114**079 80 215 37 417 38 [500] 613 869 94 06 **115**100 31 90 319 404 543 617 92 984 **116**021 125 40 [500] 394 [3000] 574 [500] **117**100 11 230 [1000] 361 402 4 614 25 91 685 700 27 615 914 57 **118**012 158 06 234 03 316 481 87 788 872 **119**001 223 94 317 88 [500] 415 [500] 607 [3000] 67 60 738 619 97 [500] 905 49 68

120361 68 [1000] 639 56 87 707 **121**187 244 75 507 93 595 636 727 79 892 035 49 65 66 **122**404 27 84 658 099 987 **123**103 61 05 462 600 616 775 023 **124**134 71 77 210 60 83 442 43 81 516 049 702 83 869 904 29 76 **125**017 144 48 322 398 581 615 76 09 615 [500] 60 **126**026 [3000] 60 99 728 31 70 971 [500] **127**016 146 567 01 568 71 [1000] 82 605 959 **128**043 269 95 611 703 5 995 **129**124 [500] 286 540 45 625 908 65

130090 54 92 197 [500] 386 86 663 778 900 **131**241 638 77 782 613 58 941 [500] **132**041 49 180 237 429 75 **133**006 156 280 [500] 303 504 28 833 35 36 716 85 **134**261 78 480 623 768 832 909 71 81 **135**027 46 [1000] 68 [1000] 161 369 888 71 90 **136**245 361 64 693 771 [3000] 947 **137**018 41 137 312 402 637 96 609 912 10 63 **138**009 896 709 [500] 22 76 926 **139**246 51 [500] 411 74 95 660 636 769 90 824

140006 25 [500] 73 140 220 69 423 663 661 739 71 807 **141**181 212 28 70 304 472 604 68 729 69 822 946 **142**036 267 613 641 [500] 869 **143**020 [1000] 201 5 59 340 441 95 [3000] 601 17 46 52 707 37 67 833 [500] 968 **144**035 178 218 93 365 462 69 97 908 **145**593 [1000] 663 **146**074 390 446 572 040 [500] 46 [1000] **147**102 81 470 641 715 78 663 [500] 964 97 **148**330 [1000] 69 418 [1000] 612 17 74 752 921 **149**137 41 44 312 31 835 70 816 [500] 36 75 993

150094 164 65 92 336 863 946 [500] **151**000 5 [500] 63 472 85 575 608 760 931 **152**449 [500] 534 703 860 [1000] 908 11 [1000] **153**132 229 410 89 536 49 660 978 **154**041 [1000] 43 181 212 89 456 68 701 33 62 64 66 864 933 **155**166 315 [3000] 71 61 990 **156**038 81 207 27 38 [500] 363 [3000] 473 644 [500] 60 80 **157**036 234 400 518 59 [3000] 729 47 [500] **158**026 128 [500] 70 68 91 230 317 613 80 000 5 16 77 **159**465 575

160172 90 389 408 610 804 977 [500] **161**107 [1000] 21 308 489 [1000] 003 970 89 [500] **162**036 94 497 634 40 840 608 89 **163**570 [1000] 79 726 51 939 **164**180 601 41 64 873 748 **165**109 246 97 344 68 635 689 [3000] 52 839 83 997 25 68 [1000] **166**109 6 317 09 [3000] 460 862 682 724 63 804 52 984 **167**097 125 43 442 677 64 733 96 820 21 29 **168**020 179 85 218 74 [1000] 499 643 [500] 704 23 93 [500] 659 **169**117 294 389 71 490 [1000] 690 071 90

170073 196 268 75 402 14 89 629 704 **171**021 129 62 209 52 98 553 [3000] 677 768 894 [1000] 917 **172**167 303 81 692 **173**168 69 229 57 336 [500] 400 96 679 615 43 839 33 981 [500] **174**076 186 92 316 47 91 [1000] 412 40 66 70 996 **175**015 69 124 [500] 41 65 460 517 82 96 604 909 **176**102 788 374 661 765 41 91 664 934 **177**036 48 261 948 81 438 744 **178**006 32 201 99 311 [3000] 66 600 65 839 920 **179**019 55 82 195 286 69 [3000] 370 606 861

180106 57 237 93 343 602 20 43 718 61 009 **181**180 [1000] 325 62 [500] 409 561 669 976 **182**105 68 290 323 407 9 542 74 619 69 706 12 **183**099 109 65 262 315 76 446 650 673 95 979 92 [500] **184**138 631 647 [500] 714 884 **185**201 516 766 **186**009 30 39 64 130 249 386 467 601 [500] 14 937 **187**034 359 433 548 639 969 [1000] **188**046 186 [1000] 218 [1000] 36 353 426 37 63 93 [3000] 611 69 800 69 946 **189**193 302 601 654 747 654 [500] 63

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Berliner Parteigenossen im Reichstagswahlkampf.

Der starke Besuch der am Dienstag im 6. Wahlkreise abgehaltenen Versammlungen ist ein Zeichen dafür, daß die Parteigenossen mit dem lebhaftesten Interesse an der Wahlbewegung teilnehmen.

Im **„Swinemünder Gesellschaftshause"** war der Andrang so stark, daß der Saal selbst nach Entfernung der Tische kaum ausreichte, um die Menge zu fassen, die dicht gedrängt den Raum bis in die äußersten Winkel füllte. Der Referent, Genosse Ledebour, beleuchtete einige der wichtigsten Fragen, welche gegenwärtig im Vordergrund des politischen Interesses stehen. Er zeigte, daß es in letzter Linie immer die Ausbeutungsgelüste des Kapitalismus sind, welche der Politik eine volksfeindliche Richtung geben und bei Gelegenheit der Marokkoaffäre uns vor die ungeheure Gefahr eines Weltkrieges gestellt haben. Darum muß es unsere hauptsächlichste Aufgabe sein, hinzuarbeiten auf die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft. In diesem Sinne aufklärend zu wirken unter den leider noch so zahlreichen Indifferenten, dazu bietet der Wahlkampf eine günstige Gelegenheit. In dieser Hinsicht ist auch in dem für uns so sicheren sechsten Wahlkreise noch viel zu tun. Es gilt, nicht nur hier den Sieg mit einer vermehrten Stimmenzahl zu erringen, sondern durch die Beziehungen der Genossen mit anderen Orten die politische Aufklärung hinauszutragen in die weitesten Kreise, damit am Wahltage Abrechnung gehalten werden kann mit der Reaktion und die Sozialdemokratie in ganz Deutschland einen gewaltigen Fortschritt zu verzeichnen hat.

Mehrere Diskussionsredner gaben demselben Gedanken in beredten Worten Ausdruck. — An die zahlreich anwesenden Frauen wandte sich Genossin Matschke. In zündender Rede forderte sie die Frauen, die politisch Rechtlosen, die durch die jammervolle Gestaltung der einst so pomphaft angekündigten Witwen- und Waisenversicherung Verhöhnten auf, sich rege an den Wahlarbeiten zu beteiligen. Auch des Konfektionsarbeiterstreiks wurde in der Diskussion gedacht. Einige Rednerinnen forderten die Genossen auf, darauf zu achten, daß die ihnen bekannten Arbeiterinnen sich am Streik beteiligen.

In **„Cranz' Festsälen"** referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Haberland vor einer dichtgedrängten Zuhörerschar. Aber nicht nur der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, sondern auch auf der Galerie und selbst auf der Tribüne hatten sich zahlreiche Besucher niedergelassen. In besonders großer Anzahl waren die Frauen erschienen, die schon damit dokumentierten, wie groß ihr Interesse an den politischen Tagesfragen ist.

Genosse Haberland hatte denn auch ein dankbares Publikum, als er in trefflicher Weise die Sünden der Reaktion aufrollte und ein knapp umrissenes Bild von der politischen Lage und den bürgerlichen Parteien entwarf. Besonders das Zentrum bot dem Redner Gelegenheit, eine vernichtende Kritik an dieser doppelzüngigen Partei zu üben. Gerade seine, des Redners, Wahl in den Reichstag habe gezeigt, daß weite Kreise, vornehmlich aber Arbeiter, mit dem Verhalten des Zentrums unzufrieden seien und diese Stimmung teils durch Eintreten für die Sozialdemokratie, teils durch Stimmenthaltung zum Ausdruck brachten.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte der Referent: der Umstand, daß der sozialdemokratische Kandidat des 6. Berliner Reichstagswahlkreises sicher gewählt werde, dürfe nicht einschläfernd wirken, vielmehr käme es überall darauf an, eine möglichst große Stimmenzahl für die Sozialdemokratie aufzubringen. Genosse Haberland schloß seinen Vortrag unter dem großen Beifall der Versammelten mit der Aufforderung, bis zur kommenden Reichstagswahl die ganze Kraft einzusetzen, damit am 12. Januar der heutige raktionäre Block zertrümmert und darüber hinaus freie Bahn geschaffen werde zu einer freien, gesunden Entwickelung im Reiche.

Eine kurze Diskussion fand statt, in der Genossin Schulz sich mit eindringlichen Worten an die Frauen wandte. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden, der auch noch auf den Konfektionsarbeiterstreik hinwies, war die Versammlung beendet.

Die Versammlung in Moabit, die in dem großen Saale der **Patzenhofer Brauerei**, Turmstraße, stattfand, war von etwa 1500 Personen besucht. Der Reichstagsabgeordnete Busold-Friedberg hielt einen Vortrag, in dem er die jetzige Stimmung der bürgerlichen Parteien mit der Stimmung verglich, die vor den letzten Reichstagswahlen herrschte. Heute ist der schwarz-blaue Block in tausend Aengsten und fürchtet das Urteil des Volkes über seine Taten mehr denn jemals. Seine volksfeindliche Politik ist zu offenbar geworden, als daß er noch hoffen dürfte, sie vor der Mehrheit des Volkes zu verschleiern. Der Redner kritisierte die Tätigkeit des jetzigen Reichstages und zeigte, welche Anstrengungen die sozialdemokratische Partei machte, um die Rechte der arbeitenden Klasse gegenüber dem Ansturm der Reaktion zu verteidigen; er verweilte dann besonders bei der Reichsversicherungsordnung, deren Mängel und Fehler er bloßlegte. Mehrmals wurde der Redner unterbrochen von stürmischen Beifallsäußerungen. Er schloß mit der Aufforderung, nicht mit einem bloßen Siege unserer Kandidaten zufrieden zu sein, sondern für gewaltig imponierende Stimmenzahlen, die unserer Partei und ihren Bestrebungen gelten, mit allem Eifer zu sorgen. — Zur Diskussion forderte der Vorsitzende die etwa anwesenden Gegner auf, das Wort zu nehmen, aber es meldete sich niemand. Dagegen entspann sich eine Diskussion im Sinne des Referats, an der sich sechs Genossen und eine Genossin beteiligten. Manche Ausführung war leider nur geeignet, den guten Eindruck der Rede Busolds zu stören, wenn auch dieser in seinem Schlußwort sich bemühte, einige Ungeschicklichkeiten zu korrigieren und die gute Absicht der Redner hervorhob, die alle darin einig waren, daß Ledebour im sechsten Kreise mit einer mächtig angeschwollenen Zahl von Stimmen gewählt werden müsse. — Dieser Zuversicht gab auch der Vorsitzende Ausdruck, als er zum Schluß zu unermüdlicher Agitation aufforderte. Mit Hochrufen auf unsere Partei löste sich die Versammlung auf.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Freitag, den 1. Dezember, abends: Handzettelverbreitung von den bekannten Lokalen aus. — Sonntag, den 3. Dezember: Wählerversammlung in den Zelten 4. Referent: Landtagsabgeordneter Ströbel.

Charlottenburg. Wir machen auf die heutige Volksversammlung im Volkshause, Rosinenstr. 3, aufmerksam. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Scheidemann: „Nieder mit den Volksfeinden!" 2. Diskussion. Genossen! Sorgt für Massenbesuch der Versammlung. Der Vorstand.

Steglitz. Morgen, Freitag, abends pünktlich ½9 Uhr, bei Schellhase, Ahornstr. 15a: Mitgliederversammlung. Vortrag des Reichstagsabgeordneten K. Haberland über: Die Zoll- und Steuerpolitik des deutschen Reichstages.

Steglitz-Friedenau. Die diesjährige Jugendschriften- und Wandschmuckausstellung findet am Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags von 2—9 Uhr, und Montag, den 4. Dezember, nachmittags von 3—10 Uhr, bei Schellhase, Ahornstr. 15a, statt. Den Arbeitern, besonders den Eltern, wird der Besuch der Ausstellung dringend empfohlen. Der Bildungsausschuß.

Schönwalde und Umgegend. (Bez. Pankow.) Am Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal von Schulz: Oeffentliche Versammlung. Thema: Lebensmittelteuerung, Kriegshetze und Reichstagswahl. Referent: Richard Küter-Karlshorst. Die Parteigenossen wollen für guten Besuch der Versammlung Sorge tragen. Die Agitationskommission.

Boxhagen-Rummelsburg. Heute Donnerstagabend 8½ Uhr findet im Café Bellevue eine Volksversammlung statt. Genosse Stadthagen spricht über „Teuerung, Kriegshetze und Reichstagswahl". Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Heute, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus", Residenzstr. 1/2: Oeffentliche Versammlung. Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel spricht über: „Der Reichstag des Volksbetruges".

Berliner Nachrichten.

Etwas vom Kalender.

In einer Zeit, in der die neuen Kalender auf den Markt kommen, ist es ganz interessant, sich vor Augen zu führen, wie man vor 150 Jahren über den Kalenderverkauf dachte. Die Herausgabe der Kalender war damals noch ein Monopol der Königlichen Akademie der Wissenschaften in Berlin und dieses Monopol wurde von Friedrich dem Großen durch eine Reihe von Verordnungen geschützt. Vom Jahre 1744 existiert sogar ein wiederholtes Verbot, fremde Kalender in Berlin einzuführen. Nach dieser Verordnung, die sich als eine Wiederholung früherer, z. B. schon im Mai 1700 erlassene Verbote kennzeichnet, wird angeordnet, daß „niemand, des Standes und Kondition er sey, unter was Vorwand, Ausrede oder Entschuldigung es wolle, einigen von Unserer Akademie nicht verlegten und mit deren Stempel nicht bezeichneten Kalender, groß oder klein, er mag Namen haben wie wolle, zu führen, zu haben und zu gebrauchen, noch den auswärtigen dergleichen einzuführen oder darinn öffentlich oder heimlich zu vertreiben, zugelassen seyn solle". Dagegen wird versprochen, daß die Akademie künftig allerhand Sorten dieser Kalender für verschiedene Preise und für protestantische und katholische Untertanen verfertigen werde, und daß diese Kalender in den größeren Orten bei den Buchbindern, in den kleinen Städten bei den Steuereinnehmern zu haben sein würden. Für Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung wurden Strafen von 2 bis 10 Talern oder Gefängnis und Einziehung der verbotenen Kalender festgesetzt, außerdem die übliche Belohnung für Denunzianten. Das Edikt sollte, damit niemand sich mit dem Vorwand der Unwissenheit entschuldigen könne, in den gewöhnlichen Orten durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht und in den von der Akademie herausgegebenen Kalendern abgedruckt werden. Es scheint trotzdem nicht viel geholfen zu haben, denn 1781 kam eine neue Verordnung heraus, wonach das Edikt von 1744 verschärft und die Behörden in Städten, Flecken und Dörfern daran erinnert wurden, daß die Verordnung überall befolgt werde. Abermals wurde hier der vierte Teil des eingetriebenen Geldes für den Anzeigenden in Aussicht gestellt. Bei dieser Gelegenheit wurden aber auch die Buchbinder, die sich unterstehen, die Kalender höher als zum beigedruckten Preise zu verkaufen oder das königliche Edikt fortzulassen, mit einer Strafe von 1 Taler für jeden über den Preis genommenen Groschen und ebenso mit 1 Taler Strafe für jeden unvollständig verkauften Kalender bedroht. Wir erfahren schließlich aus dieser Verordnung, daß „der vollständige Haushaltungs-, Garten- und Geschichtskalender nebst einem in Kupfer gestochenen Titel das Stück gebunden 8 Groschen, der genealogische Schreib- und Postkalender, worinnen außer den Kalendersachen die Genealogie der jetzt lebenden Häupter und anderer fürstlichen Personen, auch die Postkurse und mehrere bequeme Sachen enthalten, in Pergament gebunden 7 Groschen" gekostet haben, und daß die Kalender in Berlin bei dem Buchbinder und Papierhändler Fournier zu haben gewesen sind. Seit der letzten Ankündigung sind jetzt 130 Jahre vergangen, und in dieser Zeit haben sich die Kalender außerordentlich verändert und verbessert. Die Berliner Akademie der Wissenschaften befaßt sich nicht mehr mit der Herausgabe dieser nützlichen Drucksachen, und kein Gesetz verbietet dem preußischen Untertanen, seine Kalender da zu kaufen, wo er sie kaufen will. Dafür sind aber die Preise der Kalender im Verhältnis erheblich billiger geworden und der Absatz an Haushaltungskalendern viel größer.

Nasenuntersuchung in Schulen. Der III. Internationale Laryngo-Rhinologen-Kongreß, der im August d. J. in Berlin versammelt war, hat Beschluß gefaßt, eine internationale Sammelforschung über die mit den dem Namen Ocaena bezeichnete Krankheit zu veranstalten. Die Ocaena ist eine besonders im jugendlichen Alter auftretende Erkrankung des Naseninnern, welche mit Knochenschwund und Entartung der Nasenschleimhaut einhergeht und im weiteren Verlauf einen durchdringenden, schon aus weiter Entfernung wahrnehmbaren üblen Geruch aus der Nase bewirkt. Das Leiden beginnt schleichend im frühen Lebensalter, dem Patienten selbst unbewußt, bis es allmählich einen so hohen Grad erreicht, daß der Kranke des von ihm ausgehenden Geruchs wegen sich von dem Verkehr mit der menschlichen Gesellschaft nahezu ausgeschlossen sieht. Die Schuldeputation, die von dem geschäftsführenden Komitee des genannten Kongresses gebeten war, in Berlin eine Nasenuntersuchung aller Gemeindeschüler und Schülerinnen zu gestatten, hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, dem Antrage Folge zu geben, unter der Voraussetzung, daß keine Störung des Schulbetriebes mit den Untersuchungen verbunden und die Eltern einverstanden seien. Die Schuldeputation hat zugleich ausdrücklich erklärt, daß derartige Untersuchungen nur ganz ausnahmsweise bewilligt werden können, in diesem Falle mit Berücksichtigung des Nutzens auf die Volksgesundheit.

Bestreuen der Bürgersteige bei Glätte.

Bei eintretender Winterglätte müssen die Bürgersteige, Granitbahnen und Rinnsteinbrücken mit Sand, Asche oder anderem abstumpfenden Material bestreut werden. Das Streuen hat so zu geschehen, daß während der Stunden von morgens 7 bis abends 10 Uhr der Entstehung gefahrbringender Glätte vollständig vorgebeugt wird. Die Verpflichtung zum Streuen liegt den Besitzern derjenigen Grundstücke ob, welche und soweit dieselben an die öffentliche Straße grenzen. In den Stunden von morgens 7 bis abends 8 Uhr müssen die Bürgersteige frei von Eis und Schnee sein. Die Verpflichtung zur Abräumung des Eises und Schnees liegt den Besitzern derjenigen Grundstücke ob, welche an die öffentliche Straße grenzen, und erstreckt sich für den einzelnen auf die ganze Ausdehnung dieses Grenzzuges. Der Abraum kann auf den Fahrdamm geschafft werden, muß dort aber mindestens 0,3 Meter von der Grenze des Bürgersteiges entfernt niedergelegt werden. Die Einflußöffnungen der Straßenkanäle und die Wasserstockdeckel der Wasserleitung müssen stets vollständig frei bleiben.

Die Weiterführung der Nord-Südbahn nach Rixdorf

gab soeben Anlaß zu neuen Erörterungen in der Verkehrsdeputation. Man berichtet uns: „Es wurde beschlossen, die Schnellbahn nicht durch die Blücherstraße, sondern durch die Bellealliancestraße und Gneisenaustraße zu führen. Bestimmend hierfür war, daß die Bevölkerung an der gewählten Strecke eine dichtere ist, daß sie alle Möglichkeiten eines Ausbaues nach Tempelhof und Rixdorf offen läßt und daß zurzeit auch die ministerielle Genehmigung der Anlage auf dieser Grundlage erfolgt ist. Ist auch der Weg nach Rixdorf durch diese Bahnführung um eine Station verlängert, so beträgt die Zeitdifferenz doch nur eine Minute, und es ist wohl kein Zweifel, daß Rixdorf dem Projekt zustimmen wird. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, so ist die Stadt Berlin entschlossen, die Bahn auf eigene Kosten bis zum Hermannplatz zu führen und die weitere Vollendung der Bahn Rixdorf zu überlassen. Ueber die Wünsche Rixdorfs und die Bedenken, die ihnen im Wege stehen, wird uns noch gemeldet: Rixdorf erstrebt einen direkten Anschluß durch die Blücherstraße, Gewinnbeteiligung an den Einnahmen des Bahnhofes am Hermannplatz und einen Tarif, der so gestaltet ist, daß man für 10 Pf. vom Hermannplatz bis zur Leipziger Straße fahren kann. Der Magistrat Rixdorf ist bereit, dafür Konzessionen durch Uebernahme von Mehrkosten, die durch Führung der Linie über die Blücherstraße entstehen, zu machen. Die Schwierigkeiten sind aber von Rixdorf anscheinend unterschätzt worden. Die Nord-Süd-Bahn muß bekanntlich bis zur Gneisenaustraße gebaut werden, um Anschlüsse nach Tempelhof und Schöneberg zu ermöglichen. Der billigste und einfachste Anschluß nach Rixdorf ist demnach durch die Gneisenaustraße—Hasenheide. Bei einer Weiterführung durch die Blücherstraße müßte der Landwehrkanal und die Bellealliancebrücke zweimal unterfahren werden. Es würden dadurch außer bedeutenden Kosten auch technische und Betriebsschwierigkeiten entstehen, die aus der tiefen Lage der viergleisigen Bahn, die sich hier gabelt und mit Weichen ausgestattet werden muß, herrühren. Dazu kommt, daß die Bahn durch die Gneisenaustraße von vornherein eine größere Frequenz gewährleistet, weil die Gegend nach Süden bevölkerter ist als nach Norden, wo der Urbanhafen, Franzerkaserne usw. keine Gewähr für einen lebhaften Verkehr bieten. Trotz dieser Schwierigkeiten soll nun mit Rixdorf über die Mehrkosten, die Beitragsleistung und Anschlüsse nach Rixdorf weiter verhandelt werden. Der Wille, sich zu einigen, ist bei beiden Städten vorhanden."

Eine amtliche Mitteilung aus Rixdorf besagt: Zu dem Bericht über den Beschluß der Berliner Verkehrsdeputation betreffend die Verlängerung der Nord-Südbahn nach Rixdorf haben wir berichtigend zu bemerken, daß der Berliner Verkehrsdeputation bereits ein Angebot Rixdorfs vorlag, die gesamten Mehrkosten, welche die Ausführung des Projekts der Verlängerung der Bahn durch die Blücherstraße erfordert, zu übernehmen, so daß die Stadtgemeinde Berlin durch die Führung der Bahn in dieser Richtung keine finanziellen Nachteile geltend machen kann. Die Rixdorfer Verkehrsdeputation stand bei Uebernahme dieser erheblichen Mehrkosten auf dem Standpunkte, daß es im Interesse der günstigen Gestaltung des Verkehrs und der Entwickelung der Gemeinde gerechtfertigt und notwendig sei, auch die von Berlin geforderten großen Opfer zu bringen. Dem Verkehrsinteresse und der Entwickelung dient aber nur der Anschluß Rixdorfs an die Nord-Südbahn in direkter Linie durch die Blücherstraße und nicht der Umweg durch die Gneisenaustraße, der nicht zur Zeitversäumnis, sondern auch infolge Einschaltung einer neuen Station auf dem Wege nach dem Stadtinnern höhere Fahrkosten mit sich bringt.

„Nathan der Weise" in der Volksschule. Das Kuratorium der Julie Oppenheim-Stiftung, aus deren Mitteln jeden Winter im Schiller-Theater dasjenige Stück aufgeführt wird, das in den ersten Klassen der Gemeindeschulen gelesen wird, hatte bei der Schuldeputation beantragt, die nötigen Schritte zu tun, daß das Lessingsche Stück „Nathan der Weise" in den Lehrplan der ersten Klasse aufgenommen wird. Die Schuldeputation glaubt sich durch den zurzeit gültigen Grundlehrplan, in dem „Nathan der Weise" nicht zur Lektüre in der Gemeindeschule vorgesehen ist, gebunden, wird aber dem Kuratorium schreiben: es möge die Aufführung des Nathan für die ersten Klassen der Gemeindeschulen im Winter 1912/13 in Aussicht nehmen; es werde versucht werden, den Kindern der ersten Klassen das Verständnis des Stückes zu erleichtern. Die vom „Berliner Tageblatt" gebrachte Nachricht über den Widerspruch des Provinzialschulkollegiums gegen die Aufführung von „Nathan der Weise" und „Prinz von Homburg" sind unzutreffend. Irgendwelche amtliche Verhandlungen über diese Frage haben nach Mitteilungen mit dem Rathause nicht stattgefunden.

Ueber Diebstähle in der 8. Pflichtfortbildungsschule wird lebhaft Klage geführt. Allein in der letzten Woche sollen nicht weniger als acht Mäntel und ungefähr ein Dutzend Hüte gestohlen worden sein. Die Schulverwaltung sollte sich ernstlich die Frage vorlegen, ob sie nicht Abhilfe schaffen kann. Auf den offenen Korridoren sind die Sachen nicht sicher, wenn nicht für genügende Aufsicht gesorgt ist. Die Gestohlenen sind ausschließlich Arbeitersöhne und werden deshalb um so härter getroffen.

Eine Beschwerde gegen einen Mädchenlehrer,

der in einem Vorort Berlins an einer Volksschule tätig ist, war von mehreren Eltern an die Schulbehörde gerichtet worden. Von dem ungewöhnlichen Anlaß dieser Beschwerde wie von der befremdlichen Art ihrer Erledigung glauben wir weiteren Kreisen Kenntnis geben zu sollen, weil beides uns sehr lehrreich zu sein scheint. Eltern und auch Lehrer können aus der Angelegenheit manches lernen, und vielleicht wird von unserer Auffassung der ganzen Sache auch die Schulbehörde noch einigen Nutzen haben.

Jener Lehrer hatte in seiner Klasse bei einigen Schülerinnen dadurch Aufsehen erregt, daß er während des Unterrichts zuweilen die Hand in die Tasche steckte und mit ihr eigentümliche Bewegungen auszuführen schien. Mädchen, die das als anstößig empfanden, äußerten sich zu Hause über ihre Beobachtungen und bezeichneten mit einem derben Ausdruck die Ansicht, die einzelne Kinder darüber hatten. Nebenbei bemerkt: zu der Klasse gehörten Kinder, die erst das 9. Lebensjahr hinter sich hatten, doch saßen darin auch ältere bis zum 13. Lebensjahr. Eltern, die von ihren Kindern diese Dinge hörten, schüttelten mißbilligend den Kopf dazu, aber niemand wagte, etwas zu unternehmen. An die Redaktion des „Vorwärts" gelangte bereits im Frühjahr 1911 eine Meldung, die uns aufforderte, hier einzugreifen. Wir mußten uns darauf beschränken, einigen Müttern zu raten, daß sie durch Mitteilung an den Rektor die gewünschte Abhilfe herbeizuführen versuchen sollten. Die Mütter schreckten vor diesem Schritt zurück; im Hinblick auf Erfahrungen, die mit Beschwerden über Lehrer schon manchmal gemacht worden sind, wollten sie ihre Hände davon lassen. Wir wurden dann im Sommer von anderer Seite aufs neue benachrichtigt, daß die als anstößig empfundenen Dinge sich wiederholt hätten und unter einigen Kindern das Gerede darüber fortdauerte. Wieder sahen wir keine Möglichkeit, von uns aus etwas zu tun, und auch hier konnten wir nur den oben erwähnten Rat geben.

Erst im Herbst wurde auf Grund erneuter Beobachtungen endlich von drei Müttern an die Schuldeputation des Ortes eine Mitteilung gesandt, die die Vorgänge so schilderte, wie ihre Kinder sie gesehen hatten oder gesehen zu haben meinten. Die Zuschrift gab auch die Auffassung wieder, die die Kinder bezw. die Eltern von den Vorgängen hatten, und äußerte die Besorgnis, daß der den Kindern sich bietende Anblick einen ungünstigen Einfluß auf sie ausüben könnte. Die Schuldeputation überwies die Beschwerde an den zu-

ständigen Kreisschulinspektor, und dieser vernahm die drei Mütter samt ihren beteiligten Kindern und aus derselben Klasse noch fünf andere Kinder. Das Ergebnis der Untersuchung war, daß der Kreisschulinspektor zusammen mit dem Rektor die Mütter belehrte, die behaupteten und als anstößig empfundenen Dinge seien zum Teil gar nicht passiert, zum andern Teil aber seien sie in durchaus harmloser Weise zu erklären. Der Lehrer habe in der betreffenden Körpergegend eine Flechte, das sei das Ganze. Es werde aber dafür gesorgt werden, daß er die juckenden Handgriffe künftig unterlasse. Aus diesem mündlich erteilten Bescheid konnte geschlossen werden, daß wenigstens diese in der Eingabe geschilderten juckenden Handgriffe als nachgewiesen galten. Und auch das stand ja fest, daß der Anblick die Kinder ungünstig beeinflußt hatte. Um so mehr war man überrascht, als bald darauf an eine der Familien, die die Beschwerde unterzeichnet hatten, noch der folgende schriftliche Bescheid des Kreisschulinspektors kam:

„Auf die an die dortige Schuldeputation gerichtete und von dieser mir überwiesenen Eingabe vom 13. v. Mts: Auf Grund der vorgenommenen eingehenden Untersuchung müssen die gegen den Lehrer Herrn .... vorgebrachten Beschwerden als unbegründet abgewiesen werden. Ich stelle anheim, den übrigen Mitunterzeichnern der Eingabe vom 13. v. Mts. entsprechende Mitteilung zu machen."

Also „die gegen den Lehrer Herrn .... vorgebrachten Beschwerden" mußten „als unbegründet abgewiesen" werden! Wer nur diesen schriftlichen Bescheid liest und nichts von dem vorher mündlich erteilten Bescheid weiß, wird annehmen müssen, daß die Beschwerden sämtlich sich als unbegründet herausgestellt haben. Man versteht nicht, wozu dann den Müttern gesagt worden ist, daß der Lehrer eine Flechte habe. Wenn er eine hat, so sind ja die juckenden Bewegungen erklärlich und verzeihlich. Aber die Wirkung, die sie auf einzelne Mädchen ausübten, zeigt doch, daß ein solcher Anblick nicht Kindern geboten werden durfte. Das muß übrigens auch die Meinung des Schulinspektors sein, denn sonst würde er wohl nicht versprochen haben, dafür zu sorgen, daß sich derartiges nicht wiederholt. Ist dem Schulinspektor entgangen, daß er in diesem Punkt die Beschwerde als begründet hätte anerkennen müssen? Wir finden, daß die Fassung seines schriftlichen Bescheides keine glückliche ist, und er wird sich nicht wundern dürfen, wenn hiernach die Erledigung der Sache keineswegs als zufriedenstellend empfunden wird. Eltern, die sich beschweren, haben einen Anspruch darauf, daß ihnen ein erschöpfender Bescheid zuteil wird. Vielleicht zieht die Schulbehörde hieraus eine Nutzanwendung.

Eine Nutzanwendung ergibt sich auch für Eltern, und besonders deshalb halten wir uns für verpflichtet, die ganze Angelegenheit bekanntzugeben. Vorgänge aus dem Schulleben, die ein Kind zu Hause berichtet, werden oft von dem beteiligten Lehrer anders erklärt, als die Eltern es erwarteten. Das Recht der Eltern, sich über einen Lehrer zu beschweren, ist außer Zweifel, und in dem vorliegenden Falle war das sogar eine Pflicht. Man wird aber bei Beschwerden über einen Lehrer gut tun, im voraus mit der Möglichkeit zu rechnen, daß es eine Ueberraschung gibt. Das Ueberraschende war diesmal die verborgene Flechte. Die Flechte des Lehrers, die ihn reizt, vor versammelter Klasse sich zu jucken, wird hoffentlich auch allen Lehrern eine Warnung sein. Ein Lehrer, der solchem Juckreiz nicht widerstehen kann, sollte der Schule fernbleiben, um sich auskurieren zu lassen.

Ein Schwindeltrio. „Dianawerke" hieß das Unternehmen dreier Schwindler, die jetzt unter Hinterlassung einer großen Schuldenlast spurlos verschwunden sind. Zwei Kaufleute, namens Schröder und Friedrich, gründeten vor einem halben Jahre ein Geschäft, das sie zunächst „Merkurwerke" nannten und so auch handelsgerichtlich eintragen ließen. Später wandelten sie den Namen in „Dianawerke" um, aber die Geschäftsleute, mit denen sie in Verbindung traten, waren jetzt genau so klug wie vorher. Die Firma klang zwar nicht übel, sagte aber auch weiter nichts. Der „Geldmann" sollte Schröder sein, der etwas älter ist als Friedrich, der kaum 25 Jahre zählt. Den „Direktorposten" übernahm der dritte im Bunde, ein gewisser Joseph Halven. Die Unternehmer mieteten auf ein halbes Jahr in dem Quergebäude des Hauses Neue Friedrichstraße 4 eine aus fünf Räumen bestehende Wohnung und richteten sie zu Bureau- und Lagerräumen ein. Anfangs beschäftigten sie eine Buchhalterin und ein Lehrmädchen. Als beide bald wieder gingen, stellten sie keinen Ersatz ein. Die „Arbeit" der „Dianawerke" bestand darin, sich besonders aus der Provinz gegen Wechsel alle erdenklichen Waren zu verschaffen und diese gegen Barzahlung sofort wieder zu verschleudern. Sie bedienten sich schöner Briefbogen mit vorgedrucktem Kopf und fügten ihren Bestellungen gleich Namen von Personen bei, die über ihre Geschäfte und ihren Ruf Auskunft zu geben bereit seien. Die Auskünfte fielen stets glänzend aus, denn die, die sie gaben, steckten mit der schwarzen Bande unter einer Decke. Die Wechsel lauteten auf möglichst lange Fristen. Die Schwindler kauften alles, was sie nur bekommen konnten, neben Schießgewehren auch Seife und Bimsstein. Abnehmer fanden sie in Hülle und Fülle, denn sie verkauften alles unter dem Einkaufspreise, aber nur gegen bares Geld. Trotzdem priesen sie ihre billigen Waren auch noch durch große Tageszeitungen an, aber nicht zu dem Zweck, neue Kauflustige heranzuziehen, sondern, weil sie auch mit Inseratenschwindlern Hand in Hand „arbeiteten". Diese gaben die Anzeigen auf, strichen Vermittlergebühren ein und teilten sie mit den Inhabern der „Dianawerke". Diese dachten aber gar nicht daran, die Anzeigen zu bezahlen, und so gingen nicht nur die Lieferanten, sondern auch die Zeitungsverleger leer aus. Gegen mehrere Inseratenschwindler schwebt schon seit längerer Zeit ein Strafverfahren. Schon deshalb konnten sich auch die Gründer nicht lange mehr halten. Es kam hinzu, daß nach und nach die Wechsel vorgelegt wurden, an deren Einlösung niemand dachte. Alles was einlief ging zum Protest. Da zog sich vor ungefähr 14 Tagen zunächst der „Geldmann" Schröder zurück. Er nahm „für sein eingebrachtes Vermögen" die ganze Einrichtung mit. An die Tür der so leer gewordenen Räume klebte der „Geschäftsführer" Joseph Halven ein Schild mit der Aufschrift, daß die Firma nach der Potsdamer Straße 93 verlegt worden sei. Dort suchen aber die Gläubiger, die immer zahlreicher sich melden, vergebens nach den „Dianawerken". Noch immer kommen Leute, besonders aus der Provinz, mit Wechseln über 1000, 2000, 3000 und mehr Mark. Persönlich erschienen in der Neuen Friedrichstraße schon Gläubiger mit einer Gesamtforderung von 50—60 000 M. Statt der „Dianawerke" trafen sie nur die Pförtnersfrau, die sie jetzt gleich an die Kriminalpolizei weist, weil auch in der Potsdamer Straße von den „Werken" und ihren Gründern keine Spur zu finden ist.

Mit ungewöhnlich großer Dreistigkeit gingen Einbrecher vor, die den Rechtsanwalt Justizrat Dr. Bernstein aus der Dorotheenstraße 5 am hellen, lichten Tage heimsuchten. Der Justizrat hatte Besuch und ging nach dem Frühstück um ein Uhr mit ihm aus. Während jetzt die Dienerschaft in der Küche das Geschirr säuberte, öffnete ein Einbrecher mit einem Nachschlüssel die Wohnung und stahl aus dem Speisezimmer alles Silberzeug, das auf dem Büffett stand. Trotz der kurzen Zeit und des hellen Tages hatte der Dieb es auch noch fertig gebracht, die Schränke aufzubrechen und zu durchwühlen, verschiedene Sachen herauszureißen und sich außerdem noch im Arbeitszimmer des Justizrats zu schaffen zu machen. Von dem Täter und dem Verbleib des gestohlenen Gutes fehlt noch jede Spur. Auf seine Ergreifung und die Wiederbeschaffung der Beute ist eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Kindesmord? Aus der Havel zwischen der Trift- und Körnerstraße in Spandau wurde gestern nachmittag die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts gelandet. Schiffer bemerkten in der Nähe des Ufers eine kleine Holzkiste auf dem Wasser treiben, um die eine dünne Schnur gewickelt war. Der Fund wurde der Polizei übergeben und bei Oeffnung der Kiste fand man in derselben die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die in ein Blatt einer Spandauer Zeitung gewickelt war. Spuren äußerer Gewalt waren an dem kleinen Körper nicht wahrnehmbar, doch konnte auch die Todesursache nicht festgestellt werden. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Friedhofshalle in der Gatower Straße gebracht, wo die Obduktion erfolgen soll. Die Recherchen nach der Mutter sind eifrig im Gange, doch haben sie bisher zu einem Ergebnis noch nicht geführt.

Zu Tode gequetscht. Einen tödlichen Ausgang hat ein Unfall genommen, der vor 14 Tagen dem 26 Jahre alten Eisenbahnarbeiter Ernst Metscher aus der Graunstr. 35 zustieß. Metscher lud damals auf dem Nordbahnhof einen Milchwagen aus. Während eine Maschine gerade andere Wagen heranzog, glitt er auf der Laderampe aus, fiel herab und geriet zwischen die Rampenmauer und den Zug. Dieser preßte ihn mit solcher Gewalt gegen das Mauerwerk, daß er sich einen doppelten Beckenbruch, eine Lungenquetschung und eine Nierenzerreißung zuzog. Nach vierzehntägigem Schmerzenslager ist der Verunglückte jetzt im Lazarauskrankenhause gestorben. Er war der einzige Sohn seiner betagten Eltern und ihre Stütze im Alter.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Dienstagabend gegen 9 Uhr an der Ecke der Bad- und Hochstraße. Dort geriet der 53jährige Arbeiter Paul Pohl, Falckensteinstraße 17 wohnhaft, beim Abspringen von dem Motorwagen 1283 der Linie 88 unter den Anhängewagen und kam vor den Schutzrahmen zu liegen. Der Verunglückte erlitt große Fleischwunden am ganzen Körper und wurde nach Anlegung von Notverbänden in seine Wohnung geschafft.

Durch Erhängen hat gestern abend gegen 7 Uhr der Restaurateur Hermann Bartel, Magdeburger Str. 9, seinem Leben gewaltsam ein Ende gemacht. B. litt an einer unheilbaren Krankheit und sollte morgen wieder im Krankenhause Bethanien, aus dem er erst vor 8 Monaten entlassen wurde, Aufnahme finden. Der Lebensmüde war verheiratet und stand im 60. Lebensjahre.

Die Kinderschutzkommission hält morgen Freitag, abends 8½ Uhr, bei Merkowski, Andreasstr. 26, eine Versammlung der Kontrolleurinnen ab, in der Genosse Freter einen Vortrag über „Kinderschutz und Fürsorgeerziehung", dem sich eine Diskussion anschließt, halten wird. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Wer ist der Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 25. November, nachmittags gegen 7½ Uhr, erschoß sich in dem Toilettenraum eines Schanklokals in der Lindenstr. 84 ein etwa 30 Jahre alter, dem Arbeiterstande angehörender Mann mit einem Revolver. Die Persönlichkeit des Verstorbenen konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. Er ist 1,70 Meter groß, schlank und dunkelblond. Bekleidet war er mit schwarzgrau gestreiftem Winterpaletot, blauem Jackettanzug, braunem Schlips, braunkariertem Chemisett, schwarzen Schnürschuhen, dunklen Strümpfen, grauem Trikothemd und grauer Trikothose. Angaben über die Person können mündlich oder schriftlich zu J. Nr. 5179 IV 55. 11 im Zimmer 405 des Polizeipräsidiums und auf jedem Polizeirevier gemacht werden.

Bernhard-Rose-Theater. Vor einigen Jahren schien es, als wollten die Berliner Vorstadttheater sich aufraffen, um endlich den erstickenden, freilich durch Herkommen und geistige Trägheit geheiligten Dunst eines gewissen „Schmierentums" zugunsten besserer Zustände aus ihren Räumen zu verjagen. Allein dieser Eifer hat nicht lange vorgehalten. Man ist heute mehr denn je in den altgewohnten Schlendrian zurückgesunken; und es ist verblüffend merkwürdig, beobachten zu müssen, wie erschreckend wenig vom Geiste der Entwickelung, gerade in allen Kunstdingen, noch lebendig ist, wenn man sich nur eine knappe halbe Stunde vom Zentrum Berlins nach peripherischen Bezirken begibt. Zwar im Norden gehts vorwärts — auch mit den Bühnen. Anderswo ist davon blutwenig zu verspüren. Da gleichen die Thespiskarren dem kleinschichtigen Spießervolk, das sie haben. Und das Betrübendste dabei ist, daß man dies Publikum so und nicht anders haben will! Nun liegen doch aber in Berlin die Verhältnisse, wenn man den Zustrom von Schauspielern im Auge behält, so günstig als möglich. Talentvolle tüchtige Darsteller sind mehr als genug vorhanden, um ein leistungsfähiges Ensemble hinzustellen. Zudem sind die Gagenverhältnisse an den meisten Vorstadttheatern ganz erträglich; und andererseits besitzen die Künstler von heute, zumal die, die etwas können, soviel soziales Gemeingefühl, um eine gewisse Scheu vor Peripherietheatern nicht mehr aufkommen zu lassen. Sondern: sie wollen tätig sein, gute Leistungen zeigen, ganz gleich, wo. Auch das Bernhard Rose-Theater hat einige recht tüchtige Kräfte. Wir konnten uns davon jetzt wieder anläßlich der Aufführung eines Lustspiels: „Die Barbaren" von Heinrich Stobitzer überzeugen. Zwar jongliert der bekannte Verfasser nur mit abgeblaßten Stoffen und verlebten Anschauungen — sein Stück spielt nämlich während des deutschfranzösischen Krieges bei Orleans —; dennoch serviert er, was er hat, ganz annehmbar lustig und versteht seine Kost auch mit „Gemütskisten" wirksam zu unterspicken. Kurz und gut: „Publikus" amüsiert sich; denn wie gesagt, mehrere Träger erster Rollen nebst ein paar Nebenrollenvertretern sind recht vortrefflich; und es sollen für gute Leistungen Egon Welditsch, der seinen preußischen Rittmeister wirklich vornehm hinstellt, sowie ferner Mathilde Friedrichs (Adrienne), Lily Marlow (Clemence), Auguste v. Posanner (Marquise) und Else Roscher (Stubenmädchen) besonders belobt sein. Aber die Regie — o weh! Wäre sie nur ein wenig einsichtiger, statt komödiantenhaft, was ließe sich da nicht noch Gutes aus diesem Ensemble herausholen! Vorwärts und aufwärts sei die Parole!

Wahlkampf in Teltow-Beeskow und Niederbarnim.

Steglitz.

Eine interessante Redeschlacht fand in der am Dienstag im Albrechtshof von der Fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen gemeinsam einberufenen Volksversammlung statt. Fast dreiviertel der von 1500 Personen besuchten Versammlung waren Anhänger der Sozialdemokratie. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde wieder, wie in der neulich von der Demokratischen Vereinigung einberufenen Volksversammlung, vom Vorstande des sozialdemokratischen Wahlvereins ein Antrag eingebracht, in dem gegen die Verweigerung des Albrechtshofes zu sozialdemokratischen Versammlungen protestiert und die Versammelten aufgefordert wurden, in der Versammlung keinerlei Getränke zu verzehren. Trotzdem der Beifall, den die Verlesung des Antrages hervorrief, bewies, daß die übergroße Mehrheit der Versammlung dem Antrage zustimmte, so weigerte sich doch der Vorsitzende der Versammlung, darüber abstimmen zu lassen. Die Versammlung befolgte aber auch ohne Abstimmung den Antrag.

Die Versammlung zog sich bis nach 1 Uhr nachts hin. Einem nichtssagenden Referat des fortschrittlich-nationalliberalen Kandidaten über „Agadier und Philippi" folgte eine lebhafte Diskussion. Genosse Pieck übte in längeren Ausführungen eine scharfe Kritik an dem jämmerlichen und volksverräterischen Verhalten der Fortschrittspartei und an den reaktionären Bestrebungen der Nationalliberalen, und schloß mit einem Appell an die Anwesenden für den Kandidaten, der Sozialdemokratie, Fritz Zubeil zu agitieren. Von der demokratischen Vereinigung wurden drei Redner ins Treffen geschickt, die ebenfalls der Fortschrittspartei arg zu Leibe rückten. Vier männliche und ein weiblicher Gesinnungsgenosse des Kandidaten versuchten die Angriffe abzuwehren mit der Bitte, doch die Sünden der Fortschrittspartei nicht zu erwähnen und sich nur gemeinsam gegen den schwarzblauen Block zu wenden. Der ganze Verlauf der Versammlung war sehr befriedigend und hat der Fortschrittspartei sicherlich keine neuen Anhänger gebracht. Für die Sozialdemokratie bot die Versammlung aber die Gelegenheit, in dem ihr sonst verschlossenen Lokale für ihre Ideen Propaganda zu machen. Am nächsten Mittwoch wird der Kandidat der Sozialdemokratie, Fritz Zubeil, im „Birkenwäldchen", Schützenstraße, zu den Steglitzer Wählern sprechen. Genossen, sorgt für recht zahlreichen Besuch.

Treptow-Baumschulenweg.

Mit einer gut besuchten Versammlung wurde am Montag am hiesigen Orte der Wahlkampf eröffnet. Das Referat hielt der bisherige Vertreter des Kreises, Genosse Fritz Zubeil. (Mit Rücksicht darauf, daß wir bereits verschiedentlich ausführlicher über Versammlungen, in denen Genosse Zubeil zu den Wählern gesprochen, berichtet haben, beschränken wir uns nunmehr darauf, unsere Leser über den Verlauf der bis zur Wahl arrangierten Wählerversammlungen zu unterrichten. D. R.) Das ausführliche Referat Zubeils löste bei den Versammelten demonstrativen Beifall aus. Nachdem noch Genosse Freigang die Versammelten aufgefordert, in die Organisation einzutreten, wurde die imposante Versammlung geschlossen. Am Anfang und Schluß der Versammlung brachte der Männerchor „Oberspree" einige stimmungsvolle Lieder zu Gehör der Versammelten.

Schönow (Kreis Niederbarnim).

In einer von zirka 300 Personen besuchten öffentlichen Versammlung referierte am Sonntag, den 26. d. M., Genosse Stadthagen über die Reichstagswahlen und die politischen Parteien. Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag forderte der Vorsitzende Genosse Schneider die Anwesenden auf, den bürgerlichen Parteien am Wahltag die Quittung für ihr volksfeindliches Verhalten im jetzigen Reichstag zu geben. Zugleich mahnte Redner zum Eintritt in die politische Organisation. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Mit der Erweiterung des Rathauses durch Anbau zweier Flügel innerhalb des Rathausgrundstückes erklärte sich der Magistrat in seiner letzten Sitzung einverstanden. Das Hochbauamt soll mit der Ausarbeitung des Entwurfes und des Kostenanschlages beauftragt werden. Nach dem Vorschlage der Deputation beschloß der Magistrat über die Errichtung der Knabenmittelschule folgendes: 1. Die Knabenmittelschule wird am 1. April 1912 vorläufig in dem Schulhause an der Erkstraße eröffnet. Spätestens am 1. April 1913 wird sie in das Schulgebäude an der Donaustraße verlegt. Bis zu diesem Zeitpunkt werden in diesem Schulhause die Klosetanlagen entsprechend umgestaltet und eine zweite Turnhalle nebst einer darüber liegenden Aula auf dem hierfür vorgesehenen Grundstücksteil errichtet. 2. Die Leitung der Knabenmittelschule soll einem Gemeindeschulrektor vorläufig nebenamtlich übertragen werden; für die Leitung wird eine Entschädigung von 400 M. zu dem Rektorengehalt gewährt. Dem betr. Rektor soll die Leitung der 18. Gemeindeschule solange übertragen werden, bis diese infolge des fortschreitenden Ausbaues der Knabenmittelschule aus dem Gebäude in der Donaustraße verlegt wird. 3. Die Annahme der Anmeldungen für die Knabenmittelschule wird Herrn Rektor Winter übertragen. 4. Die Einrichtung der Knabenmittelschule soll im übrigen nach den in der Stadtverordnetenvorlage gemachten Vorschlägen erfolgen. Mit Rücksicht auf die Vorteile, welche den städtischen Werken und anderen Interessenten durch den Bezug von Kohlen und sonstigen Massengütern in größeren Schiffsgefäßen erwachsen, soll der Schiffahrtskanal in seinem Querschnitt und seinen Bauwerken auf der Strecke von der Grenzallee bis an das Elektrizitätswerk für die gleichen Schiffsabmessungen ausgebaut werden wie der Teltowkanal. — Die Brücke zur Ueberführung der Grenzallee über den Schiffahrtskanal soll im Zuge der Straßenachse entworfen werden. — Nach dem Vorschlage der Gewerbedeputation soll das Schulgeld für die Wahlklassen der Fortbildungsschule künftig nicht vierteljährlich nachher, sondern halbjährlich voraus erhoben werden. Freischule soll bis zu 20 Proz. der Schüler gewährt werden. — Der Magistrat nahm davon Kenntnis, daß die Stadt Berlin in der am 21. November stattgefundenen Besprechung sich bereit erklärt hat, das durch die Stadt Berlin zu erbauende Krematorium auch den Vororten zur Benutzung zu überlassen.

Schöneberg.

Ueber den aufregenden Vorfall, der sich am Sonnabendnachmittag in dem Hause Koburger Str. 11 ereignete, teilt uns der Meister des Schornsteinfegerlehrlings folgendes mit: Der Schornsteinfegerlehrling Walter S. ist nicht in den Schornstein gestürzt, sondern er sollte im Beisein des Meisters denselben herunterfahren. In der vierten Etage blieb er aber an einer Verengung stecken. Die ersten Bemühungen des Meisters, den Lehrling vom Dach aus hochzuziehen, waren vergeblich, weil der rechte Arm eingeklemmt war. Als der Bursche schon schwach wurde, holte der Meister selbst die Feuerwehr und zeigte die betreffende Stelle, wo der Bursche festsaß, selbst an. Die Feuerwehr stemmte den Schornstein auf und befreite den Lehrling.

Wilmersdorf-Halensee.

Zweckverband und Straßenbahnvertrag.

Der Einfluß des auf Grund des Gesetzes vom 19. Juli 1911 errichteten Groß-Berliner Zweckverbandes macht sich im Hinblick auf eine Vorlage geltend, die der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet hat. Wie erinnerlich sein wird, wollte die Gemeinde Wilmersdorf in einem mit der Großen Berliner Straßenbahn und ihren Tochtergesellschaften abgeschlossenen Vertrage noch rechtzeitig ihr Schäfchen ins Trockene bringen. Gegen die Stimmen unserer Parteigenossen und der Fortschrittler und sehr im Widerspruch mit der Solidarität, die der Straßenbahn gegenüber von den Groß-Berliner Gemeinden gefordert werden konnte, bewilligte die Stadtverordnetenversammlung zu Anfang des Jahres eine Magistratsvorlage, wonach die Konzessionsdauer der Straßenbahn bis zum 31. Dezember 1999 verlängert werden sollte. Nun kam es inzwischen bekanntlich anders. In dem mit der Stadt Berlin geschlossenen Einheitsvertrage ist die Konzessionsdauer der Straßenbahngesellschaft in Uebereinstimmung mit der seinerzeit erteilten staatlichen Genehmigung bis zum 31. Dezember 1940 beschränkt und außerdem noch ausgesprochen worden, daß die Straßenbahngesellschaften berechtigt sein sollen, den neuen Einheitsvertrag schon zum 1. Januar 1940 aufzuheben, falls die Stadtgemeinde Berlin von ihrem Heimfallsrechte Gebrauch machen sollte. Außerdem bestimmt der § 4 des Zweckverbandsgesetzes, wonach die Rechte und Pflichten an Bahnunternehmungen auf den Verband übergehen, daß die im Gesetze vorgesehene Entschädigungspflicht fortfällt, wenn nach dem 1. Dezember 1910 abgeschlossene Verträge in Frage kommen. Durch diese Aenderung der Dinge fühlt Wilmersdorf sich schlechter gestellt, als wenn der am 1. Februar d. J. perfekt gewordene Vertrag nicht abgeschlossen worden wäre. Nun hat die Stadt diesen Fall vorgesehen und es tritt laut Vertrag wieder der frühere Zustand ein. Immerhin fühlte der Magistrat von Wilmersdorf sich berufen, der Stadt die Neuanlage von Bahnlinien, die in dem Vertrage vom 1. Februar als Entgelt für die Konzessionsverlängerung vorgesehen war, zu sichern; und erneute Verhandlungen mit der Straßenbahn haben dann einen Vertrag ans Licht gefördert, der die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Mittwoch nachmittag 6 Uhr in der Aula der Viktoria-Luise-Schule abgehaltenen Sitzung beschäftigte. Der neue Vertrag bestimmt, daß die rechtlichen Wirkungen des Vertrages vom 1. Februar für beide Teile in Geltung bleiben sollen, so daß jeder der Vertragschließenden die inzwischen gewonnenen Vorteile behält. Als Vorteil für die Straßenbahngesellschaft kommt wesentlich eine von der Stadt eingegangene Verpflichtung in Betracht, wonach

die Stadt eine Reihe Pflasterungsarbeiten übernimmt, die in dem alten Vertrage die Straßenbahngesellschaften auszuführen hatten.

Die Stadtverordnetenversammlung überwies diese Angelegenheit vorab dem Finanzausschuß zur Prüfung. Dasselbe Schicksal erlitt die in der Sonntagsnummer von uns erörterte Angelegenheit betreffend die Auflösung der Krankenhausgemeinschaft mit dem Kreise Teltow.

Groß-Lichterfelde.

Von einem verhängnisvollen Geschick ist der Kaufmann Hermann Esau, Drakestr. 25, ereilt worden. E. war nach dem Keller hinunter gegangen, um eine Flasche Wein heraufzuholen. Vergeblich harrten dann die Angehörigen der Rückkehr des Mannes. Nichts Gutes ahnend, begab sich schließlich die Ehefrau nach dem Keller und nun entdeckte sie zu ihrem Schreck ihren Mann leblos in einer Blutlache liegend. Der Bedauernswerte war auf der Kellertreppe ausgeglitten und so unglücklich in die Tiefe gestürzt, daß er sich schwere innere Zerreißungen und Verletzungen zuzog. Auf dem Transport nach dem Krankenhause starb der Verunglückte.

Ober-Schöneweide.

Die nächste Gemeindevertretersitzung wird sich mit einem Antrag unserer Genossen beschäftigen, den Reichstagswählern eine amtliche Nachricht zu übermitteln, unter welcher Nummer sie in der Wählerliste eingetragen sind. Des weiteren ist ein Antrag eingebracht, die Gemeindewahlen hinfort an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Die nächsten Ersatzwahlen finden im Frühjahr 1912 statt. Es steht zu hoffen, daß dieser Antrag Annahme findet, da bekanntlich für die Gewerbegerichtswahlen durch Ortsstatut der Sonntag als Wahltag bestimmt ist.

Adlershof.

Der Absatz der Seefische ist so zurückgegangen, daß am verflossenen Sonnabend nur noch 1/2 Zentner umgesetzt wurde. Die Teuerungskommission beschloß deshalb, vorläufig den Verkauf aufzuheben. Recht günstige Erfahrungen sind mit dem Verkauf der Kartoffeln erzielt worden. Es sind bis jetzt 600 Zentner verkauft und irgendwelche Klagen über die Qualität der Kartoffeln nicht erhoben worden. Neue Sendungen sind unterwegs. Der Verkauf findet nach wie vor vom Bahnhof ab in Zentnersäcken zum Preise von 3,40 M. statt. Außerdem Montags und Mittwochs von 5 bis 8 Uhr nachmittags im Gemeindeamt, Bismarckstr. 1, der Verkauf in kleineren Mengen. Die Anträge, welche die Speisung bedürftiger Schulkinder und die Oeffnung geheizter Schulzimmer während der Winternachmittage fordern, wurden von der Kommission einstimmig angenommen, dagegen ein von unseren Genossen gestellter Antrag, allen Gemeindeangestellten bis zu einem Einkommen von 2500 M. jährlich Teuerungszulagen zu gewähren, abgelehnt. Hiermit wird sich die Gemeindevertretung noch zu beschäftigen haben.

Friedrichshagen.

Das Opfer eines schrecklichen Vorganges wurde der fünfzehnjährige Lehrling Richard Neubauer, der auf der Bootswerft der Firma Birkholz u. Gärsch beschäftigt war. Der junge Mensch trat auf dem Arbeitshof an ein Fuhrwerk heran und machte sich an den beiden Pferden zu schaffen. Plötzlich wurde eines der Tiere scheu, bäumte sich hoch, versetzte dem N. einen so wuchtigen Hufschlag gegen den Oberkörper, daß der Getroffene leblos zu Boden stürzte. Hinzuspringende Kutscher transportierten N. nach dem Krankenhaus. Der Zustand des Schwerverletzten, dem der Brustkasten fast vollständig zerschmettert wurde, ist hoffnungslos.

Weißensee.

Einen Kanalisationszweckverband beabsichtigen die drei Gemeinden Hohen-Schönhausen, Heinersdorf und Weißensee zu gründen. Die Gemeinde Heinersdorf hat bereits ihr Druckrohr bis an das vorhandene Weißenseer Druckrohr herangelegt, während die Gemeinde Hohen-Schönhausen beim Bau der Pumpstation ist. Das Zustandekommen des Zweckverbandes ist für den 1. April 1912 in Aussicht gestellt. Vor kurzem haben die Gemeindevertretungen der drei Gemeinden die Rieselländereien und die Einrichtungen des Rittergutes Birkholz besichtigt. Durch diesen Zusammenschluß wird das Aptieren weiterer Ländereien notwendig. Die gesamten Rieselländereien umfassen ein Areal von rund 3000 Morgen, so daß trotz des Zusammenschlusses weitere Landankäufe nicht mehr notwendig werden.

Bernau.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins sprach Genosse Bühler über die Aufgaben zu den Reichstagswahlen. Im Anschluß an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde ein größerer Kreis Genossen gewählt, die sofort mit der Vorbereitung der Wahl zu beginnen haben. Des weiteren übte der Vorsitzende Gen. Schneider Kritik an der geringen Beteiligung zur Stadtverordnetenwahl. In einer nächstens stattfindenden Sitzung soll mit den Säumigen besonders abgerechnet werden. Es wurde beschlossen, eine Ausstellung für Jugendschriften zu eröffnen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, jetzt vor der Wahl auf dem Posten zu sein.

Spandau.

Vom Tode ereilt wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein ausländischer Arbeiter, der, nach Ausweis der bei ihm vorgefundenen Papiere, zuletzt in einem deutschen Bergwerk beschäftigt war. Er traf vorgestern nachmittag 5 Uhr mit einem aus dem Westen kommenden Zuge hier ein und war ausgestiegen, um von dem Vorortbahnsteig aus nach Berlin weiterzufahren. Kaum hatte er aber den Eisenbahnzug verlassen, als er, mit seinen Habseligkeiten belastet, zusammenbrach; er wurde von mehreren hilfsbereiten Männern hinaus nach dem Wachlokal der Bahnpolizei getragen; kurz darauf starb der Reisende. Die Leiche ist nach der Friedhofshalle an der Gatower Straße geschafft worden. Der Verstorbene ist ein Mann von 67 Jahren, er ist österreichischer Staatsangehöriger und heißt Joseph Borwicz. Durch Vermittelung des Konsulats in Berlin werden seine Angehörigen im Heimatsort von seinem Tode in Kenntnis gesetzt.

Beim Rangieren schwer verunglückt ist gestern morgen auf dem Güterbahnhof der Bahnarbeiter Mehls in Wustermark. Er erlitt Verletzungen am Kopfe und an den Schultern und mußte nach dem hiesigen Krankenhause übergeführt werden.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendvereinigung Köpenick. Sonntag, den 3. Dezember, findet eine Besichtigung des Märkischen Provinzialmuseums statt. Abfahrt 9.12 Uhr morgens vom Bahnhof Köpenick. Fahrgeld hin und zurück 40 Pf.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am Sonntag, den 3. Dezember 1911: I. Potsdam-Saarmund-Neu-Babelsberg. Abfahrt: Bahnhof Friedrichstraße 7.15 vormittags. II. Erkner-Löcknitz-Erkner. Abfahrt: Schlesischer Bahnhof 7.23 vormittags. Gäste willkommen.

Marktpreise von Berlin am 28. November 1911, nach Ermittelung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise (Kleinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 7,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Aale 1,20—2,80. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,20 bis 2,00. Barsche 1,00—2,00 Schleie 1,40—3,20 Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 2,40—24,00.

Eingegangene Druckschriften.

Hamburg-Heft von Reclams Universum. 28. Jahrgang, Heft 9. Einzelpreis 70 Pf., Luxusausgabe 1,20 M. — Ph. Reclams Verlag, Leipzig.

Der Hauslehrer. Wochenschrift für den geistigen Verkehr mit Kindern. Nr. 48. Herausgegeben von B. Otto. Erscheint jeden **Sonntag**. Viertelj. 1,60 M. — Verlag, Gr. Lichterfelde, Holbeinstr. 21.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— **R. K. 21.** Nach dem Gesetz der Vermieter. Durch den Mietsvertrag kann aber der Vermieter zur Erstattung verpflichtet werden. Prüfen Sie Ihren Mietsvertrag. — **Notiage.** Der Strafantrag ist noch zulässig. Verjährung tritt in fünf Jahren ein. Ob und inwieweit ein Herausgabeanspruch besteht, läßt sich nur nach Einsicht des Vertrages sagen. Die andere Handlung kann als Betrug aufgefaßt werden. Wenn möglich, empfehlen wir Einigung. — **E. G. 11.** 1.—6. Fordern Sie unter Setzung einer Frist von etwa 14 Tagen Beseitigung der Mängel unter der Androhung, daß Sie nach erfolglosem Ablauf der Frist räumen. Das können Sie alsdann auch tun, falls Sie Ihre Behauptungen beweisen können. 7. Die Verpfändung beseitigt nicht das gesetzliche Pfandrecht des Vermieters.

Witterungsübersicht vom 29. November 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C. = 4°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C. = 4°R.
Swinemde.	770	S	3	Dunst	3	Haparanda	764	N	6	bedeckt	1
Hamburg	770	Still		Nebel	3	Petersburg	770	SSW	1	bedeckt	−2
Berlin	770	SO	2	bedeckt	1	Scilly	768	NNW	2	heiter	8
Frankf.a.M.	771	Still		Nebel	5	Aberdeen	763	SSW	3	heiter	5
München	774	S	1	bedeckt	1	Paris	770	SW	1	Nebel	8
Wien	774	W	1	bedeckt	5						

Wetterprognose für Donnerstag, den 30. November 1911.
Ziemlich milde, jedoch vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 28.11. cm	seit 27.11. cm [1]	Wasserstand	am 28.11. cm	seit 27.11. cm [1]
Memel, Tilsit	76	−15	Saale, Grochlitz	58	−12
Pregel, Insterburg	−49	+11	Havel, Spandau [2]	38	+1
Weichsel, Thorn	−14	0	„ Rathenow [2]	10	−6
Oder, Ratibor	117	−11	Spree, Spremberg [2]	86	0
„ Krossen	28	0	„ Beeskow	85	+1
„ Frankfurt	49	−2	Weser, Münden	126	+1
Warthe, Schrimm	−4	0	„ Minden	192	−11
„ Landsberg	−32	+2	Rhein, Maximiliansau	352	−8
Netze, Vordamm	−18	−5	„ Kaub	160	−1
Elbe, Leitmeritz	−53	−2	„ Köln	199	−38
„ Dresden	−176	−7	Neckar, Heilbronn	75	+15
„ Barby	27	+7	Main, Wertheim	106	−8
„ Magdeburg	35	+7	Mosel, Trier	164	+10

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel.

Im Memelgebiet herrschte gestern bei Schmalleningken, Tilsit, Kloken und Slöpen Grundeistreiben; im Pregelgebiet bei Insterburg oberhalb der Brücke Eisstand, bei Friedland an der Alle Grundeistreiben.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler

Josef Völker

Friedelstr. 57

verstorben ist.

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 1. Dezember, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofs, Mariendorfer Weg, aus statt. 287/2

Ferner verstarb unser Mitglied, der Stereotypeur

Albert Rietdorff

Pannierstr. 40.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 1. Dezember, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Typographia.

Am 27. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unser passives Mitglied, der Stereotypeur Kollege

Albert Rietdorff

im Alter von 47 Jahren.

Der Entschlafene hat unserem Verein stets treue Dienste geleistet.

Die Sänger werden gebeten, sich recht zahlreich zum letzten Geleit einzufinden.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. Dezember, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstr. 99—105, aus statt. 62/12

Der Vorstand.

Dankſagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, 1808b

Agnes Sube,

sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Chefs, den Buchhaltern und dem gesamten Personal der Firma A. Labus, und den Mietern des Hauses Weisestr. 49, meinen herzlichsten Dank.

Max Sube.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Julius Waeder

am 27. November an Halsleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. November, nachmittags 3¾ Uhr, von der Leichenhalle des Dorotheen-Kirchhofes in der Müllerstraße aus statt. 125/5

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Unterstützungs-Verein sämtlicher Berufe.
Bezirk II.

Am 27. d. M. verstarb unser Mitglied, der Möbelpolierer

Otto Wellmann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes, Blanke Hölle, Bahnhof Papestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

209/19 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber treuer Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Klavierarbeiter

Joseph Völker

am Dienstag, den 28. d. Mts., nach langem, schwerem Leiden entschlafen ist.

Emma Völker und Kinder.

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 1. Dezember, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Rixdorfer Gemeinde-Friedhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.

Für die vielen Zeichen der Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter

Hermine Radloff

sagen wir hiermit herzlichen Dank.
1811b **Alb Radloff und Sohn.**

Dankſagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Genossen des 331. und 332. Bezirks, den Mitbewohnern des Hauses Friedrichsfelder Straße 32, und insbesondere dem Genossen Melle für die trostreichen Worte am Grabe des Verstorbenen unseren herzlichen Dank.

Ww. Klara Knopp
und Kinder

Innungs-Krankenkasse
der
Dach-, Schiefer- u. Ziegeldecker zu Berlin.

Wahlversammlung

am Mittwoch, den 13. Dezember 1911, abends 8 Uhr, im Lokale von Wollschläger, SO., Adalbertstraße 21.

Tagesordnung:

1. Wahl von 26 Delegierten der Arbeitnehmer pro 1912.
2. Wahl von 13 Ersatzmännern der Arbeitnehmer pro 1912.
3. Wahl von 2 Krankenkontrolleuren.

283/1 **Der Vorstand.**
J. A.: Gustav Hohdorf, Vorsitzender.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4.

Eile zu Weile!
119 Dresdener Straße 119 (Eckhaus Oranienpl.)
Ueber **1000 Pelz-Stolas**
Muffen, Kolliers
Extra billige Preise!

Echte Skungs-Stolas von 25 M. an.
Pelz-Hüte, Hutstreifen
Felle, Köpfe, Schweife
in allen Fellarten.
Eigene Kürschnerei.
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.
Bitte genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile z. achten.

Damen-Konfektion
Robert Baumgarten
Engros Export
Hausvogteiplatz 11
1. Etage (kein Laden)
schrägüber Untergrundbahnhof
(an der Jerusalemer Straße)
verkauft
auch einzeln

Paletots
Kostüme
Kostüm-Röcke
Abend-Mäntel
Golf-Jacketts
Mädchen-Paletots.

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet!

Marengo
:: die große Mode ::
Anzug, 1- und 2reihig, mit Anprobe
nach Maß
auch mit eleganter gestreifter Hose m. Umschlag, bewährte Qualität, tadelloser Sitz . . **35.00**
Eigene Werkstatt im Hause.
A. Priester
Große Frankfurter Str. 40.

Hugo Beling
Weingroßhandlung u. Likörfabrik
60 eigene Filialen. * Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Schnupfer! achtet auf die gesetzlich gesch. Packung, um Goldfarb nicht zu verfehlen

Gesundheitstabak.
J. Goldfarb.
Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 10052.
Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabaka do zażywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Schul-Tornister
Rindleder, ohne Pappe, 5 M. pro Stück.
Dokumenten-, Akten-, Noten-Mappen.
Gegr. 1828. **C. A. Flemming,** Beuthstr. 11, am Spittelmarkt.

Möbel liefert auf bequeme **Teilzahlung** bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Fr. Siegels Festsäle
Theaterbühne. Gr. Frankfurter Str. 30. 2 Kegelbahnen.
Empfehle Vereinszimm. sowie Säle zu den kulantesten Bedingungen.
NB. Sonnabende im November noch frei.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Steppdecken, prachtvolle, fmillseidene 3,85, 5,25 bis 13,50. Tüllbettdecken, extragroße 2,50. Tischdecken, Diwandecken, Schlafdecken spottbillig. Teppichhaus Richard Woll, Dresdenerstr. 8 (Kottbuserior). Vorwärtslesern 10 Prozent Rabatt. *

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Teppiche, farbfehlerhafte, für halben Wert.

Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosenthalerstraße 54. 490R*

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Massenverkauf wegen Platzmangel! Riesenauswahl Pelzstolas! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herren-paletots! Herrenhosen! Allerbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Vermietungsbett! Aussteuerwäsche! Reichhaltige Gardinenauswahl! Uebergardinen! Teppichauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Wanduhren! Wandbilder! Taschenuhren! Ketten-auswahl! Ringeauswahl! Schmucksachen! Warenverkauf ebenfalls Sonntags.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brüm, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Seifertkanarien, Rühl, Schöneberg, Bahnstraße 43. †112*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Kinderwagen, gebraucht, Andreasstraße 53. 226R

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjacketts, Kostümen, Röcken, hochelegant, bedeutend unter Wert. Großer Posten Pelzstolas, früher bis 100 Mark, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, nur Moritzplatz 58a. 2841R*

Humboldtleihhaus! — Existiert nur Brunnenstraße 58! Ecke Hans Stralsunderstraße. — Massenauswahl hocheleganter Winterpaletots spottbillig. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Wunderbare Pelzstolas. Pelzgarnituren. Riesengroßer Bettenverkauf. Aussteuerwäsche. Pracht-Gardinen. Steppdecken. Prachtteppiche. Plüschtischdecken. Goldene Damenuhren. Herrenuhren. Wanduhren. Schmucksachen. Wandbilder. Spottpreise! Hausnummer beachten! 573R*

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Winterjoppen, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstr.

Gebrauchte Nähmaschinen billig Beilmann, Gollnowstraße 26. 2058R*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums“, von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69 Laden.

Zehn Prozent Rabatt „Vorwärts“-lesern.

Teppiche. Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.

Möbelstoff-Reste, Linoleumreste, fabelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1,25, 1.40, 1,85, 2,45, 2,85 usw. Große Frankfurterstraße 125 im Hause der Möbelfabrik. 561R*

Papageien, vorzügliche Sprecher, Harzer Kanarienvögel. Grundmann, Kommandantenstraße 52, Restaurant.

Betten, elegante, Stand 11,00, 16,00, hocheine 21,00, Herrenuhren, Damenuhren, silberne 4,00, goldene 6,00, Pelzstolas, Winterpaletots, Jackettanzüge, Ketten spottbillig. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19.

Monatsgarderobe, spottbillig, Große Gelderparnis. Jackettanzüge 10, 12, 15, 20 Mark. Gehrockanzüge, Winterulster 6,50 an, Winterpaletots 8,25 an. Hosen 2,50 an, für jede Figur passend, nur in der Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34. 623R*

Zum Weihnachtsfest. Herrenuhren 3,10, Damenuhren 4,50 an. Goldsachen: wie Ketten, Ringe, Armbänder, Kolliers, Operngläser, im Versatz verfallene Pelzstolas. Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34 I. Annoncenvorzeiger vergüte Fahrgeld.

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1900 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden)

Privatverkauf! Entzückende Kleider, Blusen, Kostümröcke, Paletots, fertig und Maß, auffallend billig. Keine Ladenmiete. Littauer, Rosenthalerstraße 65. 272/16*

Prachtbetten 13,00, zwei Stand, unständehalber, Kleiderschrank, Yorckstraße 17, II. †147

Beleuchtungshaus. Gaszweilochbrenner 3,50, Gaszuglampen 7,00, Bronzegaskronen 4,25, Gasheizöfen 3,50. Wallnertheaterstraße 32. 1813b

Singerbobbin, große, 20,00, verkauft Kurzner, Ruppinerstraße 15.

Singermaschine, 11,—, tadellos, Neue Königstraße 24, Seitenflügel.

Pelz sehr billig verkäuflich. Bliesner, Stephanstraße 41. †109

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft sofort verkäuflich Beusselstraße 37. †111*

Existenz. Silberpoliер-Reparaturwerkstatt todesfallshalber billig zu verkaufen. Werkstatt, Postamt 63.

Zentralviehhof. Restaurant, Vereinszimmer, elektrisches Pianino, Billard, Brauereihilfe, krankheitswegen billig zu verkaufen Liebigstraße 17. †135*

Restauration sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Neumann, Rixdorf, Allerstraße 7. †128

Möbel.

Dame verkauft schleunigst Nußbaumwirtschaft mit prachtvollen Küchenmöbeln, Wandbildern 195,—, Säulentrumeau 33,—, Plüschsofa 35,—. Neue Königstraße 66 I.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Nußbaumwirtschaft, passend für Brautleute, Stube, prächtige Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich 220,00 verkauft schleunigst der Verwalter, Weinmeisterstr. 1b/2. 589R*

Billiger Möbelverkauf gediegener Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen sowie elegante Klubsessel. Einfachere Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, sehr große Auswahl. Teilzahlung gestattet. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor. 625R

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. +

Möbelangebot bis Weihnachten, spottbillig, Möckernstraße 25, im Anhalter Bahn-Möbelspeicher, an der Möckernbrücke. Einzelne Schreibtische 28,—, Bücherschränke, Büfetts, Kredenzen, Spiegelschränke, Kleiderschränke schon 25,—, Bettstellen, Schreibstühle, Rohrstühle, Lederstühle, Klubsessel, Säulentrumeau 30,—. Waschtoilette mit Marmorplatte 28,—, Salontische, Nähtische, Ausziehtische 18,—, an, Plüschgarnitur, Salongarnitur, Paneelsofa, Sofa 40,—, Sofaumbau, Flurgarderoben 17,50. Bilder mit Prachtrahmen, Standuhren, Freischwinger 12,—. Riesenauswahl wenig fehlerhafter Teppiche statt 12,— jetzt 8,50. Extragroße, farbenprächtige Salonteppiche 35,— bis zu den elegantesten. Chaiselongue mit Decke 22,50. Diwandecken, Steppdecken, Plüschtischdecken 5,—. Tüllbettdecken 2,—. Tüllgardinen, Restbestände unter Preis. Erbstüllstores mit Volant 3,50. Plüschportieren 7,50. Gaskronen 15,—. Oelbilder. Für Brautleute, Hotels, Pensionate ganz außergewöhnlich billige Schlafzimmer, prächtige Herren-, Speisezimmer, Salons moderne Küchen, ganze Wohnungseinrichtungen, nur durchweg neue, gediegene Waren, zum schleunigen Verkauf. Otto Lüdeke, Möbel-Warenspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25. Uebernahme ganzer Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften zum schnellen Verkauf und Auktion. — Aeltere Möbel werden gegen neue umgetauscht. 634R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Jessnerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R*

Bevor Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie meine große Möbelausstellung für Wohnungseinrichtungen. Kein Kaufzwang. Zahlungserleichterung. Stallschreiberstraße 57 (Fabrikgebäude). Harnack, Tischlermeister. 411R*

Brautleuten bildschöne Nußbaumwirtschaft, Stube und Küche spottbillig verkäuflich Wahrmannstraße 13 I. 178/18a

Massenmöbelverkauf Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg, Kamerlings Möbelspeicher. Außergewöhnlich billige Preise, kleine und große Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke zu Engrospreisen. Mahagonimöbel, Sofas, Matratzen eigener Werkstatt. Lieferung überall frei. *

Dame verkauft sämtliche neuen Möbel, auch Betten. Posenerstraße 23, IV links. 179/15

Bildschön. Plüschtaschensofa 39,00, Säulentrumeau 48,00, Kleiderspind 27,00, sofort, Vertiko, Chaiselongue, Chausseestraße 74, I, Schäfer. 179/10

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostitzstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Chaiselongue, nagelneu, 16,—. Herbst, Große Hamburger Straße 13/14.

Möbel - Boebel, Oranienstraße 58 am Moritzplatz. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhause stehen in neun Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Ein Zimmer und Küche 360,—, 422,—, modern 479,—, 2 Zimmer und Küche modern 501,—, 667,—, 721,—. Schlafzimmer, englisch 199,—, modern, echt Eiche, 304,—. Wohnzimmer, modern, 274,—, Speisezimmer 329,—, Herrenzimmer 200,—, englische Bettstelle mit Matratze 44,—, Kleiderspind, Trumeau, geschliffen 34,—, Schlafsofa 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—, Teppiche. Riesenlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. 1905R*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfetts, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27 Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen ausgestellt. 541R*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*

Piano - Gelegenheitskauf, neu, 330,00, unter Garantie. Bülowstraße 44. 478R*

Pianino billigst, Teilzahlung. Badstraße 42/43. †125*

Nußbaumpiano, kreuzsaitig, erstklassiges Fabrikat, mit Säulen, reich geschnitzt. 375,—. Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 159/16*

Pianino, goldgraviert, billigst, 140,—, Buckowerstraße 10, Overholthaus. 230/15

Pianino, gut erhalten, für 200,— verkäuflich. Manthey, Potsdamerstraße 31. 168/6

Schiedmayer-Flügel, Pianinos, gebrauchte, äußerst preiswert, bequemste Zahlweise. Niederlage Potsdamerstraße 27b. 168/5

Pianino, wirklich seltene Gelegenheit, sofort ganz billig verkäuflich. Menzel, Kantstraße 51 I. 168/3

Prachtgrammophon verkauft Drews, Schliemannstraße 19. 179/12

Bilder.

Jeder Käufer erhält beim Einkauf von 10,00 an ein Los gratis. Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. *

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 238*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder, Ausnahmepreise, seltene Gelegenheit, Riesenlager. Allerneueste Modelle, billiger als jede Konkurrenz, nagelneu von 27,50, mit Gummi 34,50. Keine Schundware. Heyse, Königsbergerstraße 7, Oranienstraße 32.

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,85, Goldsachen, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 80 Pfennig, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 230/10*

Zahngebisse, Zahn bis 50 Pfennig! Platina, Gramm 5,85, kauft Blumenreich, Brunnenstraße 196 (Rosenthaler Tor.) 3016R*

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Doubléeabfälle, Tressen, Gebisse, Rebrgold, Goldwatten, Goldgummis, Stanniolabfälle, Quecksilber, sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Broß, Goldschmelze, Köpenickerstr. 29. Telephon IV, 6958.

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kaska, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Höchstzahlend Goldsachen, Zahngebisse, Zahn bis 1 Mark, Platinaabfälle, Silberleuchter und Altertümer kauft Antiquitäten-Geschäft, Kirchstraße 14, Moabit. 119/16

Verschiedenes.

Volkssänger-Gesellschaft „Schmelzer“ Malplaquetstraße 7. †137*

Festdichtungen. Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2028R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. *

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

„Friedrich-Wilhelm“ Generalagentur-Zahlstelle: O. 112, Mainzerstraße 24 (Frankfurter Allee). Lebensversicherung, Sterbekasse, Kinderversicherung. Aufnahme bis 60. Lebensjahr. Steuer abzugsfähig! 459R*

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), kleinere Reparaturen billiger. Kartel, Uhrmacher und Juwelier, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße. 425R*

Kunststopferei Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Wollen Sie Ihre Wäsche schonendst und reell behandelt haben, so lassen Sie dieselbe in der Großwäscherei von Robert Dommisch, Köpenick, Glienickerstraße 16 (Fernsprecher 142) waschen. Solide Preise. Preisliste gratis und franko. Bei 5 Mark 5 Prozent Rabatt. 1820S

Waschanstalt Karl Behrigk, Köpenick, Glienickerstraße 29, liefert tadellose Wäsche ohne Anwendung scharfer Mittel. Bettwäsche, Leibwäsche, drei Handtücher 0,10. Abholung Sonnabends und Montags.

Ehrenerklärung. Nehme hierdurch die Beleidigung gegen Fräulein Helene Michaelis, Lortzingstraße 2, in bezug auf ihre Ehre mit Bedauern zurück. Frau Emma Dobe, Wollinerstraße 35. †144

Aufpolsterung, Sofa, Matratzen, billig, im, außerm Hause. Chausseestraße 74, Schäfer. 179/9

Arbeiter-Mandolinenklub. Mandolinen-, Gitarren-, Zitherspieler, welche Interesse haben, einen der modernen Arbeiterbewegung angepaßten Mandolinenklub im Norden zu gründen, wollen Adresse an Balzer, Malplaquetstraße 12, senden. Tüchtiger Dirigent vorhanden. †137

50 Mark Belohnung demjenigen, wer mir nachweist, wo sich mein schwarzer Hund, klein, Rehpinscher, mit Namen Rolli befindet. Donnerstag unter den Linden entlaufen. Risch, Kurfürstendamm 7, III.

Vermietungen.

Wohnungen.

Bahnhof Schöneberg, große Stube, Küche sofort Siegfriedstraße 3.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer vermietet Senefelderstraße 40, vorn 4 Treppen rechts. †131

Möbliertes Zimmer, 10,00. Dresdenerstraße 96, IV, Schulze.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn. Brunnenstraße 58, vorn III, Dahlke.

Möblierte Schlafstelle zu vermieten. A. Schmidt, Planufer 93 III, Gartenhaus. 1089S

Bessere Schlafstelle oder Zimmer bei Schuft, Breslauerstraße 11. *

Möblierte Schlafstelle, Herrn, separates, ruhiges Vorderzimmer, Rüdersdorferstraße 7 I links (Ostbahnhof). 1778S*

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren Schützenstraße 11/12, IV links.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Fürstenstraße 17, Hof II rechts. †65

Freundliche Schlafstelle, einen oder zwei Herren Grünauerstraße 5, Hof III rechts. †140

Freundliche Schlafstelle, einen oder zwei Herren, Woche 3,00, Dragonerstraße 18, Hoffmann. 1817b

Schlafstelle vermietet Urbanstraße 124, Quergebäude, Wanner.

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren bei alleinstehender Frau. Manert, Reichenbergerstraße 138, vorn II, Ecke Lausitzerstraße. 179/14

Schlafstelle Annenstraße 2, Quergebäude III rechts. 179/17

Billige Schlafstelle, Herrn, allein, Poleß, Friedrichsbergerstraße 10.

Möblierte Schlafstelle, 10,—, vermietet Hartung, Lausitzerstraße 3, vorn I, Ecke Wienerstraße. †140

Mietsgesuche.

Möblierte alleinige Schlafstelle im Norden wünscht anständiges Mädchen. Preisofferten A. M. 192 Postamt 39. †126

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Redegewandte Arbeiter können mit einem leicht verkäuflichen, gut eingeführten Artikel 10—12 Mark täglich verdienen. Allberg, Rixdorf, Bergstraße 140. 499R*

Schlosser, Gitterbau, verlangt Heinrichs, Tempelhof, Ringbahnstraße 42. 1815b

Schlosser, selbständig auf Geldschränke, verlangt Müller, Greifswalderstraße 87. 179/13

Lehrmädchen im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10 bis 2 Uhr vormittags oder 6 bis 8 Uhr nachmittags in unserer Personalverwaltung, 4. Etage. A. Jandorf u. Co., Belleallancestraße 1—2. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Pianofabrik Bechstein, Grünauer Str. u. Johannisstraße.
Drehrollenfabrik Teschke, Waßmannstr. 27.
Bautischlerei Paul, Monumentenstraße 23 und Hagelberger Straße 4.
Tischlerei Hirsch, Rixdorf, Thomasstr. 15.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Thomasstr. 18.
Schirmgeschäfte E. Liebtenstein, Neue Friedrichstr. 38/40. Leipziger Str. 78, Müllerstraße 3a, Rosenthalerstr. 10, Schönhauser Allee 101, Kottbuser Damm 3, Wilmersdorfer Straße 57, Berliner Straße 4 in Tegel. **Zaduch,** Dresdener Str. 39, **Stenger,** Oranienstraße. **Kohn,** Turmstraße 57.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. geiben „Handwerkerschutzverbandes“.**
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.